

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, Juli 1984

Einzelheft 4,- DM

XXIV. Jahrgang

D 3476 E



7/84

Mit mehr als zwölf Wochen Streik konnte die IG Druck und Papier den Unternehmern noch kein Angebot abringen, das Grundlage für echte Verhandlungen gewesen wäre. Bei Redaktionsschluß blieb noch die volle Kampfkraft dieser Gewerkschaft gefordert. Und auch das Ergebnis, dem die Gremien der IG Metall zugestimmt haben, stellt – nach vielen Wochen Streik und Aussperrung – sicherlich keine Niederlage der Gewerkschaft dar, aber eben auch keinen Sieg, wie es Vertreter der IG Metall selbst formulierten.

Diese nüchternen Fakten bestätigen eine wichtige Erkenntnis, die zuletzt auch auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV übereinstimmend geäußert worden war: Die Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften sozialpolitische Erfolge erzielen können, haben sich deutlich verschlechtert. Die Unternehmer setzen ihre gesamte hochorganisierte, zentralisierte Macht gegen die Gewerkschaften und verfügen über starke Bündnispartner. Die Bundesregierung agierte streckenweise wie ein vorgeschobener Posten des Unternehmerverbandes. Der beherrschende Teil der Massenmedien übernahm die Rolle von bedingungslosen Claqueuren. Am wirkungsvollsten erwies sich aber sicherlich immer noch die Peitsche Massenarbeitslosigkeit, mit der zugleich Angst und Konkurrenz unter den abhängig Beschäftigten geschürt wird. Diese Erkenntnisse haben in den Gewerkschaften, die in den Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche standen und noch stehen auch das Bewußtsein dafür geschärft, daß Verhandlungen allein nicht mehr ausreichen, soziale Fortschritte zu erzielen. Gleichzeitig verdünnten sich sozialpartnerschaftliche Nebelschwaden, der Blick wird frei auf den unverhohlenen Klassenkampf der Unternehmer. Volle Mobilisierung der Gewerkschafter, Einsatzbereitschaft und Entfaltung der Solidarität werden stärker als bisher für notwendig erachtet, damit die Krisenfolgen nicht

noch schwerer auf dem Buckel der abhängig Beschäftigten lasten –, aber auch, damit die gesellschaftliche Übermacht der Unternehmer wieder etwas zurückgedrängt wird. Daß es bei den aktuellen Auseinandersetzungen auch darum ging, die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften zu prüfen, machten nicht zuletzt die Unternehmer sichtbar. Ihre Verweigerungshaltung am Verhandlungstisch offenbarte auch ihre machtpolitischen Absichten. Die Gewerkschaften haben darauf zumindest ansatzweise geantwortet. Mit einem Zusammenrücken der betroffenen Einzelgewerkschaften, mit flexiblen Arbeitskampftaktiken, mit etwas zaghaften Solidaritätsaktionen aller DGB-Gewerkschaften in den Aussperrungsgebieten.

Wenn Monika Wulf-Mathies als Vorsitzende der zweitgrößten Einzelgewerkschaft, nämlich der ÖTV, an die Drucker und Metaller gerichtet erklärte: „Euer Kampf ist auch unser Kampf“, so war das mehr als nur Lippenbekenntnis. Das bewiesen Solidaritätsstreiks und auch Spenden für die Ausgesperrten. Ebenso hervorzuheben wäre, daß sich der Blick für die politischen Zusammenhänge über die politische und wirtschaftliche Macht des Kapitals in der Bundesrepublik geschärft hat. Insofern hat dieser Arbeitskampf eine „Politisierung“ gebracht, die sozialpartnerschaftliche Konzepte stärker in Frage stellt als bisher. Genau diese beiden Momente sind es aber auch, die den Unternehmer am meisten wehtun und die daher am meisten Erfolg versprechen.

Kampf um Arbeitszeit noch nicht zu Ende

Aus dem Inhalt:

**Streikrecht nur eine Worthülse?
Klassenstaat mal ohne Maske** 2

**Kritische Verarbeitung sollte mit
dem Blick nach vorne
erfolgen** 4

**„Abgespecktes Leber-Papier“
für IG Druck nicht annehmbar** 6

**Wo es um wichtige
Entscheidungen geht, sind die
Großbanken dabei** 9

**HBV macht Betriebsräte „fit“
für schwierige Aufgaben
Interview mit Christian Götz,
Mitglied des geschäftsführenden
HBV-Hauptvorstands** 11

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

**ÖTV: Beschlüsse des
10. Gewerkschaftstages**

**15 DGB-Gewerkschaften
mit Minuszahlen**

**Franz Steinkühler, IGM:
Wer heute aussperrt,
wird morgen einsperren!** 13-24

**ÖTV legt Tarifschwerpunkte fest
35-Stunden-Woche hat Vorrang** 25

**Auch Kranksein muß sich lohnen
Für die Profite der Unternehmer** 28

**SPD verharrt völlig im Rahmen
des gewöhnlichen Kapitalismus** 29

**Aktive Jugendvertreter im Kampf
um die 35-Stunden-Woche** 30

**Bundesregierung ist angetreten,
Behinderte weiter zu schröpfen** 31

**IBFG legt sich quer: Nicht
gemeinsam für Abrüstung** 33

Streikrecht nur eine Worthülse? Der Klassenstaat mal ohne Maske

Die Streiks im Metall- und Druckbereich sowie die Aussperrungen haben einiges zutage gefördert, das man sonst in aller Regel immer bei Marx und Lenin nachlesen muß: den kapitalistischen Klassenstaat. Tatsächlich, es gibt ihn! Das geflügelte Wort von der „Koalition von Kapital und Kabinett“ sagt bereits, daß so mancher in unserem Lande ihn — den Klassenstaat — schon bemerkt hat. Die Streikenden und Ausgesperrten haben ihn zuerst und in seiner demaskierten Form erlebt.

Es begann damit, daß die Metallunternehmer in den Streikgebieten Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen den Streik mit Aussperrungen beantworteten, die an Zahl die Streikenden um ein Vielfaches übertrafen. Gegen Streiks mit Aussperrung vorzugehen und sich dabei auf höchststrichterliche „Rechtsprechung“ zu berufen, ist mittlerweile die Regel geworden. Das einzige Mittel der Lohnabhängigen, wirksam gegen die Macht des Kapitals vorzugehen, nämlich die kollektive Arbeitsverweigerung, wird durch Aussperrung wieder aufgehoben. Das Bonner Kabinett aber und das Bundesarbeitsgericht decken diese Klassenkampfpraktik von oben ausdrücklich.

Der nächste Zug von Kapital und Kabinett war der Erlaß des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, kein Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld an jene Beschäftigten zu zahlen, die außerhalb der Streikgebiete von den Folgen der Kampfmaßnahmen betroffen werden. Die Begründung, daß die Bundesanstalt sich „neutral“ zu verhalten habe, wirkt wie Hohn, wenn man sieht, daß solche „Neutralität“ allein den Unternehmern hilft, die „kalte“ Aussperrung als zusätzliches Kampfmittel gegen die Gewerkschaft einzusetzen.

Das Zusammenspiel von Klassenstaat und Kapital gipfelte in dem Bruch der hessischen Verfassung, die ausdrücklich Aussperrungen verbietet. Die Bonner Obrigkeit aber sah wohlwollend dem Treiben der Metallunternehmer zu, denn auch sie weiß: Arbeitnehmerrechte machen sich gut, solange sie auf dem Papier stehen und in Sonntagsreden zitiert werden können. In der Praxis des Klassenkampfes hat allemal das Kapitalinteresse Vorrang.

Zwar glaubten auf der untersten Ebene der Justiz die Frankfurter Arbeitsrichter, die Landesverfassung habe Gültigkeit gegenüber jedermann und verboten die Aussperrung. Aber da war auch schon das Landesarbeitsgericht, wo man das kapitalistische Systeminteresse offensichtlich besser überblickt, zur Stelle und hob das Arbeitsgerichtsurteil auf. In ein und derselben Angelegenheit wurden zwei gegensätzliche Urteile gesprochen. Die Justiz bewies wieder einmal, daß es kein objektives „Recht an sich“, sondern nur in-

teressenbezogenes, subjektives „Recht“ des Stärkeren gibt. Davon kann es schon mal Ausnahmen geben — wegen der Glaubwürdigkeit des Rechtsstaates!

Ausnahmen scheinen in diesem Sinne zu sein: der Spruch des Frankfurter Sozialgerichts und des Darmstädter Landessozialgerichts, wonach der Franke-Erlaß bis zur Entscheidung in der Hauptsache (am

GLOSSE

Ratespiel

Hans Dietrich Genscher, nicht mehr ganz frischer Vorsitzender seiner Partei, ist auf dem jüngsten FDP-Parteitag mit einem Ausspruch aufgefallen, der noch Furore machen könnte, würde doch jedermann das zutiefst liberale Anliegen richtig erkennen! Um es Ihnen, lieber Leser, ein bißchen schwerer zu machen, haben wir den original Genscher-Spruch zwischen eigenen Erfindungen versteckt. Welcher ist es?

„Wo bleibt die Urabstimmung derjenigen, die von einem Streik betroffen werden, über den woanders wenige entschieden haben?“

„Wo bleibt die Mitbestimmung derjenigen, die durch Rationalisierung oder Betriebschließung arbeitslos werden, über die woanders wenige entschieden haben?“

„Wo bleibt das Entscheidungsrecht der großen Volksmehrheit über ihre Existenzmittel, die Wirtschaft, über die eine nur winzige Minderheit das Besitz- und Kommandorecht hat?“

„Wo bleibt die Volksabstimmung derjenigen, die von einem Krieg betroffen werden, über die Raketenstationierung, die woanders von wenigen beschlossen wurde?“

Richtig geraten! Gleich der erste Spruch ist ein original Genscher. Zur Belohnung dürfen Sie sich, lieber Leser, für die Verwirklichung der drei anderen einsetzen.

okulus

Sankt-Nimmerleins-Tag?) auszusetzen sei, und die Anordnung des Sozialgerichts Bremen an das Arbeitsamt, Kurzarbeitergeld für die kalt ausgesperrten Daimler-Benz-Arbeiter zu zahlen. Die Mühlen der Justiz mahlen indessen weiter zugunsten der Unternehmer.

Hinzu kommen einstweilige Verfügungen mit der Androhung von horrenden Geldstrafen oder ersatzweise Haft, durch die das Streikrecht ausgehebelt wird. Auch hier wird sichtbar, daß die Justiz auf Seiten derjenigen steht, die die Produktionsmittel besitzen.

Beachtung verdient die unterschiedliche Behandlung der beiden um die Wochenarbeitszeitverkürzung kämpfenden Gewerkschaften durch die jeweiligen Unternehmerverbände. Während Gesamtmetall mit der IG Metall von Anfang an umging, als habe man gewußt, daß man sich — wie beim Stahlstreik — auf Inkonzessenz und nicht zu Ende gedachte Kampftaktik des Vorstands verlassen kann, so hielt sich der Verband der Druckindustrie diesmal mit einer Provokation wie der Aussperrung zurück. Die IG Druck und Papier hatte nämlich die Unternehmer wissen lassen, daß sie auch gegen Aussperrungen noch Pfeile im Köcher habe: etwa die Besetzung der Betriebe, damit die Unternehmer einmal politisch auskosten können, wie eine quasi Enteignung auf Zeit funktioniert und wirkt.

So hat offensichtlich schon die Andeutung der Entschlossenheit zu einer eminenten Politisierung der Auseinandersetzung genügt, die Druckunternehmer vorsichtiger taktieren zu lassen. Und genau da ist die verwundbarste Stelle der Kapitalbesitzer: daß — auf welche Weise auch immer — das Prinzip in Frage gestellt werden könnte, daß ganz wenige die private Besitz- und Verfügungsgewalt über die Existenzmittel für alle haben müssen. In dem Maße, wie die offensive Infragestellung der Alleinherrschaft des Kapitals in solchen Kampfsituationen die Kompromißbereitschaft der Unternehmer fördern kann, schwächt eine Gewerkschaft, die um des Konsenserhaltes willen zur politischen Mobilisierung ihrer Mitglieder nicht bereit ist, ihre Erfolgsaussichten selbst.

Nicht gerade konsequent verhielt sich auch der DGB, der über die Ankündigung eines bundesweiten Solidaritätsstreiks nicht hinaus kam, auch dann nicht, als nach der vom DGB gewährten „Denkpause“ die Ausweitung der Metall-Aussperrungen das Resultat war. Nur keine Zuspitzung — der soziale Friede steht höher als der Erfolg, das schien bei allzuvielen maßgeblichen Gewerkschaftsfunktionären die unausgesprochene Denkleitlinie in dieser so entscheidenden Auseinandersetzung gewesen zu sein. Damit wurden auch die Bewußtseinsbarrieren sichtbar, die manchen Funktionär unfähig machen, entschlossen zu handeln, wo es doch klipp und klar nicht nur um die besseren Argumente, sondern um Machtfragen geht.

Gerd Siebert

Antikriegstag: Start für Aktionen

Der 1. September 1984 wird in den DGB-Gewerkschaften vorbereitet. In den vergangenen Jahren wurde der Antikriegstag immer stärker zur gewerkschaftlichen Manifestation gegen die Stationierung der neuen Atomraketen in der Bundesrepublik. Auf den gewerkschaftlichen Veranstaltungen wurde sichtbar, daß die Gewerkschaftsbewegung sich stärker als Teil der Friedensbewegung versteht. Beim diesjährigen Antikriegstag haben wir es mit einer neuen Situation zu tun. Der Stationierungsprozeß ist in vollem Gange, der durch die Rüstungskosten mitverursachte Sozialabbau drückt die Arbeiter- und Angestelltenfamilien immer härter.

Am 45. Jahrestag des Überfalls der Hitler-Wehrmacht auf Polen ist die Gewerkschaftsbewegung herausgefordert, sich klar und eindeutig gegen die Pershing-II-Stationierung und damit gegen einen Kern der NATO-Strategie zur Erlangung der atomaren Erstschnellkapazität und gegen jedes weitere Rüstungsprogramm zu wehren. Dabei gewinnt die Auseinandersetzung mit dem „AirLand-Battle-2000-Konzept“, mit dem Plan der Militarisierung des Weltalls, an Bedeutung, wie auch die Ablehnung aller modernen konventionellen Aufrüstungsprogramme, die kein Ausweg aus der atomaren NATO-Strategie, sondern deren Ergänzung wären.

Solange es die DGB-Gewerkschaften gibt, sind sie für Stopp und Reduzierung der Rüstungsausgaben eingetreten, weil die 1000 Milliarden DM, die 1984 für die Rüstung aufgewendet werden, dringend für die Sicherung der sozialen Interessen unseres Volkes, aber auch der Völker der Dritten Welt benötigt werden. Im vergangenen Jahr ist in den Gewerkschaften die Frage der aktiven Gegenwehr gegen die Stationierung der atomaren Erstschnellwaffen intensiv diskutiert worden. Auf zahlreichen gewerkschaftlichen Funktionsversammlungen und Gewerkschaftstagen wurde festgestellt, daß es nötig sei, auch gewerkschaftliche Kampfmittel wie Arbeitsniederlegungen ins Auge zu fassen. Die 5 Minuten des DGB am 5. Oktober 1983 wurden von vielen Aktiven als Anfang des Einsatzes der gewerkschaftlichen Kampfkraft für Frieden und Abrüstung verstanden.

Jetzt, da die Raketen stationiert werden, steht die Frage, wie diese Aktivitäten fortzusetzen sind. Die Bedrohung des Friedens ist akuter geworden, auch wenn die Kohl-Regierung uns an den Stationierungsprozeß gewöhnen will. Das Ruhrgebietstreffen betrieblicher Friedensinitiativen, das am 31. März 1984 stattfand, hatte den DGB u. a. aufgefordert, über Maßnahmen der Arbeitsruhe am Vortag des 1. September, der dieses Jahr auf einen Samstag fällt, zu beraten. In der Friedensbewegung ist die Diskussion darüber, ob es bei den Herbstaktionen der Friedensbewegung wieder einen „Tag der Betriebe“ geben soll, noch nicht abgeschlos-

sen. Die DGB-Gewerkschaftsjugend hat beschlossen, mit dem 1. September 1984 eine Reihe von Aktionswochen der Gewerkschaftsjugend für den Frieden einzuleiten und befindet sich in der Diskussion über Aktionshöhepunkte zum 8. Mai 1985, dem 40. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Mit dem traditionellen Antikriegstag und den Aktionen in Richtung auf den 8. Mai nächsten Jahres könnte sie einen besonderen Beitrag zur Weiterentwicklung der Friedensbewegung leisten.

Daß auch innerhalb der Arbeiterbewegung die Bereitschaft, sich gegen die Rüstungsprogramme zur Wehr zu setzen, nicht eingeschlafen ist, hat die Volksbefragung am 17. Juni gezeigt wie auch die Zustimmung, die viele Redner bei Veranstaltungen zur 35-Stunden-Woche hatten, wenn sie auf die Zusammenhänge von Rüstung und Sozialabbau hinwiesen.

H. v. B.

Erfolge

Hätte es noch eines Beweises bedurft, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen Raketen- und Sozialdemontagekurs ist, so waren es die Europawahlen am 17. Juni. Die Wendeparteien CDU und CSU mußten erhebliche Schlappen einstecken. Und die FDP: Sie bekam die Quittung für Steuerhinterziehungen, Amnestiepläne und die Schmiergeldaffäre ihres Wirtschaftsministers Lambsdorff, der inzwischen gezwungenermaßen sein Amt wegen Anklageerhebung „niederlegte“. Ausbauen konnten die Grünen ihre Positionen. Sie erhielten 8,2 Prozent und stellen im Europaparlament sieben Abgeordnete, während die SPD als Folge ihrer inkonsequenten Haltung zu allen lebenswichtigen Fragen Einbußen erlitt.

Im Europawahlkampf wurde eine neue Kraft sichtbar, die Friedensliste. Diesem Bündnis aus Organisationen und Persönlichkeiten, dem auch die DKP angehörte, gelang es nach einem nur dreimonatigen Wahlkampf über 300 000 Stimmen, das sind 1,3 Prozent, zu erreichen. „Dieses Wahlergebnis ist um so höher einzuschätzen, weil es erzielt wurde trotz Totschweigens in den überregionalen Medien“, stellte die Friedensliste fest, die in ihrem Abschneiden eine gute Grundlage für die weitere Arbeit gegen die Raketenstationierung sieht.

Und noch ein bemerkenswertes Ergebnis brachte der 17. Juni: 58 Prozent der Wähler nahmen an einer von der Friedensbewegung organisierten Volksbefragung zur Stationierung von Pershing II und Cruise-Missiles teil. 87 Prozent der Befragten forderten einen Stopp der Raketenstationierung.

G. M.

Geburtstagsgeschenke

Am 1. Juni beging der Nachrichten-Verlag den 15. Jahrestag seiner Gründung. Die Zeitschrift ist älter: Ihre erste Ausgabe erschien am 1. Juni 1961, wie der Gründer und langjährige Vorsitzende der Gewerkschaft Holz, Heinz Seeger, beim Geburtstagsempfang für den Nachrichten-Verlag den zahlreich erschienenen Gästen berichtete. Viele Glückwünsche erreichten uns, und viele Geburtstagsgeschenke erhielt der Verlag.

Informieren wollen wir hier jedoch über eine andere Art von „Geschenken“. Sicher unfreiwillig zum 15. Jahrestag erschien in der Unternehmerzeitschrift „gewerkschaftsreport des Instituts der Deutschen Wirtschaft“, Heft 4 vom Mai 1984 ein umfangreicher Beitrag über den Nachrichten-Mitherausgeber Leonhard Mahlein, Präsident der Internationalen Grafischen Föderation und langjähriger Vorsitzender der IG Druck und Papier. Horst-Udo Niedenhoff, der schon zahlreiche Bücher gegen die Einheitsgewerkschaft verfaßt hat, zeichnete als Autor. Was erregt diesen Soldschreiber des Kapitals derart? Er sieht rot und wettet dagegen, daß prominente Gewerkschafter wie die Sozialdemokraten Leonhard Mahlein und Heinz Seeger im Rahmen der NACHRICHTEN mit Gewerkschaftern zusammenarbeiten, die der DKP angehören. Als Beispiel sei hier nur der Mitherausgeber der NACHRICHTEN, Heinz Lukrawka, langjähriger Gesamtbetriebsratsvorsitzender der Gießereien im Thyssen-Konzern und Mitglied der Duisburger Ortsverwaltung der IG Metall, angeführt.

Vom Unternehmerstandpunkt aus gesehen, ist die Einheit von Gewerkschaftern unterschiedlicher weltanschaulicher und parteipolitischer Richtungen in der Aktion, wie sie sich gegenwärtig im Streik für die 35-Stunden-Woche oder im Widerstand gegen den Aussperrungsterror der Unternehmer entwickelt, einer der größten Sündenfälle für die Großbourgeoisie. Darum trieft der Artikel von Niedenhoff nur so von Klassenhaß des Kapitals gegen aktive Gewerkschafter, die — wie Leonhard Mahlein — sich konsequent für die Interessen der Lohnabhängigen einsetzen.

Während der richtigen Geburtstagsfeier in den neuen Verlagsräumen in Frankfurt hat der Gründer der Zeitschrift NACHRICHTEN und frühere Tischler Heinz Seeger dem Verlag ein selbst gerahmtes August-Bebel-Bildnis überreicht. August Bebel, der Mitbegründer der revolutionären Sozialdemokratie und persönlicher Freund von Marx und Engels, schrieb einmal: „Wenn dich deine Feinde loben, hast du einen Fehler gemacht.“ Im Umkehrschluß zu der Erkenntnis von August Bebel sagen wir: „Wenn uns die Unternehmer tadeln und beschimpfen, befinden wir uns auf dem richtigen Wege.“ W. Petschick

Kritische Verarbeitung sollte mit dem Blick nach vorne erfolgen

Mit der Annahme des Einigungsvorschlags der besonderen Schlichtung unter dem Vorsitz Georg Lebers im Ludwigsburger Schloßhotel Monrepos, der Zustimmung der großen Tarifkommission der IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden mit 87 zu 31 Stimmen und der Urabstimmung in diesem Tarifgebiet ist der Streik in der Metallindustrie um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich beendet. Auch im zweiten Streikgebiet, in Hessen, wird im wesentlichen derselbe Weg gegangen, nachdem die Tarifkommission mit 52:30 Stimmen das ausgehandelte Ergebnis annahm.

Der neue Tarifvertrag sieht vor, die tarifliche wöchentliche Arbeitszeit ohne Pausen ab 1. April 1985 auf 38,5 Stunden zu verkürzen. Es wurde hierbei allerdings vereinbart, daß die Arbeitszeit im Betrieb im Rahmen des Volumens dieser 38,5 Stunden durch Betriebsvereinbarung näher geregelt wird. Für Teile des Betriebes, für einzelne Arbeitnehmer oder Gruppen von Arbeitnehmern können unterschiedliche wöchentliche Arbeitszeiten zwischen 37 und 40 Stunden festgelegt werden. Das bedeutet, daß hier keine generelle, für jeden einzelnen, gültige 38,5-Stunden-Woche festgelegt wurde. Der Lohnausgleich für diese Arbeitszeitverkürzung beträgt 3,9 Prozent. Der Tarifvertrag zu diesem Problembereich läuft bis zum 30. September 1986.

Die Löhne und Gehälter werden zum 1. Juli 1984 um 3,3 Prozent erhöht. Die Laufzeit des Lohn- und Gehaltstarifs, die bisher ein Jahr betrug, wurde um zwei Monate bis zum 31. März 1985 verlängert, so daß diese jetzt insgesamt 14 Monate beträgt. Für die zurückliegenden fünf Monate gibt es eine einmalige Ausgleichszahlung von 250 DM. Unter Berücksichtigung dieser Einmalzahlung und der verlängerten Laufzeit beläuft sich die tatsächliche Lohn- und Gehaltserhöhung des Lohn- und Gehaltstarifvertrages nicht auf 3,3, sondern tatsächlich nur auf 2,8 Prozent.

Es wurde aber schon das nächste Lohnabkommen ab 1. April 1985 fest vereinbart. Die tariflichen Löhne und Gehälter werden um 2 Prozent erhöht. Die Laufzeit dieses folgenden Lohnabkommens beträgt zwölf Monate, also bis zum 31. März 1986. Dies bedeutet, daß durch diesen Stufenplan für 26 Monate keine weiteren tariflichen Lohnerhöhungen möglich sein sollen. Für die Auszubildenden werden die Vergütungen am 1. Juli um 15 DM und ab 1. April nächsten Jahres um 10 DM für jede Ausbildungsjahresstufe erhöht. Sie erhalten eine einmalige Zahlung von 65 DM, aber keine Verkürzung der Arbeitszeit.

Des Weiteren wurde eine Vorruhestandsregelung tarifiert. Bei fünf Jahren Betriebszugehörigkeit erhält der Arbeiter oder Angestellte 65 Prozent des letzten Bruttoeinkommens, bei mindestens 20 Jahren 70 Prozent. Allerdings hängt eine Vorruhe-

standsgeldzahlung allein davon ab, ob der Unternehmer dazu „freiwillig“ bereit ist. Der hessische Tarifvertrag erlaubt auch weitergehende betriebliche Regelungen.

Die Auslastung der betrieblichen Anlagen und Einrichtungen soll nicht vermindert werden. Dies bedeutet, daß sie wie bisher, also im Durchschnitt 40 Stunden, genutzt werden können. Bei einer Differenz zwischen dieser längeren Betriebsnutzungszeit und der Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters und Angestellten kann der Zeit-

Ergebnis der Urabstimmung

Beteiligte Betriebe	764
Stimmberechtigte	252854
Abgegebene Stimmen	222439
Wahlbeteiligung	87,97 Prozent
Gültige Stimmen	219707
Ungültige Stimmen	2732
Mit Ja, d. h. für die Beendigung des Streiks, stimmten	137844
Mit Nein stimmten	81863
Anteil der Ja-Stimmen im Verhältnis zu den Stimmberechtigten	54,52 Prozent

ausgleich auch in Form von freien Tagen erfolgen. Wie auch nach früheren Arbeitskämpfen wurde auch diesmal wieder für Nordwürttemberg/Nordbaden eine Maßregelungsklausel vereinbart. Nach den Vorstellungen der beiden Verhandlungspartner sollen die Ergebnisse von Nordwürttemberg/Nordbaden auf alle übrigen Tarifgebiete im Metallbereich übertragen werden.

Der Arbeitskampf in Nordwürttemberg/Nordbaden begann am 14. Mai und in Hessen am 21. Mai und dauerte bis zum 2. bzw. 3. Juli, d. h. über sieben bzw. über sechs Wochen. Es zeigte sich, daß, entgegen allen Unkenrufen und von den Unternehmern bestellten und bezahlten Umfrageergebnissen, die Arbeiter und Angestellten bereit sind, für die gewerkschaftlichen Forderungen zu kämpfen, und dies nicht nur für eine kurze Zeit. Hier ist wohl das Bedeutsamste an diesem Arbeits-

kampf zu erblicken. Die Gegner wurden deutlich sichtbar, aber auch die Freunde. Dies sollte in kommenden Arbeitskämpfen hilfreich sein.

Wenngleich die IG Metall einschätzte, daß mit dem Einigungsvorschlag der Schlichtungsstelle ein neues Kapitel in der Tarifgeschichte eingeleitet worden sei, ist dieser vor allem bei den Streikenden und Ausgesperrten nicht auf die gleiche Zustimmung gestoßen wie bei dem IG-Metall-Vorsitzenden. Zu offensichtlich sind die Mängel des neuen Tarifvertrages, als daß sie übersehen werden könnten.

Wertung des Kompromisses

In der wichtigsten Frage dieser Tarifrunde, in der der Arbeitszeitverkürzung, ist mit der Festschreibung der 38,5-Stunden-Woche zweifellos ein Erfolg erzielt worden. Die Unternehmer weigerten sich über Wochen beharrlich, auch nur mit einer Minute die 40-Stunden-Woche zu unterschreiten. Sie wollten von ihrem Tabu nicht abrücken. Allerdings sind in der Frage der Arbeitszeitverkürzung auch die größten Schwächen des neuen Tarifwerks zu erblicken. Denn nunmehr soll durch Betriebsvereinbarungen dieser tarifliche Rahmen ausgefüllt werden.

Betriebsräte, die nicht unbedingt Mitglieder der IG Metall sein müssen, können nun einen Tarifvertrag, der von der IG Metall unterzeichnet wurde, gegen diese Gewerkschaft interpretieren. Deshalb sind die Unternehmer über diese Vereinbarung am glücklichsten, ermöglicht sie doch, daß sie ihr Ziel der Flexibilisierung der Arbeitszeit durchsetzen konnten und zusätzliche Produktivitäts- und Gewinnreserven mobilisieren können. Wenn der Verhandlungsführer der Unternehmer, Hans-Peter Stihl, erklärt: „Die (und hier meinte er die Gewerkschaften) werden sich noch wundern“, dann dürfte klar sein, daß die Unternehmer versuchen werden, mit Brachialgewalt die Flexibilisierung in den Betrieben durchzuboxen.

Ein nicht unerheblicher Mangel ist, daß kein Stufenplan vereinbart wurde. Allerdings, die für eine manteltarifliche Regelung relativ kurze Laufzeit bis zum 30. September 1986 gibt der Gewerkschaft, wenn sie die richtigen Konsequenzen aus dem Arbeitskampf zieht, die Möglichkeit, dann die jetzt noch nicht vereinbarten Stufen in Angriff zu nehmen.

Wenn die IG Metall in der Vereinbarung eine Möglichkeit sieht, das Tor zur 35-Stunden-Woche aufzustoßen, meint hingegen der Präsident von Gesamtmetall, Wolfram Thiele, daß er in ihr den Ausstieg aus der generellen Arbeitszeitverkürzung erblicken könnte. Daraus ergibt sich, daß der Kampf mit diesem Tarifabschluß noch nicht zu Ende ist, sondern in den Betrieben fortgesetzt werden muß.

Bemerkenswert ist, daß die IG Metall neben der Verkürzung der wöchentlichen

Arbeitszeit, bei allen Schwächen und Mängeln, zusätzlich eine Vorruhestandsregelung vereinbaren konnte. Es deutete sich hier an, welche Möglichkeiten vorhanden gewesen wären, wenn die Gewerkschaften, die sich allein die Vorruhestandsregelung zum Ziel gesetzt hatten und die 40-Stunden-Woche bis zum Jahre 1988 festschrieben, ebenfalls bei der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit an einem Strang mitgezogen hätten.

Positiv ist zu werten, daß die IG Metall einen formellen Lohnausgleich durchsetzen konnte. Allerdings führen die vereinbarten beiden Stufen der Lohn- und Gehaltserhöhungen, die weit unter den gegenwärtigen und zu erwartenden Preissteigerungen liegen, dazu, daß mit Sicherheit eine weitere Reallohnsenkung vorprogrammiert und Senkungen im Sozialbereich über Lohnerhöhungen nicht ausgeglichen werden können. Wägt man daher die positiven und negativen Aspekte dieses Tarifvertrages gegeneinander ab, ist es nicht verwunderlich, daß viele Kolleginnen und Kollegen ihn als unbefriedigend empfinden und deshalb auch in der Urabstimmung ihm die Zustimmung verweigerten.

Fragen und Ausblick

Vor allem bei denen, die wochenlang im Streik standen und viele Opfer, nicht nur materieller Art, gebracht haben, stellt sich natürlich die Frage, ob die Führung des Kampfes optimal gewesen ist, ob Strategie und Taktik genügend durchdacht, ob eine Zusammenarbeit und Abstimmung mit der IG Druck und Papier erfolgte, ob es richtig war, daß die Nichtstreikenden und Nichtausgesperrten weitgehend Gewehr bei Fuß stehen mußten und ihre Einbeziehung in die aktive Solidarität nur sporadisch erfolgte. Mußte allein so ein relativ kleiner Teil der Gewerkschaft die ganze Last des Kampfes tragen?

Sicherlich wird auch das Verhalten des DGB-Bundesvorstandes ernsthaft zu untersuchen sein, vor allem ob seine Taten im richtigen Verhältnis zu den wortreichen Erklärungen standen. Für mögliche künftige besondere Schlichtungen sollte auch überlegt werden, ob die Mitbenennung eines Schlichters allein dem Gewerkschaftsvorsitzenden überlassen bleiben sollte, zumal Georg Leber für sein sozialpartnerschaftliches, den Unternehmern genehmes Verhalten schon in der Vergangenheit überreichlich Beispiele geliefert hat. Es ist daher nicht verwunderlich, daß jetzt nach der Schlichtung die Unternehmer und ihre Presse des Lobes über ihn voll sind.

Schon vor der Gewerkschaft hatten sie ihn befragt, ob er Schlichter machen wolle. Rein zufällig, versteht sich. Als nun einer ihrer Lieblingskandidaten von der Gewerkschaftsseite vorgeschlagen wurde, fiel den Unternehmern ein Stein vom Herzen. Wußten sie doch über das konservative Weltbild eines Georg Leber nur allzu genau Bescheid. Dieser hält zum Beispiel die Aussperrung für ein Element einer frei-

heitlichen Gesellschaft und zeigt dadurch einmal mehr, daß er vom gewerkschaftlichen Denken meilenweit entfernt ist. Ihn jetzt als „Helden“ zu feiern, dazu gehört mehr als ein sonniges Gemüt. Zu fragen wird auch sein, ob die Scheu, den Kampf stärker zu politisieren, berechtigt war und größere Erfolge behinderte.

Nun ist der Tarifvertrag abgeschlossen. Es wäre falsch, jetzt den Blick nur rückwärts zu richten. Die kritische Verarbeitung dieser Tarifrunde sollte mit dem Blick auf die Jahre 1985 und 1986 erfolgen. Schon jetzt wird es darauf ankommen, die Betriebsräte, vor allem in den Großbetrieben, so zu schulen, daß nicht die Gewerkschaften, sondern Leute vom Schlage eines Herrn Stihl sich letztlich wundern müssen.

Die Diskussion über die Notwendigkeit weiterer Arbeitszeitverkürzungen mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche sollte nicht eingestellt, sondern verstärkt fortgeführt werden, um 1986, beim Auslaufen dieses Tarifvertrages, mit vollem Schwung die nächsten bereits jetzt anvisierten Etappen angehen zu können. Nicht zuletzt wird es auch notwendig sein, über das ganze Ausmaß der Reallohnsenkungen nachzudenken, sie zu diskutieren und Wege zu finden, um sie zu stoppen und einer weiteren Erhöhung des realen Lebensstandards den Weg zu öffnen. Hier ist eine Wende dringend geboten. In Nr. 8/1984 der NACHRICHTEN werden wir den Abschluß einer gründlichen Einschätzung unterziehen.

Heinz Schäfer

Floristengehalt auf Arbeitslosengeldniveau

Die am 26. Juni in Frankfurt stattgefundenen zentralen Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen für Floristen wurden nach dreistündiger Verhandlungsdauer ergebnislos abgebrochen. Die Tarifkommission des zuständigen Unternehmerverbandes erklärte, daß sie von ihren Landesverbänden die Weisung bekommen hätte, im Jahr 1984 keine Lohnerhöhung zuzugestehen und den am 28. Februar 1984 ausgelaufenen Zentralen Lohn- und Gehaltstarifvertrag bis zum 31. Dezember 1984 zu verlängern. Dieses Null-Angebot bezeichnete die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) als Diskriminierung des Berufes. Rund 95 Prozent der Beschäftigten sind Frauen, denen ein angemessener Lohn entsprechend ihrer Qualifikation verweigert wird.

Der Monatslohn für eine ausgebildete Floristin beträgt 1230 DM brutto im ersten Berufsjahr, was bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 40 Stunden einem Stundenlohn von brutto 7,06 DM gleichkommt. Der Nettostundenlohn beträgt 5,04 DM. Das Nettoeinkommen einer Floristin kommt in der Höhe in etwa einem Betrag für einen Arbeitslosenempfänger gleich.

Vorruhe bei Textil

Bis Ende Mai waren rund 30 000 Beschäftigte der Textilindustrie in Warnstreiks getreten, nachdem in den meisten regionalen Tarifbezirken der Gewerkschaft Textil-Bekleidung die Verhandlungen gescheitert waren. Die Forderungen der GTB lauteten: Erhöhung der Löhne, Gehälter und der Ausbildungsvergütungen sowie Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Vorruhestandsregelungen. Nach Angaben der Gewerkschaft belief sich das Volumen — bezogen auf das Tarifniveau — auf 6 Prozent insgesamt.

Als einen Durchbruch bezeichnet nun die GTB, was Mitte Juni für den Tarifbezirk Nordrhein als Verhandlungsergebnis herauskam: für die rund 30 000 Beschäftigten in diesem Bezirk werden die Löhne und Gehälter ab 1. Mai um 3,3 Prozent erhöht. Die Laufzeit beträgt ein Jahr. Gleichzeitig wurde eine Vorruhestandsregelung vereinbart. Sie sieht vor, daß die 58jährigen nach einer Betriebszugehörigkeit von fünf Jahren vorzeitig in Rente gehen können. Sie erhalten dann 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens, was rund 80 Prozent des Nettoverdienstes entspräche. Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die vermögenswirksamen Leistungen werden in die Berechnungen einbezogen — in diesem Punkt haben die Unternehmer Zugeständnisse gemacht.

Ebenfalls strittig war die Forderung der Gewerkschaft, daß die Vorruhestandsregelung unabhängig von der Zustimmung des Unternehmers in Anspruch genommen werden kann. Hier einigte man sich darauf, daß eine entsprechende Vereinbarung zwischen Beschäftigten und Unternehmern dann erforderlich wird, wenn bereits mehr als zwei Prozent der Belegschaft den Vorruhestand praktizieren. Diese Regelung tritt ab 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft. Ihr Preis ist allerdings insofern hoch, als sie verbunden ist mit einer Festschreibung der 40-Stunden-Woche bis zum 30. April 1988. Dennoch steht zu erwarten, daß dieses Verhandlungsergebnis auch auf die anderen Tarifbezirke übertragen wird. Für die Textilindustrie ist bereits eine ähnliche Vereinbarung abgeschlossen worden, die am 1. Oktober in Kraft tritt. Nach Berechnungen der GTB, die sich allerdings auf Zahlen von vor zwei Jahren stützen, sind in der Textilindustrie rund 15 400 Beschäftigte zwischen 58 und 64 Jahren alt, das entspräche 5,5 Prozent. In der Bekleidungsindustrie wären rund 300 oder 3,6 Prozent der Beschäftigten betroffen.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung sieht mit der ausgehandelten Vorruhestandsregelung ihre Forderungen im wesentlichen erfüllt. In einigen Punkten geht sie über die Ergebnisse im Nahrungs- und Gaststättenbereich hinaus, etwa in der Frage der Zustimmungspflicht der Unternehmer.

R. B.

„Abgespecktes Leber-Papier“ für IG Druck nicht annehmbar

Bei Redaktionsschluß war noch kein Ende des nunmehr zwölf Wochen dauernden Arbeitskampfes abzusehen. Zu diesem Zeitpunkt fand zwischen den Verhandlungskommissionen der Gewerkschaft und des Bundesverbands Druck ein zähes Ringen statt, das am Abend des 30. Juni wiederum kurz vor dem Abbruch stand. Die Unternehmervertreter bewegten sich keinen Schritt nach vorn. Sie warteten lediglich mit einem „abgespeckten Leber-Papier“ — so IG-Druck-Vorsitzender Erwin Ferlemann — auf, das wegen der spezifischen Bedingungen in den Druckereien nicht akzeptabel ist. Ausschlaggebend für die Ablehnung sind folgende Gründe:

- Im geltenden Manteltarifvertrag gibt es bereits eine den Produktionszeiten angepaßte Arbeitszeitflexibilisierung.

- Das vorgesehene Volumen von 1,5 Stunden würde in der Druckindustrie keinen einzigen Arbeitsplatz sichern, sondern durch den Einsatz neuer Techniken weitere Arbeitsplätze abbauen.

- Mit einer weitergehenden Flexibilisierung — wie im Leber-Vorschlag vorgesehen — würde das Direktionsrecht der Unternehmer voll zum Tragen kommen und die Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte weiter ausgehöhlt.

- Durch die vorgeschlagenen unterschiedlichen Arbeitszeiten in den Betrieben, ja selbst in den Abteilungen, würden der Leistungsdruck weiter steigen und die Konkurrenz untereinander zunehmen. Damit wäre der Entsolidarisierung der Beschäftigten Tür und Tor geöffnet.

- Da es im Druckbereich zahlreiche kleinere Betriebe ohne Betriebsräte gibt, würde ausschließlich der Unternehmer bestimmen, wann wie lange gearbeitet wird.

- Hinzu kommt, daß die IG Druck und Papier die im Tarifabschluß der IG Metall enthaltene Vorruhestandsregelung ablehnt. Diese aber schlägt nach Angaben der Gewerkschaft mit 0,5 Stunden zu Buche, so daß die Arbeitszeit auf 38 Stunden verkürzt werden müßte.

Wiederholt saß die gewerkschaftliche Verhandlungskommission mit den Unternehmern an einem Tisch. Doch zu allen Vorschlägen sagten die Unternehmer nein, was wiederum den Schluß zuläßt, daß der Bundesverband Druck den Machtkampf probt und die Gewerkschaft aushungern will. Für diese Vermutung spricht auch die Ablehnung des Vermittlungsvorschlages von Kurt Biedenkopf, an dem nach Ansicht der Gewerkschaft „erhebliche Verbesserungen hätten vorgenommen werden müssen, vor allem in Gestalt konkreter Schritte der Arbeitszeitverkürzung in einem verbindlichen Stufenplan“.

Auf „rude Weise“ wurde Biedenkopf vor die Tür gesetzt und sein Vorschlag kurz und bündig abgelehnt. „Offenbar hat der

Bundesverband Druck von Anfang an mit falschen Karten gespielt und war schon mit der Absicht nach Düsseldorf gereist, einerseits Zeit zu schinden und andererseits, bevor es ernst wird, die Kurve zu kratzen“, vermutet die IG Druck in ihrer Extranummer 16.

Diese Vermutung liegt um so näher, da über eine neue Lohnstruktur erst beschlossen werden soll, wenn die Gewerkschaft auf die Arbeitszeitverkürzung verzichtet, also eine handfeste Erpressung. Und was die dritte Forderung der IG Druck und Papier betrifft, die nach Rationalisierungsschutz, so war bis Redaktionsschluß die Antwort der Unternehmer nein.

IGF-Solidarität

Die Internationale Grafische Föderation überwies der IG Druck und Papier 50 000 Schweizer Franken. Das sind umgerechnet 59 925 DM. Das Geld stammt aus dem internationalen Solidaritätsfonds der grafischen Gewerkschaften. Die IG Druck und Papier wertete die Spende als „Ausdruck der tiefempfundenen Solidarität der Brudergewerkschaften mit den Streikenden der bundesdeutschen Druckindustrie“.

In den zwölf Wochen hat die Gewerkschaft mit ihrer flexiblen Arbeitskampfstrategie, vor allem dem Wechselstreik, zahlreiche Belegschaften zu wiederholten Malen am Kampf beteiligt. Zeitweilig standen bis zu 180 Belegschaften im Ausstand. Zahlreiche Zeitungen erschienen während dieser Zeit überhaupt nicht oder nur in unzureichenden Notausgaben.

Einer der Schwerpunkte des Kampfes war Frankfurt. In der Mainmetropole gab es vom 13. bis zum 25. Juni keine einzige Zeitung. Tag und Nacht standen die Streikposten, unterstützt von den Mitgliedern anderer Bereiche. Erst in den letzten Junitagen hagelte es einstweilige Verfügungen mit der Androhung horrender Strafen. Hundertschaften der Polizei wurden eingesetzt,

um das gesetzlich verbriefte Streikrecht auszuhöhlen. Sie schützten die Streikbrecher und ihre Notzeitungen, da in der Bundesrepublik das Aufrechterhalten eines Gewerbebetriebes mehr gilt als das, was in der Verfassung steht. Polizeikommandos bahnten wie auch an anderen Orten Lkws mit Notzeitungen den Weg durch die Streikposten.

In der größten hessischen Druckerei, der Frankfurter Societätsdruckerei, wurden am 24. Juni die ersten Notzeitungen des Unternehmersprachrohrs „Frankfurter Allgemeine“ durch Hubschrauber herausgeflogen. Die Sondergenehmigung für den Hubschraubereinsatz hatte das Regierungspräsidium in Darmstadt erteilt. Diese Sondergenehmigung löste große Proteste aus, da vor rund eineinhalb Jahren aus Sicherheitsgründen abgelehnt worden war, einen in die Maschine gerateten und schwerverletzten Arbeiter mit dem Rettungshubschrauber in eine Klinik zu fliegen.

Der Pilot flog sogar einen Scheineinsatz gegen die Streikposten unter den Augen einer Polizeihundertschaft, die die drei Meter hohe Mauer hermetisch abriegelt hatte. DGB-Kreisvorsitzender Manfred Kieseewetter, der am Ort des Geschehens war, stellte gegen den Piloten des Hubschraubers Strafanzeige und erhielt vier Tage später die lapidare Mitteilung des Landgerichts, daß sich der Verdacht einer strafbaren Handlung nicht bestätigt habe und die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens daher abgelehnt würde.

Und sozusagen im Umkehrschluß wird gegen die Streikposten ermittelt. Sie hätten das Leben des Hubschrauberpiloten gefährdet. Daran ist kein wahres Wort. Es macht sich aber gut, wenn die Frankfurter Allgemeine ganze Litfaßsäulen mietet und sie mit Pamphleten gegen die streikenden Drucker und Setzer beklebt.

Der Kampf geht weiter. Ab 1. Juli sind die Beschäftigten der zwei großen Frankfurter Zeitungsbetriebe zum ersten Mal seit dem 12. Juni hochoberhoben. Hauptes in die Betriebe zurückgekehrt. Andere traten an ihre Stelle: 30 Belegschaften hessischer Betriebe und 145 mit zusammen 11 500 Kolleginnen und Kollegen im Bundesgebiet. Für sie alle gilt, was Erwin Ferlemann in der Streikzeitung der IG Druck und Papier Nr. 17 vom 27. Juni formulierte:

„Wir werden nicht zu Kreuze kriechen! Seit zwölf Wochen stehen unsere Mitglieder im Streik. Sie haben Durchsetzungsvermögen gezeigt und Disziplin; sie haben viel Phantasie aufgewandt und Opfer gebracht. Dafür haben wir zu danken. Doch Kampf wird nunmehr verstärkt weitergehen. Uns bleibt keine andere Wahl. Es geht um unsere Handlungsfähigkeit und unsere Existenz. Man kann uns in Verhandlungen hinhalten; man kann uns Forderungen abschlagen; man kann unsere Streikkasse belasten. Doch es wird den Unternehmerverbänden nicht gelingen, uns den aufrechten Gang zu nehmen. Wir werden uns nicht unterwerfen.“ G. M.

Trotz großer DGB-Solidarität: Bundesweiter Streik fand nicht statt

Nach rund siebenwöchiger Dauer ist der Arbeitskampf der Metallarbeiter in Nordwürttemberg-Nordbaden mit einem nicht befriedigenden Ergebnis zu Ende gegangen (siehe S. 4). Und auch in Hessen wurde der Streik in der Metallindustrie beendet. In diesem zurückliegenden, seit Bestehen der Bundesrepublik längstem und härtestem Arbeitskampf trug die Solidarität mit dazu bei, daß die Streikfront zu keinem Zeitpunkt wackelte.

Höhepunkt der Solidarität mit den Streikenden, den heiß und kalt Ausgesperrten, war zweifellos die 250 000-Mann-Kundgebung am 28. Mai in Bonn. Sie richtete sich vor allem gegen den von der Bundesregierung inszenierten Franke-Erlaß auf Verweigerung des Kurzarbeiter- bzw. Arbeitslosengeldes für kalt Ausgesperrte. Bereits im Laufe der Woche zuvor gab es zahlreiche Solidaritätsstreiks im Tarifgebiet Nordwürttemberg/Nordbaden und unzählige Sympathieaktionen im gesamten Bundesgebiet. Nach Angaben des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandsmitgliedes Lothar Zimmermann beteiligten sich in dieser Woche rund 300 000 Arbeitnehmer an Demonstrationen, Kundgebungen und Solidaritätsstreiks.

Als dann die Unternehmer in Hessen, dem Beispiel ihrer südwestlichen Kumpanen folgten und auch in diesem Bundesland, wo bekanntlich die Aussperrung in der Verfassung verboten ist, vor rund 30 000 Metallern die Fabriktore schlossen, kam es am 30. Mai neben Demonstrationen und Kundgebungen in allen größeren hessischen Städten zu zahlreichen Warnstreiks, an denen sich Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes, der Post und anderer Bereiche beteiligten. Beispielhaft war Kassel, wo die Straßenbahn- und Busfahrer erst zwei Stunden später als üblich die Depots verließen.

Ungeachtet dieser Solidaritätsbewegung wollten die Unternehmer Macht demonstrieren. Sie praktizierten die Ausweitung der Aussperrung in Nordwürttemberg/Nordbaden und wenige Tage später in Hessen. Das führte zuletzt dazu, daß in Hessen einem streikenden Metallarbeiter sieben heiß und kalt Ausgesperrte gegenüberstanden. Als Antwort auf diese Terror- und Willkürmaßnahmen und auch um Druck auf die bereits eingesetzten Schlichtungsverhandlungen für den Metalltarifbezirk Nordwürttemberg/Nordbaden zu erzeugen, rief der DGB-Bundesvorstand erneut für den 26. Juni zu Solidaritätsaktionen in 15 bundesdeutschen Großstädten auf, allerdings nach Feierabend.

Dieser Aufruf wurde weitgehend befolgt. In Kassel demonstrierten 20 000, in Dortmund 15 000 gegen den Aussperrungsterror. Weitere Tausende waren es jeweils in Kiel, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Mainz, Stuttgart, Mannheim, München und anderen Städten. In Frankfurt fanden sich rund 6000 zu einem Solidaritätsfest zu-

sammen. Recht hatte ein Redner von den Buderus-Werken des hessischen Herborn, der vor rund 7000 Kundgebungsteilnehmern in Düsseldorf erklärte: „Es gibt keine Zuschauer in dieser Auseinandersetzung.“ Vor den 15 000 Kundgebungsteilnehmern in Dortmund wertete der 2. IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler die Aktionen als Beweis, daß die abhängig Beschäftigten nicht bereit sind, die Massenarbeitslosigkeit widerstandslos hinzunehmen.

Analog zu den Solidaritätsaktionen am 26. Juni in der Bundesrepublik brachten in mehreren europäischen Städten Gewerkschafter ihre Solidarität mit ihren kämpfenden Kolleginnen und Kollegen in der Bundesrepublik mit befristeten Arbeitsniederlegungen, Kundgebungen und Solidaritätsschreien zum Ausdruck. In der italienischen Industrie traten die Beschäftigten in 15minütige Streiks, ebenso in Belgien. Im luxemburgischen Esch kamen Gewerkschafter zu einer großen Solidaritätskonferenz zusammen, und in Frankreich überreichten Gewerkschaftsdelegationen Entschlüsse in der Botschaft und in Unternehmerkammern.

Abgesehen davon gab es eine nicht aufzählende Zahl von ideenreichen Beweisen der Zusammengehörigkeit zwischen Streikenden, Ausgesperrten und Gewerkschaftern, die nicht im Arbeitskampf standen. Da wurden Geldspenden und heißer Kaffee überbracht, die Familien miteinbezogen, und wo es notwendig war, gemeinsam Unternehmerprovokationen und Streikbruch verhindert. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang die gewerkschaftlichen Kulturgruppen, die mit auf den Streik bezogenen Liedern und Sketschen den Kämpfenden Mut machten.

Trotz all dieser Maßnahmen, die nicht hoch genug eingeschätzt werden können, bleibt ein Wermutstropfen zurück: Auf die Durchführung der vom DGB-Bundesvorstand am 25. Mai erneuerte „prinzipielle Bereitschaft“ zu bundesweiten Solidaritätsstreiks, nochmals bekräftigt von Ernst Breit auf der Großkundgebung in Bonn, warteten die Kämpfenden vergeblich. Der Äußerung des 2. Frankfurter Bevollmächtigten der IG Metall, Ralf Tänzer, der an die Adresse des DGB gewandt, erklärte, man dürfe nicht nur reden, sondern müsse auch den Mut haben, weiterreichende Solidarität zu praktizieren, ist nur zuzustimmen. G. M.

Westberliner Bauarbeiter im Streik

Zur Durchsetzung eines neuen Akkordtarifvertrages sind am 13. Juni annähernd 2500 Akkordarbeiter des Westberliner Bauhauptgewerbes dem Aufruf der IG Bau-Steine-Erden gefolgt und in einen unbefristeten Streik getreten, nachdem sich in einer Urabstimmung 79 Prozent für Kampfmaßnahmen ausgesprochen hatten. Weil die Unternehmer eine Angleichung der Westberliner an die bundesdeutschen Löhne verweigern, herrscht bereits seit April 1983 ein tarifloser Zustand. Ein Ende des Arbeitskampfes, dem sich solidarisch auch Akkordkolonnen aus der BRD anschlossen, war bei Redaktionsschluß noch nicht abzusehen. H. P.

Verhandlungen bei Kautschuk gescheitert

Die Tarifverhandlungen über eine Vorruhestandsregelung für die rund 45 000 Beschäftigten der Kautschukindustrie in den Tarifbezirken Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz/Saarland und Nordmark sind Mitte Juni vom Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik für gescheitert erklärt worden. Grund dafür war die starre Haltung der Unternehmer, die nur einer geringen Zahl von Beschäftigten einen Vorruhestand ab 58 ermöglichen wollen. Nach dem Unternehmerangebot hätten z. B. im Kautschuktarifbereich Nordmark von rund 1900 Beschäftigten, die 58 Jahre und älter sind, lediglich 335 das Recht, bis 1988 nach einem besonderen Stufenplan in den Vorruhestand zu gehen, erklärte der für Tarifpolitik zuständige Horst Mettke. Die IG Chemie will in die Schlichtung gehen.

Warnstreiks im Einzelhandel

In den ersten beiden Juni-Wochen legten in Nordrhein-Westfalens Kaufhäusern und Supermärkten rund 10 000 Beschäftigte für kurze Zeit die Arbeit nieder. Mit ihren Warnstreiks wollten sie endlich akzeptable Angebote der Einzelhandelsunternehmer. Wie der stellvertretende Vorsitzende der zuständigen Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV), Dieter Steinborn, erklärte, sind die Tarifverträge für rund zwei Millionen Beschäftigte in den elf regionalen Tarifbereichen teilweise seit Ende Februar ausgelaufen. Da die „Geld der Arbeitnehmer im Einzelhandel zu Ende ist“, rechnet der HBV-Funktionär für die nächste Zeit mit weiteren Arbeitskampfmaßnahmen.

3,3 Prozent bei zwölf Monaten

Für die rund 15 000 Beschäftigten des genossenschaftlichen Großhandels in Hessen hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen am 12. Juni einen neuen Tarifvertrag vereinbart. Danach erhöhen sich die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen rückwirkend ab 1. Mai um 3,3 Prozent. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von zwölf Monaten. Die Verhandlungen über die Einführung der 35-Stunden-Woche sowie zur Mitbestimmung bei der Personalplanung werden fortgesetzt.

4 Prozent mehr für Chemie-Beschäftigte

Die 180 000 Arbeiter und Angestellten der chemischen Industrie im Tarifbezirk Nordrhein erhalten 4 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Um den gleichen Prozentsatz steigen auch die Ausbildungsvergütungen. Zunächst hatten die Chemieunternehmen, die große Gewinne verbuchen können, nur 3,3 Prozent geboten. Es ist damit zu rechnen, daß in den übrigen Tarifgebieten ähnliche Ergebnisse erzielt werden.

GEW für kürzere Wochenarbeitszeit

Mitte Juni hat sich der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, auf einer Pressekonferenz in Bonn für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit ausgesprochen. Wenn auch im Erziehungsbereich eine Arbeitszeitverkürzung entsprechend der 35-Stunden-Woche durchgesetzt würde, könnten in den kommenden Jahren 80 000 bis 100 000 arbeitslose Lehrer eingestellt werden, erklärte er.

Freie Tage und mehr Urlaubsgeld

Ab 1985 erhalten die rund 20 000 Beschäftigten in den Seehäfen fünf bis sieben und von 1986 an neun freie Tage mehr. Dieses in einer Schlichtung erzielte Ergebnis entspricht ab 1986 einer 38,5-Stunden-Woche. Ab Januar werden die Löhne und Gehälter um 3,8 Prozent erhöht. Um 100 DM aufgestockt wird ab dem gleichen Zeitpunkt das Urlaubsgeld. Alle diejenigen, die noch keine 30 Tage Urlaub haben, bekommen einen Urlaubstag mehr, und alle über 55jährigen Arbeiter erhalten noch zusätzlich zwei freie Tage jährlich.

DGB fordert: sofort zahlen

Ende Juni hat der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr den Präsidenten

der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, aufgefordert, den von kalter Aussperrung betroffenen Beschäftigten der Metallindustrie sofort Leistungen zu gewähren. Das erfordere der Respekt der Landessozialgerichtsentscheidungen von Bremen und Darmstadt. Den Hinweis Franke, das Landessozialgericht Hessen habe lediglich die Anwendung des Franke-Erlasses ausgesetzt, nicht jedoch auf Leistung beschieden, bezeichnete Muhr als nicht stichhaltig. Ausschließlich aus formalen Gründen habe das Gericht keine Möglichkeit gesehen, die Arbeitsämter zur Zahlung von Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld zu verpflichten. Ausdrücklich gehe aus der Urteilsbegründung hervor, daß das Gericht die Leistungsverweigerung für rechtswidrig hält.

Tarifabschluß bei Reisebüros

In der zweiten Verhandlungsrunde am 14. Juni wurde für die Reisebüro-Beschäftigten ein neuer Gehaltstarifvertrag abgeschlossen. Er sieht eine Erhöhung der Gehälter um 3,3 Prozent ab 1. Juni vor. Ab diesem Jahr wird das Weihnachtsgeld auf 60 Prozent eines Monatsgehalts aufgestockt. Das Urlaubsgeld beträgt für die zwei kommenden Jahre 40 DM je Urlaubstag. Zwischen 16 und 25 DM wurden die Ausbildungsvergütungen erhöht, und auch das Urlaubsgeld steigt für Auszubildende.

ÖTV-Forderung wird unterstützt

Die Forderung nach einer Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auch im Bildungsbereich hat der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Dieter Wunder, am 26. Juni vor der Presse in Hannover erneut bekräftigt. In diesem Zusammenhang begrüßte er die Arbeitszeitbeschlüsse des ÖTV-Gewerkschaftstages, die von der GEW solidarisch unterstützt werden sollen. Die anvisierte 35-Stunden-Woche bedeutet für den Lehrer nach den Aussagen Wunders eine Verkürzung der wöchentlichen Unterrichtspflichtzeit zwischen zwei und vier Stunden.

Vorruhestand und 3,3 Prozent

Ende Juni vereinbarte die IG Bergbau und Energie mit den rheinischen Braunkohleunternehmen für die Beschäftigten eine Vorruhestandsregelung mit 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens zuzüglich vermögenswirksamer Leistungen. Ab zehnjähriger Betriebszugehörigkeit kommen zu den 75 Prozent noch zehn Prozent des letzten Monatsgrundlohns. Ab 1. November erhöhen sich die Löhne um 3,3 Prozent. Die Vereinbarung über den Vorruhestand trat am 1. Juli in Kraft.

TARIFKALENDER

Die Lohn und Gehaltstarifverträge für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Die Zahlen entsprechen dem neuesten Stand. Falls nicht anders vermerkt, handelt es sich bei den einzelnen Zahlen um Arbeiter und Angestellte.

31. Juli – 0,3 Mill.

Chemische Industrie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen, Westfalen, Baden-Württemberg, Westberlin (218 100); Hauswirtschaft Hamburg, Baden-Württemberg (68 000); Friseurhandwerk Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen (36 900).

31. August – 3,0 Mill.

Öffentlicher Dienst – Bund, Länder, Gemeinden – (2 249 000); Bundespost (231 000); Bundesbahn (150 000); Deutsche Bundesbank und Sparkassen (124 400); chemische Industrie Saarland, Bayern (64 500); Arbeiter der Staats- und Gemeindeförster aller Tarifgebiete (20 800); Brauereien Nordrhein-Westfalen, Hessen – Angestellte – (18 700); Bekleidungsindustrie – Gesamtvereinigung – Niedersachsen, Bremen – ohne Regierungsbezirk Osnabrück (14 700); Kürschnerhandwerk Bundesgebiet (7 000); Flachglas AG Delag Detag (7 600).

30. September/31. Oktober – 0,2 Mill.

Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen (96 000); Texaco und Shell Hamburg (10 000); Erdgas-, Erdöl-, Bohr- und Gewinnungsbetriebe im Bundesgebiet (10 000) – 31. Oktober – Schuhindustrie Bundesgebiet (53 000).

30. November – 0,03 Mill.

Tischlerhandwerk Niedersachsen, Stadt Bremerhaven (13 000); Ernährungsindustrie Bayern – Angestellte – (6 200); feinkeramische Industrie Nordwestdeutschland, Hessen (4 700); Erfrischungsgetränkeindustrie Niedersachsen, Bremen, Bayern (4 500).

31. Dezember – 0,5 Mill.

Hotel- und Gaststättengewerbe Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg (ohne Schwarzwald-Bodensee), Bayern (183 600); Holzverarbeitende Industrie – mehrere Bezirke – (136 200); Tischlerhandwerk Hessen, Saarland, Bayern (37 900); Fleischerhandwerk Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern (72 300); Deutsche Seehafenbetriebe (18 000); Kfz-Handwerk Rheinland-Rheinhausen, Saarland, Westberlin (14 100); Bäckerhandwerk Niedersachsen, Bremen, Saarland (20 400); Elektro-, Klempner- und Heizungsbauerhandwerk Pfalz (11 100).

Wo es um wichtige Entscheidungen geht, sind die drei Großbanken dabei

Als einen „Nachtfrost für die Konjunktur“ bezeichnete Vorstandssprecher Dr. Wilfried Guth von der Deutschen Bank die Streiks für die 35-Stunden-Woche; Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung würden argen Schaden nehmen. Diese hehren Sorgen um die Allgemeinheit macht sich der Vertreter einer Geschäftspolitik, die sich auf Kosten des Wachstums der Wirtschaft und der Beschäftigung seit mehreren Jahren ganz unbesorgt bereichert.

Schon 1982 stiegen die Gewinne der Banken allgemein auf Rekordhöhen, 1983 kletterten sie noch ein Stückchen weiter. Besonders profitierten, wie nicht anders zu erwarten, die drei privaten Großbanken davon: Das Betriebsergebnis der Deutschen Bank stieg um 13,6 Prozent (im Vorjahr 16,4 Prozent) auf über 2 Mrd. DM, das der Dresdner Bank näherte sich mit einem Anstieg um 39,3 Prozent (65,6 Prozent) beinahe 1 Mrd. DM (951 Mill. DM), und das der Commerzbank wuchs um 73,5 Prozent (178,3 Prozent) auf 753 Mio. DM.

Diese außergewöhnlichen Gewinnsteigerungen waren ohne vergleichbare Mengenausweitungen der inländischen Geschäfte möglich; die Bilanzsummen der Aktiengesellschaften stiegen nur um 2 Prozent bzw. 1,1 Prozent (Commerzbank). Die Gewinn/Umsatz-Relation erhöhte sich daher kräftig, und die Profitrate, gemessen am Eigenkapital, stieg auf traumhafte Werte: 37,04 Prozent bei der Deutschen Bank, 26,95 Prozent bei der Dresdner und 29,25 Prozent bei der Commerzbank: In nicht einmal drei Jahren ist damit das vorgeschossene Kapital wieder erwirtschaftet. Und das, obwohl das Eigenkapital der Banken regelmäßig aufgestockt wird.

Hohe Gewinne bei stagnierendem Umsatz – diese „Verbesserung der Ertragsstruktur“ bezahlen vor allem zwei Gruppen: die Kunden im Massengeschäft und die Beschäftigten der Banken.

Die Zinsmargen, d. h. der Saldo zwischen Zinserträgen und Zinsaufwendungen, sind erheblich gestiegen. Sie übertrafen mit 2,6 bis 3,3 Prozent in 1983 den bisherigen Höchststand von 1975. Verdient werden sie am „Goldenen Schnitt“ der Banken nach dem Motto „Für Kredite hohe Zinsen nehmen – für Spargelder wenig Zinsen zahlen“: Kontokorrentkredite kosten gegenwärtig rund 8,25 Prozent, Kredite für Baufinanzierungen um 9 Prozent, für Spareinlagen werden dagegen im Schnitt 3 bis 3,5 Prozent gezahlt. Gleichzeitig sind die Dienstleistungen für die privaten Kunden verteuert worden (Wertpapierhandel und vor allem Kontogebühren), was sich in gestiegenen Provisionserträgen auszahlt, während umgekehrt verschärfte Anforderungen an die Kreditwürdigkeit manchen Kleinunternehmer und Gewerbetreibenden in den Konkurs treibt.

Diese Gewinnzuwächse sind mit relativ sinkenden Personalkosten erwirtschaftet. Die Banken stellen zwar gegenwärtig noch Beschäftigte ein und bilden auch aus, hinter den leicht steigenden Beschäftigtenzahlen verbergen sich aber zunehmende Teilzeitarbeit, Verlängerung der Öffnungszeiten und Erhöhung der Arbeitsbelastung durch die Einführung computergesteuerter Verwaltungssysteme, die die Vorstufe für grundsätzliche Umstellungen auf EDV, Abschaffung der Schnellzonen und Abbau und Umstrukturierung der Filialen darstellen. Schon 1983 war das Verhältnis von Zinsüberschuß und Personalaufwand, das die Personalkosten an der wichtigsten Gewinngröße mißt, bei der Dresdner Bank von 73,5 auf 66,6 Prozent gesunken, bei der Commerzbank von 80,1 auf 66,7 Prozent, und bei der Deutschen Bank liegt es von jeher am niedrigsten mit gegenwärtig 58,7 Prozent.

Weiter aufwärts

Gewinne vor Steuern bei den führenden deutschen Geschäftsbanken (in Millionen Mark)

	1981	1982	1983*	1984*
Deutsche Bank	795	1059	1248	1458
Dresdner Bank	279	336	487	522
Bayerische Vereinsbank	225	274	360	440
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank	170	239	378	433
Commerzbank	41	159	284	359

* geschätzt
Quelle: W. Greenwell & Co., London

Wirtschaftswoche Nr. 15 · 6. 4. 1984

Kleine Kreditnehmer, Sparer und Beschäftigte finanzieren so das Wachstum von Gewinnen und wirtschaftlicher Macht der Banken: Ihr Gewicht in der Gesamtwirtschaft, gemessen am Vergleich der Umsatzentwicklung von Unternehmen und Banken im Inland, hat sich von 1968 bis 1982 vervierfacht, während das aller Unternehmen sich im selben Zeitraum verdreifacht hat. Im Ergebnis setzen alleine die Banken heute beinahe denselben Betrag um wie die übrigen Unternehmen zusammen: 2709 Mrd. DM. Gleichzeitig ist das Auslandsgeschäft stark ausgebaut worden. Alleine die drei Großbanken hatten 1982 zusammen 118 Niederlassungen und Beteiligungen im Ausland. Das Geschäftsvolumen nur der Auslandsfilialen

betrug 60,6 Mrd. DM und damit mehr als ein Fünftel des gesamten Geschäftsvolumens. 1976 waren es erst 8,7 Prozent gewesen. Diese Geschäfte mögen zwar im Ausland getätigt werden, sie bedeuten aber ökonomischen Machtzuwachs im Inland.

Dieses ökonomische Gewicht wird vervielfältigt durch die vielfachen kapitalmäßigen Beteiligungen an Industrie- und Handelsunternehmen, das Depotstimmrecht und die personellen Verflechtungen durch Präsenz im Aufsichtsrat und anderen Kontrollorganen der Konzerne. In sämtlichen Aufsichtsräten der 25 größten Industrieunternehmen (mit einer Ausnahme) sind die drei Großbanken personell vertreten und an 28 der 200 größten Industrie- und 20 größten Handelsunternehmen der Bundesrepublik mit Kapital beteiligt, darunter 11mal unter den 50 größten.

Ein Drittel der Stimmen haben sie schätzungsweise über das Depotstimmrecht. Den Löwenanteil hat hier jeweils die Deutsche Bank. Diese auf Besitz und personelle Einflußnahme gegründeten Verflechtungen sind ergänzend zur eigentlichen Grundlage der ökonomischen Macht der Großbanken, ihrem starken Engagement im Kreditgeschäft mit der Firmenkundschaft, zu sehen.

Konzerne wie Daimler-Benz und BMW, die sich bei der kalten Aussperrung so hervorgetan haben, und sich mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen an den Tarifausschüttungen auf ihre Weise beteiligten, sind z. T. in Besitz der Banken: An Daimler sind alle drei beteiligt über die Stella-Automobil-Holding, und an BMW hat die Dresdner Bank kurz vor Jahresende in aller Stille eine Beteiligung erworben. Bei der Mehrzahl der anderen Großunternehmen sind die Banken in den Aufsichtsräten vertreten.

Mit ihrer ökonomischen Macht unterstützen und beschleunigen die Banken die wirtschaftlichen Strategien der Großunternehmen, die auf verstärkte Exportorientierung setzen und Arbeitslosigkeit als Mittel, um die Lohnkosten weiter zu senken, gerne in Kauf nehmen, auch wenn inländische Kaufkraft verlorengelht. 1983 erreichte die Bundesrepublik Höchstwerte in ihrem Exportvolumen, dessen Träger im wesentlichen die Konzerne sind: Die 11 größten Industriekonzerne der Bundesrepublik beispielsweise senkten schon 1981 real ihren Inlandsumsatz (+ 1,3 Prozent nominal), während der Auslandsumsatz um 20,3 Prozent zunahm. Die gesamte Exportfinanzierung und -organisation läuft aber über die Banken und wird durch sie vermittelt.

Konzentration von Reichtum auf der einen Seite, Senkung des Lebensstandards und Verarmungserscheinungen auf der anderen – an dieser Politik sind die Banken nicht allein beteiligt, sie stellen aber ihre wesentlichen Nutznießer dar. Der Kampf für die 35-Stunden-Woche ist daher auch ein Kampf gegen die Macht der Banken. A.S.

Renaissance des Unternehmertums?

Eine „Welle von Neugründungen mittelständischer Existenzen“ (Graf Lambsdorff) hat die Bundesrepublik erfaßt. Massenhaft drängen die Erwerbstätigen in die Selbständigkeit und lösen wahre Innovationschübe aus – dank der „Wende“, die wieder Mut zum Unternehmertum gemacht hat. So möchten es jedenfalls die Repräsentanten der Rechtsregierung sehen – und so verbreiten es viele Massenmedien.

Tatsächlich ist eine gewisse Zunahme von Unternehmensgründungen zu registrieren, bei allerdings kaum zurückgehenden Insolvenzziffern. Im Handelsregister wurden 1983 immerhin 11,2 Prozent mehr Unternehmensgründungen registriert als 1982. Keine „Welle“ – aber immerhin ein Bächlein.

Ursache dafür ist u. a. das großzügige Förderungs- und Beratungssystem, mit dem Gründungen aller Art staatlich geschützt werden. Allerdings hat die Subventionierung der Neugründungen selbst dann nicht ihr Ziel erreicht, wenn man von der großen Zahl von Schwindelgründungen absieht: Die Wirtschaftsauskunftei „Creditreform“ zählte von 35 000 Neugründungen im Jahre 1983 immerhin 3500 zu den „unseriösen“. Fast jeder dritte „Pleitier“ ist nach kurzer Zeit erneut unter den Unternehmensgründern zu finden.

Besser informiert durch NACHRICHTEN

Während die Bundesregierung vom „innovativen“ Unternehmer im technologischen Neuland schwärmt, erfolgen Neugründungen tatsächlich fast ausschließlich in traditionellen Bereichen des Dienstleistungsgewerbes. Die Industrie- und Handelskammer Koblenz ermittelte für das nördliche Rheinland-Pfalz (die Unternehmensstruktur dort kann als repräsentativ gelten) einen Anteil der Dienstleistungs-Neugründungen von 97 Prozent. Auf die Industrie entfallen nur 2,2 Prozent. Spitzenreiter der Neugründungen sind so „innovative“ Bereiche wie Tankstellen, Kneipen, Hotels, Videotheken und Bräunungsstudios.

Auch das vielzitierte Beispiel der USA entspricht diesen Erfahrungen: Die zahlreichen Neugründungen dort haben ihre Schwerpunkte im Servicebereich und – eine Besonderheit – bei den vorwiegend pri-

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	April 1984	Veränderung in v.H. gegenüber März 1984	April 1983
Produktion ¹	92,5	- 9,9	- 0,6
Auftragseingänge ²	114,4	- 11,6	+ 12,3

¹ Vorläufig ² nominal

(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1980 = 100	Mai 1984	Veränderung in v.H. gegenüber April 1984	Mai 1983
Lebenshaltung	118,2	+ 0,1	+ 2,8
Industriepreise	118,9	+ 0,2	+ 3,2
Landwirtschaftliche Erzeugerpreise			
Importpreise ¹	120,5	+ 0,6	+ 6,6
Exportpreise ¹	115,5	+ 0,3	+ 3,7

¹ April

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Mai 1984	Veränderung in 1000 gegenüber April 1984	Mai 1983
Arbeitslose	2133	- 120	- 15
Kurzarbeiter	388	- 102	- 251
Offene Stellen	97	+ 3	+ 11

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank lfd.)

vat organisierten sozialen Diensten. Daher erklärt sich der relativ starke Anstieg der Beschäftigtenzahlen nach der Krise, die enge Bindung der Erwerbstätigkeit an den Konjunkturverlauf in den USA zu einem erheblichen Teil aus der Entwicklung der Kleinunternehmen: 1981 und 1982 wurden in den amerikanischen Großunternehmen 1,7 Millionen Arbeitsplätze vernichtet, während in den Kleinunternehmen 2,6 Millionen neue Arbeitsplätze entstanden. Dies sind allerdings überwiegend schlecht bezahlte und sozial nicht geschützte Beschäftigungsverhältnisse, oft in Teilzeitarbeit.

Einen solchen Traum träumt auch die Bundesregierung. Während in den technologisch fortgeschrittenen Großkonzernen Arbeitsplätze „wegrationalisiert“ werden,

sind immer mehr Arbeitslose gezwungen, in privat organisierten Dienstleistungsbetrieben ungeschützte und unterbezahlte „Jobs“ anzunehmen. Im öffentlichen Bereich werden soziale Dienstleistungen abgebaut und die Beschäftigtenzahlen vermindert. Die arbeitslosen Erzieher und Sozialarbeiter finden Arbeitsmöglichkeiten in der privaten Krippe oder im privaten Altenheim. Natürlich zu entsprechend ungünstigeren Bedingungen; denn wer zieht eine (schlechte) Arbeit nicht dem demütigenden Gang zum Sozialamt vor!

Das ist denn auch das einzig „innovative“ Moment dieser Strategie: Entlastung der öffentlichen Haushalte, Minderung des Drucks steigender Arbeitslosenzahlen und Senkung des Lohn- und Sozialniveaus.

J.G.

HBV macht Betriebsräte „fit“ für schwieriger werdende Aufgaben

Interview mit Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden HBV-Hauptvorstandes

Bei den vor wenigen Wochen abgeschlossenen Betriebsratswahlen und der folgenden Zusammensetzung der Gesamtbetriebsräte hat die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) — besonders in Konzernunternehmen des Einzelhandels — dominierende Positionen erringen können. Darauf weist das für Betriebsratsarbeit zuständige geschäftsführende HBV-Hauptvorstandsmitglied Christian Götz in einem Interview mit unserer Redakteurin Gisela Mayer hin. Der Gewerkschaftsfunktionär macht auch Aussagen über die Schwerpunkte des im Herbst stattfindenden Gewerkschaftstages seiner Organisation.

NACHRICHTEN: Die Betriebsratswahlen sind abgeschlossen. Hat sich der positive Halbjahrestrend bestätigt?

Christian Götz: Richtig ist, daß der Wahlzeitraum — und damit der weitaus größte Teil der Wahlen — abgeschlossen ist. Das gilt allerdings nicht für die zentrale Erfassung aller Wahlergebnisse durch den HBV-Hauptvorstand. 1981 wurden Ergebnisse aus über 6000 Betrieben zusammengetragen. Gemessen daran, liegen uns zur Zeit (20. Juni 1984) erst die Ergebnisse aus rund 60 Prozent der Betriebe vor. Der Rücklauf der Berichtsbogen verzögert sich durch die Tarifrunden in allen Bereichen, die vorrangige Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche und die Durchführung von Delegierten-Konferenzen in allen Orts- und Bezirksverwaltungen.

Nach den bisher vorliegenden Zahlen hat sich der positive Trend für HBV bestätigt. Wir haben in für uns bedeutsamen Unternehmen Fortschritte erzielt. Das gilt insbesondere für den nicht nur von der Größenordnung her wichtigen Bereich des Einzelhandels. So sind in den großen Waren- und Kaufhäusern Karstadt, Kaufhof, Kaufhalle, Kaufhof-Gastronomie-Service-Gesellschaft, Hertie, Horten, Woolworth und Quelle auch die neuen Gesamtbetriebsräte gebildet worden.

In den aufgeführten Konzernunternehmen des Einzelhandels wurden insgesamt 157 Gesamtbetriebsratsmitglieder gewählt. Davon stellt HBV 122 (= 77,7 Prozent / 1981: 74,8 Prozent). Die DAG entsendet 18 Gesamtbetriebsratsmitglieder (= 21 Prozent / 1981: 23,7 Prozent). Noch unorganisiert sind lediglich zwei Gesamtbetriebsratsmitglieder (= 1,3 Prozent). Das Ergebnis der Wahlen zu den Gesamtbetriebsräten, das die Zusammensetzung der örtlichen Betriebsräte widerspiegelt, bestätigt die dominierende Position der Gewerkschaft HBV im Einzelhandel.

NACHRICHTEN: Konnten der berufsständischen Angestelltengewerkschaft (DAG) und Spalterorganisationen Sitze abgenommen werden?

Christian Götz: „Gelbe Verbände“, die letztlich Unternehmerpolitik vertreten, spielen in unserem Organisationsbereich schon seit langem praktisch keine Rolle mehr. Nach den bisher vorliegenden Zahlen ist gegenüber 1981 der Anteil der unorganisierten Betriebsräte nicht unerheblich zurückgegangen. Aus diesem Potential konnte in einer Reihe von Fällen auch die DAG Gewinne verzeichnen. Sie hat da-



mit ihre Gesamtposition gegenüber 1981 allerdings nicht verbessert.

Vor diesem Hintergrund legt HBV großen Wert darauf, daß unorganisierte neue Betriebsräte unmittelbar nach der Wahl angesprochen und für eine Mitgliedschaft in unserer Organisation gewonnen werden. Dort, wo wir bisher besondere Veranstaltungen mit dieser Zielsetzung durchgeführt haben (z. B. Aktionswoche in Hannover), konnten beachtliche Erfolge erzielt werden. Deshalb empfiehlt es sich, möglichst in der gesamten Organisation entsprechend zu verfahren.

NACHRICHTEN: Welches sind die vor- dringlichsten Aufgaben der neugewählten Betriebsräte?

Christian Götz: Zunächst kommt es darauf an, insbesondere erstmalig gewählte Betriebsräte für ihre neue Aufgabe „fit“ zu machen. Darauf zielt ein umfassendes HBV-Schulungsangebot, das — neben der Vermittlung ökonomischer Daten — über die wichtigsten Mitbestimmungsrechte sowie praktische Fragen (z. B. Konstituierung/Geschäftsführung) informiert. Es handelt sich dabei um eine Erstschulung, die durch weitere aufbauende Bildungsangebote ergänzt wird.

Die kommenden Jahre werden für unsere Betriebsräte mit Sicherheit nicht leicht werden. Wir sind in allen Betrieben des privaten Dienstleistungsbereichs mit verschärften Rationalisierungsmaßnahmen konfrontiert. Die „neue Technik“, die ständig zunehmend Arbeitsplätze vernichtet und verändert, greift immer mehr um sich. Auf diese Problematik hatten wir bereits unseren Wahlkampf abgestellt.

In immer mehr Bereichen wird versucht, „Arbeit nach Plan“ durchzusetzen, was jeweils mit sehr genauen Leistungsvorgaben und verschärften Leistungskontrollen verbunden ist. Damit wird vorrangig im Einzelhandel versucht, immer mehr Teilzeitarbeit bzw. Aushilfsfähigkeit durchzusetzen. Sicherung der Arbeitsplätze, soziale Beherrschung des technischen Wandels, Leistungsbegrenzung, also Humanität am Arbeitsplatz, sind zentrale Aufgaben, vor denen alle HBV-Betriebsräte stehen.

NACHRICHTEN: Nun brauchen Betriebsräte, wenn sie erfolgreich sein wollen, die enge Zusammenarbeit mit den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten. Wie sieht es damit im Bereich Ihrer Gewerkschaft aus?

Christian Götz: Die Betriebsgruppen- und Vertrauensleutearbeit ist innerhalb der Gewerkschaft HBV insgesamt schwach entwickelt. Wir sind ganz überwiegend noch eine „Betriebsräte-Gewerkschaft“

Die Notwendigkeit, vor Ort — neben den Betriebsräten — über ein zweites gewerkschaftliches Standbein zu verfügen, wird aber zunehmend erkannt; auch von den Betriebsräten selbst. So hat sich immer wieder bestätigt, daß Mitgliederwerbung, Beitragsaktionen und insbesondere Solidaritäts- und Warnstreiks im Zusammenhang mit Tarifrunden am besten in jenen Betrieben „laufen“, in denen wir über aktive Betriebsgruppen bzw. Vertrauensleutkörper verfügen. Übrigens sehen wir in diesen, auch deshalb „zweites gewerkschaftliches Standbein“ genannten Vertretungen keine Konkurrenz zu den Betriebsräten, sondern eine sinnvolle und notwendige Ergänzung.

1983 hat die Gewerkschaft HBV ein „Aktionshalbjahr zur Betriebsgruppen- und Vertrauensleutearbeit“ mit über 50 Veranstaltungen in allen Bereichen der Organisation durchgeführt. Die Ergebnisse und Konsequenzen wurden in einem „Diskussionspapier“ zusammengefaßt, das zur Zeit dem geschäftsführenden Hauptvor-

Über personenbezogene variable Leistungszulage wurde diskutiert

Zum fünften Mal in ihrer Geschichte trafen sich satzungsgemäß die Angestellten der IG Bergbau und Energie (IGBE) zu ihrem Angestelltentag, und zum zweiten Mal davon in Saarbrücken. Zum Angestelltentag '84 vom 13. bis 15. Juni waren 100 Delegierte in die Saarbrücker Kongreßhalle gekommen, um über ihre Probleme zu beraten und zu beschließen sowie den Angestelltenhauptausschuß zu wählen. Den Delegierten lagen neben dem Geschäftsbericht insgesamt 212 Anträge zur Beratung vor, Problemen der Arbeitszeitverkürzung, wie sie zur Zeit andere Gewerkschaften bewegen, wurde in Saarbrücken eine untergeordnete Rolle zugemessen.

Das Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes und Leiter der Hauptabteilung Angestellte, zugleich auch Vorsitzender des Angestelltenhauptausschusses, Karl Krämer, versicherte in seiner Begrüßungsrede den Streikenden und Ausgesperrten die Solidarität der IGBE „im Rahmen der vom DGB-Bundesvorstand beschlossenen Aktionen“. Für die IGBE bleibe die Aussperrung ein Unrecht, unmoralisch und zutiefst menschenverachtend und gehöre auf der Stelle gesetzlich verboten. Krämer erteilte auch dem von der FDP geplanten Verbändegesetz eine entschiedene Absage. Wer nicht die Finger davon lassen könne oder wolle, rief er unter dem Beifall der Delegierten aus, „der wird sie sich schneller verbrennen, als ihm lieb sein kann“.

Die IGBE kann auf einen relativ hohen Organisationsgrad der Angestellten verweisen. Er hat die 70-Prozent-Marke überschritten, 75 Prozent ist nunmehr das anvisierte Ziel. Während aber die Angestellten unter Tage zu fast 85 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind, werden bei den Angestellten über Tage noch größere Reserven für die Werbung gesehen. Hier bewegt sich der Organisationsgrad zwischen 62 und 69 Prozent.

Allgemeinpolitische Fragen spielten auf dem Angestelltentag '84 kaum eine Rolle. Die Stationierung von US-Raketen und die daraus erwachsenden Gefahren wurden mit keinem Wort erwähnt. Der Hauptvorstand wird lediglich gebeten, „in seinen Bemühungen fortzufahren, sich mit seiner

stand zur Beratung vorliegt. Ziel ist, eine „Strategie“ und konkrete Umsetzungspläne zum systematischen Auf- und Ausbau unserer Betriebsgruppen- und Vertrauensleutearbeit zu entwickeln. Dabei sind wir uns alle klar darüber, daß es sich dabei zumindest um ein mittelfristiges Vorhaben handelt. Entscheidend ist, daß die Gesamtorganisation die Notwendigkeit erkannt und auch bereits erste wichtige Schritte eingeleitet hat.

NACHRICHTEN: Nun zu einem anderen Fragenkomplex: HBV gehört zu den Gewerkschaften, die noch in diesem Jahr ihren Kongreß durchführen. Was werden die Schwerpunkte sein?

Christian Götz: Die politischen Schwerpunkte liegen auf der Hand und werden noch für lange Zeit die gewerkschaftliche Arbeit bestimmen: Wiederherstellung der Vollbeschäftigung durch aktive Beschäftigungspolitik und Arbeitszeitverkürzung, Kampf gegen staatlichen und betrieblichen Sozialabbau sowie Bewahrung des Friedens durch konkrete Abrüstungsmaßnahmen. Außerdem halte ich es für notwendig, daß wir uns mit der gesamten „Wende“-Politik, die sich ja nicht nur im sozialen Bereich vollzieht, kritisch auseinandersetzen. Die konservativen Kräfte in

Wirtschaft, Politik und Medien haben einen großangelegten Versuch gestartet, das „politische Spektrum“ der Bundesrepublik insgesamt nach rechts zu verlagern. Wenn ihnen das gelingt, würden die Gewerkschaften in ihrer Politik sowie ihren Handlungsmöglichkeiten u. U. für Jahrzehnte zurückgeworfen. Deshalb müssen wir auf diese große Herausforderung eine adäquate Antwort finden, wozu auch der HBV-Gewerkschaftstag einen Beitrag leisten sollte.

Eine außerordentlich wichtige Aufgabe des Kongresses wird außerdem darin bestehen, sich sehr genau mit dem Stand und den Entwicklungsperspektiven von HBV als Organisation auseinanderzusetzen. Gerade wenn wir uns weiterhin aktiv und noch intensiver an der Lösung der genannten politischen Probleme beteiligen wollen, muß unsere Organisationsstärke systematisch weiterentwickelt werden. Wir brauchen mehr Mitglieder und aktive Funktionäre, eine bessere Finanzbasis und eine effektivere Verwaltung. Auf allen Feldern sind in der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht unwesentliche Fortschritte erzielt worden; aber es sind ganz eindeutig auch noch große Defizite vorhanden.

ganzen politischen Kraft für die Abrüstung in Ost und West einzusetzen“ sowie den DGB bei seinen Bemühungen „gegen die weitere Aufrüstung der beiden Großmächte“ zu unterstützen.

Zu den spezifischen wirtschaftspolitischen Problemen des Bergbaus wurde gefordert, jegliche Zechenschließung zu verhindern, den Import von Steinkohle nur in dem Maße zuzulassen, wie er den Absatz heimischer Kohle nicht beeinträchtigt, weitere umweltfreundliche Steinkohlekraftwerke zu errichten, die Kraftwärmekopplung auszubauen und die technische Entwicklung der Kohleveredlung voranzutreiben. Des weiteren wurde ein bezahlter Bildungsurlaub für alle und eine zeitgemäße Neufassung der Arbeitszeitordnung gefordert und die Gründung von Elite-Universitäten abgelehnt. Gefordert wurde weiterhin, die öffentliche Hilfe für den heimischen Steinkohlebergbau aufrechtzuerhalten und diesen nicht den Marktmechanismen zu überlassen.

Zum Bereich Tarifpolitik wird ein Rationalisierungsschutzabkommen angestrebt, damit bei betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen die bisherigen Bezüge bzw. erworbenen Ansprüche voll erhalten bleiben. Umstritten ist in der IGBE die Einführung der personenbezogenen variablen Leistungszulage, da sie sich nach der Meinung vieler Ortsgruppen in der Praxis als ein Disziplinierungsinstrument in den Händen der Unternehmer erwies. Der Hauptvorstand meinte jedoch, daß dieser Tarifvertrag durch die Unternehmer häufig nur falsch angewendet worden sei. Von vielen Ortsgruppen wurde auch verlangt, die Gehaltsgruppenkataloge und das Gehaltsgruppenverzeichnis den heutigen Bedingungen anzupassen.

Probleme der Arbeitszeitverkürzung spielten nur am Rande eine Rolle. Es wurde beschlossen, weiterhin die 4-Tage-Woche für den einzelnen bei 5 Tagen für den Betrieb anzustreben, und der Beschluß des Hauptvorstandes vom 19. Dezember 1983 zur Arbeitszeitpolitik der IGBE wurde noch einmal ausdrücklich unterstützt. In diesem war darauf verwiesen worden, daß die IGBE neben der 40-Stunden-Woche und dem sechswöchigen Urlaub mit dem Zusatzurlaub für Untertage-Beschäftigte und für Ältere, mit der Freistellung von der Arbeit am Heiligabend und an Silvester, mit Freischichten für besonders belastende Schichtarbeit und der Schichtzeitverkürzung auf 7 Stunden in heißen Betrieben besondere Erfolge vorzuweisen hat.

Dazu kommt, daß die IGBE mit der Knappschaftsausgleichsleistung und dem Anpassungsgeld, d. h. Renten mit 55 bzw. schon mit 50 Jahren, Ergebnisse vorweisen kann, von denen alle anderen Gewerkschaften nicht einmal zu träumen wagen. Die Knappschaftsversicherung besitzt im Gegensatz zur Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten eine gesetzliche Defizithaftung des Bundes. Wenn folglich die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken, dann muß der Bund dafür einspringen. Heinz Schäfer

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

ÖTV: Beschlüsse des 10. Gewerkschaftstages

Dem in München tagenden 10. Ordentlichen Gewerkschaftstag der ÖTV, 17. bis 23. Juni, lagen insgesamt 1054 Anträge aus den Bezirken und Kreisverwaltungen der Gewerkschaften vor. Von den verabschiedeten Beschlüssen dokumentieren wir eine Auswahl.

Friedenspolitik (A 106)

Die Angst der Menschen in allen Teilen der Welt wächst. Es ist die Angst ums Überleben. Wir Gewerkschafter teilen diese Angst und Sorge. Unser politisches Denken und Handeln ist geprägt von dem Erleben des letzten Krieges und der Zeit des Dritten Reiches. Wir wissen, daß Kriege keine unberechenbaren und unabwendbaren Naturereignisse sind. Wir wissen, daß Kriege durch das Handeln von Menschen entstehen und durch das „Nichthandeln“ von Menschen ermöglicht werden. Zu allen Zeiten gab es deutlich sichtbare Zeichen, wenn sich die Spannungen zwischen den Völkern vergrößerten und der Frieden gefährdet wurde.

Die Mehrheit der Menschen hat in der Geschichte die wachsende Gefahr oft nicht erkennen können oder erkennen wollen, und fast immer waren die Mahner und Warner in der Minderheit. Sie wurden von denen, die die öffentliche Meinung bestimmen, in eine politische Abseitsposition geschoben. Ihnen wurde die direkte oder indirekte Unterstützung des potentiellen Kriegsgegners unterstellt. Wir wissen das sehr wohl. Der Beschluß des 12. Ordentlichen Bundeskongresses des DGB 1982 in Berlin stellt fest, daß die Erfahrungen unserer leidvollen deutschen Geschichte und die geographische Lage der Bundesrepublik Deutschland einen besonderen Beitrag zur Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität verlangen.

Die Sicherung des Friedens in der Welt ist ein zentrales Ziel der Gewerkschaften. In einer Zeit, in der sich das Wettrüsten zwischen den Bündnissystemen beschleunigt, in der in vielen Teilen der Welt Konflikte zu militärischen Auseinandersetzungen führen und in der die wirtschaftliche und soziale Belastung der Arbeitnehmer zusätzlich durch Rüstungsausgaben wächst, ist das entschlossene Eintreten für eine umfassende Sicherung des Friedens notwendiger denn je. Wir sind der Auffassung, daß jetzt auch nach dem Beginn weiterer Aufstellung von Atomraketen die zwingende Notwendigkeit besteht, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung ihren politischen Standort zu Frieden und Abrüstung eindeutig beibehält und unmißverständlich ihr Nein zur Weiterrüstung erklärt.

Inhaltsverzeichnis:

Für eine Wende zur sozialen Demokratie	16
15 DGB-Gewerkschaften mit Minuszahlen	17
Franz Steinkühler, IGM: Wer heute aussperrt, wird morgen einsperren!	20
Entwicklungen des kapitalistischen Weltmarktes	23

Die sich nunmehr vollziehende Stationierung weiterer moderner Raketensysteme macht unser Land mit größter Wahrscheinlichkeit zwangsläufig zum zentralen Schauplatz des nächsten Krieges. Das Leben der Menschen unseres Volkes kann so nicht verteidigt werden. Im Falle eines Krieges wird die Existenz unseres Volkes ausgelöscht. Ohne Frieden gibt es keine deutsche Perspektive mehr. Es kann daher für uns keine annehmbare Alternative zur Politik der Entspannung, Verständigung und Abrüstung geben. Wir wenden uns deshalb gegen zunehmende Tendenzen und Schritte der Wiederbelebung der Konfrontation und des kalten Krieges, der zwischen den Weltmächten entbrannt ist.

Wir stellen fest:

- Die Entspannungspolitik muß konsequent fortgesetzt und zu einer Sicherheitspartnerschaft weiterentwickelt werden. Zur Entspannungspolitik gehört der gegenseitige Gewaltverzicht. Das Angebot, ein Gewaltverzichtsabkommen zu schließen, sollte aufgegriffen werden. Zur Entspannungspolitik gehört ebenso der Verzicht auf militärische Überlegenheit. Überlegenheitsstreben beschleunigt den Rüstungswettlauf und erhöht die Kriegsgefahr.

- Eine Entspannungspolitik ist nur auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens und der Verständigung zwischen den Völkern möglich. Deshalb müssen die Bemühungen um den Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Staaten und Bündnissystemen verstärkt werden. Wir appellieren an die Teilnehmer der „Konferenz“, ihre Verhandlungen fortzusetzen und auszuweiten sowie eine europäische Abrüstungskonferenz einzuberufen.

- Die Gefahr eines Nuklearkrieges ist um so größer, je mehr neue und modernisierte Atomwaffen in den Bündnissen angesammelt werden. Das gilt besonders, seit die als Nachrüstung betrachtete Aufstellung von Cruise-Missiles in Westeuropa und Pershing II — diese nur in der Bundesrepublik — verwirklicht wird. Eine Nachrüstung der Warschauer-Pakt-Staaten wäre die Folge. Dadurch setzt sich das Wettrüsten verstärkt fort.

- Wettrüsten lähmt mehr und mehr die Entwicklung friedlicher internationaler Beziehungen.

- Wettrüsten richtet sich gegen die sozialen und wirtschaftlichen Interessen der Völker. Es führt zu einer Vergeudung öffentlicher Mittel, beschleunigt Inflation und Arbeitslosigkeit und verhindert bzw. erschwert dringend notwendige soziale Reformen. Jährlich werden Hunderte von Milliarden Dollar weltweit für Rüstung ausgegeben, während zur Beseitigung von Hunger und Not fast nichts getan wird.

- Wettrüsten bedeutet wachsende Verelendung in den Entwicklungsländern.

- Wettrüsten führt zunehmend zum Abbau der Reformen vergangener Jahrzehnte und zu unerträglich werdenden Einschränkungen der sozialen Errungenschaften der Arbeitnehmer.

- Wettrüsten trägt zur Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas, zur Verstärkung innen- und außenpolitischer Spannungen, zur Aktivierung antidemokratischer und oft auch neonazistischer Kräfte bei.

- Wettrüsten fördert weltweit die Inflation, steigert die Profite der Rüstungskonzerne und deren Einfluß auf die politischen Entscheidungen gegen die Interessen der eindeutigen Mehrheit der Völker.

Auf die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion ist mit Nachdruck einzuwirken, die Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen wiederaufzunehmen und erfolgreich abzuschließen. Die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen in Europa muß gestoppt werden. Alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art müssen abgebaut werden. Beide Seiten müssen von ihren derzeitigen Positionen abgehen, um eine Kompromißlösung zu erzielen. Auf alle Staaten in Ost und West ist einzuwirken, um den sofortigen Verzicht auf die Entwicklung, Erprobung und Stationierung neuer Nuklearwaffen sowie für den Einsatz im Weltraum zu bewirken. Nur durch solches Einfrieren kann verhindert werden, daß die

Entwicklung neuer Waffentechnologien den Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen stets einen Schritt voraus ist.

Biologische und chemische Kampfmittel sowie die Neutronenbombe müssen international verboten werden. Sicherheit ist nicht durch immer mehr Waffen zu erreichen. An die Stelle des trügerischen Sicherheitsstrebens durch Aufrüstung muß eine Politik der Friedenssicherung durch Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen treten.

Deshalb fordern wir den Bundestag und die Parteien der Bundesrepublik auf zu beschließen,

- daß die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu stoppen ist;

- für ein Weiterverhandeln in Genf einzutreten. Das Beispiel der über drei Jahre dauernden KSZE-Folgeverhandlungen in Madrid zeigt, daß beiderseits annehmbare Ergebnisse erzielt werden können;

- sich für die Berücksichtigung der modernisierten französischen und britischen Mittelstreckenraketen einzusetzen, um den angebotenen Abbau der SS-20-Raketen einleiten zu helfen;

- eine neue Sicherheitskonzeption zu verabschieden.

- Sie muß ausgehen von Grundprinzipien und Vorschlägen für eine Sicherheitspartnerschaft mit dem potentiellen Gegner.

- Umstellung der offensiv nutzbaren Militärpotentiale auf Defensivbewaffnung.

- Auf ein Gewaltverzichtsabkommen zwischen den Staaten der NATO und des Warschauer Paktes ist hinzuwirken.

- Eine von chemischen, biologischen und Kernwaffen freie Zone in Europa ist anzustreben.

- Auf alle Massenvernichtungswaffen einschließlich der nuklearen Gefechtsfeldwaffen ist zu verzichten.

- Einseitige Abrüstungsschritte sind zu erwägen, und auf beide Seiten ist entsprechend einzuwirken.

Wenn die Menschheit überleben will, hat sie keine andere Wahl, als das Wettrüsten einzustellen. Die Nuklearwaffen sind schrittweise abzurüsten, und letztlich ist auf ihre Herstellung und ihren Einsatz zu verzichten. Die Abschreckung mit Atomraketen ist kein überzeugendes Konzept mehr. Das unverrückbare Fernziel heißt, einen allgemeinen aktiven internationalen Frieden zu schaffen, der auf gegenseitiger Zusammenarbeit in allen Bereichen menschlichen Wirkens beruht.

Die Probleme der Menschheit sind weltweiter Natur geworden. Die bisherigen Methoden, sie ganz überwiegend nationalstaatlich zu lösen, greifen nicht mehr. Neue Lösungen müssen gesucht und erprobt werden. Zu dieser sehr schwierigen, komplizierten, aber unaufschiebbaren globalen Aufgabe sind die Gewerkschaften im Rahmen ihrer nationalen Wirkungsmöglichkeiten aufgerufen. Sie sollten sich aber auch verpflichtet fühlen, mit allen Organisationen der internationalen Gewerkschaftsbewegung weiterhin besonders bei der Lösung dieser Probleme einen ihrer Bedeutung gemäßen Beitrag zu leisten.

Frieden und Abrüstung / Aktivitäten und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften (A 146)

Gewerkschaften haben in allen Teilen der Welt und zu allen Zeiten ihrer Geschichte als wichtigstes Ziel ihres Handelns

- die Sicherung und die Erhaltung des Friedens und

- den Kampf und den Widerstand gegen militärische Rüstung und Krieg betrachtet.

Dieser Aufgabe ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung gerade jetzt in einem besonderen Maße verpflichtet; aufgrund der eigenen leidvollen Geschichte des deutschen Volkes, aber auch durch die sich stetig verschärfenden Spannungen zwischen den Großmächten und bedingt durch die gewaltige Konzentration moderner Atomraketen auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland. Alle DGB-Gewerkschaften haben seit jeher zum Fried-

den und zur Abrüstung eine eindeutige und gemeinsame Beschluslage.

Bestimmte politische Entwicklungsprozesse aber lassen sich allein durch Beschlüsse und Entschlüsse nicht aufhalten. Gerade die Gewerkschaften wissen aus ihrer eigenen Geschichte, daß Ergebnisse und Resultate nicht nur durch eine eindeutige Beschluslage erzielbar sind, sondern daß es hierzu immer aktiven Einwirkens bedürfte. Wer den Frieden tatsächlich erhalten, beiderseitige Abrüstung tatsächlich erreichen und einen weltweiten Raketenkrieg tatsächlich verhindern will, kann nicht auf ein Wunder warten, sondern muß handeln.

Dieses aktive gewerkschaftliche Handeln für Frieden und Abrüstung muß sich vollziehen

- mit ausschließlich gewaltfreien und verfassungsgemäßen Mitteln,

- gemeinsam mit allen DGB-Gewerkschaften auf der Grundlage unserer gemeinsamen Beschlüsse und

- in möglichst enger und wirkungsvoller Zusammenarbeit mit allen Organisationen der Friedensbewegungen, die — wie wir — die beiderseitige Abrüstung in Ost und West anstreben und diese gewaltfrei und im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsgrundsätze erreichen wollen.

Wir fordern den Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV, den Bundesvorstand des DGB und die Hauptvorstände der Bruderorganisationen auf

1. eine verstärkte Information und eine breite gesellschaftliche Diskussion einzuleiten, in der

- die aktuellen Zusammenhänge zwischen militärischer Aufrüstung und sozialer Demontage,

- die Folgen des Verschleuderns gesellschaftspolitischen Reichtums für Rüstungsproduktion und militärische Aufrüstung auf das dadurch bedingte weitere Anwachsen von Hunger, Not und Elend in weiten Teilen der Menschheit, besonders in den Entwicklungsländern,

- die Widersprüche und Gefahren der gegenseitigen Abschreckungsstrategien,

- und deren Auswirkungen auf die Sicherheit und Existenz, besonders der europäischen Völker und des deutschen Volkes aufgezeigt werden.

2. Die gesamte Spannweite möglicher gewerkschaftlicher Aktivitäten ist zu mobilisieren und möglichst gemeinsam einzusetzen. Es ist zu prüfen, welche geeigneten Mittel gewaltfrei und verfassungsgemäß gegen die weitere Stationierung neuer Atomraketen einsetzbar sind. Neben der verstärkten Durchführung direkter gewerkschaftlicher Aktionen und Demonstrationen muß geprüft werden, inwieweit spontane Arbeitsniederlegung unterstützt und zu weiteren „Mahnminuten“ aufgerufen werden kann. Auch der Einsatz direkter gewerkschaftlicher Kampfmittel, wie der politische Streik und der Generalstreik, sind in die weiteren Überlegungen und Prüfungen einzubeziehen.

3. Es sind Initiativen zu ergreifen und Regelungen zu treffen, die es den regionalen Gliederungen der ÖTV und der DGB-Gewerkschaften ermöglicht, die gewerkschaftlichen Ziele für Frieden und Abrüstung offensiv im eigenen Regionalbereich zu vertreten, und dies möglichst in enger Zusammenarbeit mit den dort vertretenen Organisationen der Friedensbewegung gleicher Zielvorstellungen.

4. Die Gewerkschaften müssen die Ursachen und Folgen von Rüstung und Krieg zum Schwerpunkt ihrer Presse-, Schulungs- und Bildungsarbeit entwickeln und verstärkt in Informationen umsetzen.

5. Es sind gezielte gemeinsame Aktivitäten zu entwickeln, die eine Senkung der Rüstungsausgaben der Bundesrepublik anstreben, um mit den frei werdenden Finanzmitteln zum Beispiel Beschäftigungsprogramme zu finanzieren.

6. Die Forderung nach Kürzung der Rüstungshaushalte zugunsten sozialpolitischer, insbesondere beschäftigungspolitischer Aufgaben ist in alle internationalen Gewerkschaftsorganisationen einzubringen.

7. Die internationalen Organisationen sind aufzufordern, eine weltweite Konferenz der Gewerkschaften aus allen bestehenden

Blocksystemen durchzuführen, um dort gemeinsam die Probleme der Friedenssicherung und Abrüstung zu behandeln.

Der Gewerkschaftstag erwartet von jedem Gewerkschaftsmitglied den persönlichen, aktiven Einsatz für den Erhalt des Friedens und gegen weitere Rüstung in Ost und West. Wir fordern alle DGB-Gewerkschaften, Parteien, Kirchen und Organisationen in der Friedensbewegung zu gemeinsamen Aktionen und zum gewaltfreien Handeln auf.

(Dieser Antrag wurde zwar als Material an den Hauptvorstand verabschiedet, gilt aber ausdrücklich als Konkretisierung der allgemeinen Positionen.)

Gewerkschaftliche Politik in der Krise (A 393)

Die Delegierten fordern eine verstärkte Diskussion über die derzeitige gesellschaftspolitische Entwicklung, die daraus erwachsenden Perspektiven für die abhängig Beschäftigten und die Entwicklung und Durchsetzung gewerkschaftlicher Alternativen dazu. Als erste Schritte zu einer breiten gewerkschaftlichen Mobilisierung fordern die Delegierten:

- Die Erstellung von Informationsmaterial für gewerkschaftliche Funktionäre zur Politik des Sozialabbaus, der Haushaltspolitik, der Gesamtstrategie der Unternehmer (George-Papier, Albrecht-Thesen) sowie zu Konzepten alternativer Wirtschafts- und Sozialpolitik.

- Die Durchführung von Personalversammlungen, Seminaren und Arbeitstagen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, die dazu dienen, den Angriffen und Argumentationen der Arbeitgeber eigene Argumente und Entwicklungskonzepte entgegenzusetzen.

- Die Zusammenarbeit mit anderen Einzelgewerkschaften und dem DGB bei der Entwicklung alternativer Modelle gesellschaftlicher Produktion und Konsumtion und ihrer Durchsetzung.

- Die Organisation gemeinsamer Aktionen mit den Gewerkschaften im DGB.

Die Mobilisierung der abhängig Beschäftigten für Arbeitszeitverkürzung, für Beschäftigungsprogramme und für die demokratische Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen muß eingebettet werden in ein gesamtgesellschaftliches Konzept einer ihren Interessen gerecht werdenden Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Bundesrepublik und die westlichen Industriestaaten befinden sich gegenwärtig nicht nur in einer Wachstumskrise, sondern in einer tiefgreifenden Strukturkrise. Sie ist Ausdruck für eine grundlegende Neuorganisation der ökonomischen und politischen Bedingungen der Kapitalverwertung und gesellschaftlichen Produktion.

Die Stahlkrise und die Krise der Werften machen grundlegende Veränderungen in Bereichen der industriellen Produktion deutlich. Durch die Einführung neuer Technologien wird die Qualifikations- und Beschäftigungsstruktur umgewälzt. Die Produktivität der Arbeit steigt, immer weniger Beschäftigte schaffen immer mehr Produkte. Eingeschlossen in diesen Prozeß der Neustrukturierung ist die Abkehr von Formen sozialstaatlicher Wirtschaftspolitik, die sich als Marktkorrektiv verstand, und der Abbau demokratischer Rechte im politischen Raum.

Vorherrschende Wirtschaftspolitik in dieser Situation ist eine massive Unterstützung des Kapitals mit dem Ziel der Maximierung der Gewinne. Praktisch bedeutet das den Abbau sozialstaatlicher Leistungen, die Aushöhlung der zugunsten der abhängig Beschäftigten geschaffenen Schutzbestimmungen und Verminderung der Reallohne und -gehälter. Gleichzeitig werden die Profiteinkommen steuerlich entlastet und damit faktisch erhöht. Auch angesichts von fast 3 Millionen und einer Perspektive von 6 Millionen Arbeitslosen bis 1990 lehnt die Regierung eigene beschäftigungspolitische Initiativen ab. Statt dessen überläßt sie die Verantwortung den „Selbstreinigungskräften des Marktes“. Gesichert ist, daß diese Politik auf Jahre hinaus nicht weniger, sondern mehr Arbeitslosigkeit, keine soziale Sicherheit, sondern soziale Not hervorbringt. Mehr noch: Krise und Massenarbeitslosigkeit werden als Disziplinierungsinstrumente in tariflichen und politischen Auseinandersetzungen eingesetzt. Demagogisch werden ausländische Kollegen als Sündenböcke benutzt und für die Beschäftigungskrise verantwortlich gemacht.

Konnten die Gewerkschafter in den letzten Jahrzehnten unter den Ausnahmebedingungen der Vollbeschäftigung gewisse Erfolge im sozialen Verteilungskampf erringen, so werden die bisher erkämpften sozialen Errungenschaften jetzt erbarmungslos aufgekündigt. Der Sozialstaat wird ideologisch und materiell zum Abschuß freigegeben. Wo die Gewerkschaften sich institutionell fixierte Eingriffsmöglichkeiten erkämpfen konnten, werden diese — wie die Beispiele Mitbestimmung, Personalvertretung, Vermittlungsmonopol der Bundesanstalt für Arbeit zeigen — frontal angegriffen. Aber die ökonomische Krise umfaßt weitere Dimensionen im politischen und kulturellen Raum: Gefährdung von Umwelt und Natur, Bedrohung des Friedens, Verarmung der Länder der Dritten Welt, Ausländerfeindlichkeit bis hin zum Rassismus, Perspektivlosigkeit einer Jugend, die keine Zukunft mehr für sich sieht. Die kulturellen und moralischen Werte werden umgedeutet: Eigenverantwortlichkeit, Selbstbeteiligung, individueller Fleiß und der Verzicht auf einen „Traumberuf“ müssen herhalten, um soziale Verantwortung, Solidarität und den Wunsch nach einer befriedigenden Arbeit als nicht mehr zeitgemäß, als übertriebenes Anspruchsdenken zu diffamieren.

Die Delegierten fordern angesichts dieser Situation, daß die Gewerkschaften sich für eine Politik einsetzen, durch die die politische Initiative zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit wiedererlangt werden kann, ohne daß es im Verlauf der Krise zu einem tiefgreifenden Verfall des Lebensstandards einerseits und der gewerkschaftlichen Einflußmöglichkeiten andererseits kommt. Sich bei der Lösung dieser Fragen auf die bloße Abwehr der Krisenfolgen beschränken zu wollen, wäre ebenso perspektivlos wie Versuche, der Krise und ihren Auswirkungen ausschließlich auf betrieblicher Ebene zu begegnen. Es hat keinen Sinn, die Auseinandersetzungen auf ein Feld zu beschränken, wo sich die Kampfbedingungen durch die ökonomische Entwicklung fortlaufend verschlechtern. Eine Beschränkung auf den Betrieb würde darüber hinaus die Gefahr in sich bergen, daß die Gewerkschaften nicht länger als die Organisation aller Lohnabhängigen gelten und von den Arbeitslosen nicht mehr als ihre Interessenvertretung angesehen werden. Politische Mehrheiten können von den Gewerkschaften nur gewonnen werden, wenn es gelingt, die betrieblichen und überbetrieblichen Interessen in der Erarbeitung eines realistischen gesellschaftlichen Gesamtkonzepts zusammenzufassen.

Die Konservativen wollen die wirtschaftliche Entwicklung weitgehend dem freien Spiel des Marktes überlassen. Bei diesem Spiel steht schon fest, wer als Verlierer daraus hervorgeht: Auf jeden Fall die Arbeitnehmer, denn sie werden nur als Spielmaterial, als verschiebbare, austauschbare Steinchen benutzt. Deshalb ist es notwendig, daß die Gewerkschaften im Interesse der Beschäftigten und der Arbeitslosen in die ökonomische Entwicklung eingreifen. Wir fordern die ÖTV auf, sich für ein Programm einzusetzen, das erste Schritte in eine andere Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung angibt. Dazu gehören Arbeitszeitverkürzung und Beschäftigungsprogramme, Investitionslenkung und effektive Besteuerung von Zinseinkommen, Ergänzungsabgaben auf höhere Einkommen und eine allgemeine Arbeitsmarktabgabe.

Die private Verfügungsgewalt der Unternehmer führt dazu, daß die Produktivkräfte gegen die Interessen der arbeitenden Menschen eingesetzt werden. Eine Krisenlösung, die sich an den Arbeits- und Lebensinteressen der Lohnabhängigen orientiert, verlangt daher von den Gewerkschaften, Strategien zu entwickeln, die es ihnen ermöglichen, über den Einzelbetrieb hinaus den Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen zu vereinheitlichen. Sie verlangt mittelfristig, auf gesellschaftliche Struktur- und Machtveränderungen zu drängen und den Produktionsprozeß betrieblich und gesamtwirtschaftlich einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen: Durch Technologiekontrolle, durch wirksame gewerkschaftliche Gestaltungsrechte am Arbeitsplatz, durch Aufbau eines vergesellschafteten Sektors das Wie und Was der Produktion mitzubestimmen und somit ein gesellschaftliches Modell der Produktion und Konsumtion zu entwickeln, das den Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht wird und nicht von den Profitinteressen des Kapitals bestimmt wird.

Es reicht allerdings nicht, der Regierung Programme alternativer Wirtschaftspolitik zu präsentieren, die der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder nicht einmal bekannt sind, weil sie in den Gewerkschaftsbüros und den Betrieben nicht verbreitet werden. Eine Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten

der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften kann aber nur gelingen, wenn die gewerkschaftlichen Forderungen von den Mitgliedern getragen werden. Dazu müssen sowohl die Auseinandersetzungen mit der Politik der Regierung als auch mit den gewerkschaftlichen Alternativprogrammen breiten Einzug finden in die Bildungs- und Betriebsarbeit. Der Gewerkschaftstag fordert die Kreisverwaltungen, die Bezirksverwaltungen und den Hauptvorstand der ÖTV auf, ein Bildungs- und Aktionsprogramm zu erarbeiten, das zum Ziel hat, Mehrheiten für die Durchsetzung eines zu entwickelnden alternativen, gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts zu schaffen. Dazu ist es notwendig, daß den Fragen der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Entwicklung in den Publikationsorganen der ÖTV breiten Raum gegeben wird. Ebenso muß die öffentliche und offensive Auseinandersetzung geführt werden.

Geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts (A 260)

Als Gewerkschafter wenden wir uns gegen die geplanten Verschärfungen des Demonstrationsrechts und gegen jede weitere Einschränkung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit — eine der bedeutendsten gewerkschaftlichen Errungenschaften. Insbesondere wenden wir uns gegen die von der Bundesregierung geplante Maßnahme, wonach bisher einem Angeklagten die Schuld nachgewiesen werden mußte, nach der geplanten Neufassung aber jeder Beschuldigte seine Unschuld (als Abwiegler auf der Demonstration tätig gewesen zu sein) nachweisen muß — also in Zukunft nicht mehr nach dem Prinzip — im Zweifel für den Angeklagten — entschieden werden soll.

Dadurch eröffnen sich für die Praxis Möglichkeiten, durch gezielte Provokationen oder durch Störungen weniger Gewalttäter, Tausende friedlicher Demonstranten zu kriminalisieren. Somit wird die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts für jedermann zum Risiko, auch das Verhältnis von Staat zum Bürger nimmt noch mehr obrigkeitstaatl. Züge an. Wir fordern den Hauptvorstand auf, gegen den geplanten Abbau des Demonstrations- und Versammlungsrechtes Aktionen durchzuführen und andere geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Wir fordern:

- Keine Einschränkung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes,
- Verbot, die Polizei mit gesundheits- und lebensgefährdenden Mitteln wie Gummigeschossen und CN-Gas auszurüsten,
- kein Vermummungsverbot.

Jetzt erschienen Aktuell zur Streikeinschätzung: Tarifpolitik unter Krisenbedingungen

Perspektiven, Grenzen
und Handlungsmöglichkeiten

Was die Herausgeber und die weiteren Autoren in diesem Buch bereits im Vorfeld der langandauernden Streiks um die Einführung der 35-Stunden-Woche diskutierten, kann nun als eine wertvolle Arbeitsgrundlage für die Auswertung und Analyse des härtesten Arbeitskampfes in der Geschichte der Bundesrepublik herangezogen werden. Das Buch, das die Referate von vier Tarifexperten sowie die Diskussionsergebnisse des 7. Nachrichten-Seminars enthält, bietet mit seiner Vielzahl von Überlegungen und Hinweisen zu verschiedenen Aspekten der Tarifpolitik, von der Forderungsaufstellung über Fragen der Mobilisierung und der Arbeitskampfformen und -taktik bis hin zur Einschätzung der veränderten Kräftekonstellationen in der Krise, zugleich Orientierungshilfe für die gewerkschaftliche Arbeit der kommenden Jahre.

221 Seiten, 20,- DM

ISBN 3-88367-055-3, Bestell-Nr. 055

Nachrichten-Verlags-GmbH

Kurfürstenstraße 18 Telefon (06 11) 77 80 79

Postfach 90 0749

6000 Frankfurt am Main 90

Für eine Wende zur sozialen Demokratie

Das neu im Pahl-Rugenstein Verlag erschienene Buch von Christian Götz, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft HBV, ist ein gutes „Nachlesebuch“, denn auf über 80 Seiten behandelt der Verfasser mit vielem Beweismaterial Ursachen, Folgen und Konsequenzen der „Rückwende-Politik zum Pikelhauben-Staat“. Ergänzend ist eine zweiteilige Dokumentation mit rund 100 Seiten angefügt, die zum einen frühere Veröffentlichungen des Autors, insbesondere zum Verhältnis zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung sowie zur Faschismusthematik, wiedergeben und zum anderen Kommentare zur Politik der „Rückwende“ und ihren „Machern“. Da zudem jeweils die einschlägigen Beschlüsse der DGB-Bundeskongresse oder Stellungnahmen einer Reihe von Gewerkschaftsvorsitzenden hinzugefügt sind, ist es leicht auffindbar, wo der gewerkschaftliche Weg „langgehen“ soll. Insofern also auch ein sehr praktisches Handbuch.

Schade ist es, daß sich Christian Götz nicht von seiner gewohnten Methode lösen kann, zum Ausdruck gebrachte Auffassungen mit Zitaten anderer zu belegen oder zu kommentieren, statt die eigene Haltung stärker in den Vordergrund zu stellen. So beantwortet er zum Beispiel grundlegende Fragen wie Sozialpartnerschaft, Gewerkschaften als Ordnungsfaktor oder Gegenmacht mit etwas zu

Christian Götz: Für eine Wende zur sozialen Demokratie;
Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1984, 180 Seiten, 10 DM.

seichten Argumenten. Es sollte m. E. kaum mehr darauf hingewiesen werden müssen, daß Sozialpartnerschaft geschichtlich nichts anderes ist als ein Propagandatrick, der mehr oder weniger schon solange angewandt wird, wie die klassische Wirtschaftswissenschaft besteht und der keinem anderen Zweck dient, als ihre hauptsächlichsten Lehrsätze gegen Kritiker zu schützen.

Der zweite Punkt ist die Notwendigkeit, die schon fast mystische Vorstellung von „Recht und Ordnung“ zu schützen, ohne die, wie Adam Smith sagt, die „Besitzer von Eigentum nicht ruhig in ihren Betten schlafen könnten“. Denn es ist offensichtlich, daß, sobald wir unter die Oberfläche der Erscheinungen unserer Wirtschaftsordnung gedrungen sind, wir sofort feststellen, daß die wichtigste Grundlage dieser Ordnung durch ihre produktiven Kräfte gebildet wird, und sich das Eigentum zu einem überwältigenden Teil in Privathänden befindet. Aber die Art und Weise des Eigentums schließt noch nicht das Recht auf Arbeit ein und noch viel weniger das Recht, gegen den Verlust des Arbeitsplatzes geschützt zu sein. Darum geht es doch wohl heute vorrangig, und dahinter verbirgt sich die Frage, mit welchen Mitteln gewerkschaftlicher Politik die Gewerkschaften ihre eigentliche Bewährungsprobe bestehen wollen?

Begrüßenswert wäre es auch gewesen, wenn Götz das Verhältnis zwischen Friedens- und Gewerkschaftsbewegung etwas mehr aktualisiert hätte, denn es geht ja nicht nur um „Versöhnung“, sondern um die Notwendigkeit eines beiderseitigen aktiven Bündnisses. Dazu wäre es aber erforderlich, daß die Friedensbewegung endlich von ihrer praktizierten Verleugnung der Zusammenhänge zwischen Hochrüstung und den technisch hochentwickelten Gesellschaften — ihren Produktionsweisen, Sozialstrukturen und politischen Doktrinen — Abstand nimmt. Das bestehende Desinteresse der Friedensbewegung an der innenpolitischen Situation, an der Demontage demokratischer Rechte und sozialer Verpflichtungen, scheint aus der Vorstellung zu resultieren, daß der soziale Status der abhängig Beschäftigten wenigstens vorläufig noch gesichert ist. Oder sollte dies die Bewußtseinslage einer „neuen bundesrepublikanischen Mittelschicht“ sein? Dann allerdings müßte über die angestrebte Bündnisfrage noch grundsätzlicher diskutiert werden.

Trotz der kollegialen Kritik halte ich das Buch von Christian Götz für ein empfehlenswertes Nachschlagewerk für jeden, der sich mit Gewerkschaften und Politik beschäftigt. Der Preis von 10,- DM ist in jedem Fall gerechtfertigt.

Leonhard Mahlein

15 DGB-Gewerkschaften mit Minuszahlen

Wie jedes Jahr, so hat auch 1984 der DGB-Bundesvorstand im April die Mitgliederstatistik der 17 Einzelgewerkschaften für das vergangene Jahr veröffentlicht. Der Arbeitslosenrekord im letzten Jahr und das Abschieben von Ausländern in ihre Heimatländer haben sich wiederum negativ ausgewirkt. Zwar hat sich der Mitgliederverlust im Vergleich zu 1982 — damals gab es ein Minus von 108 509 Mitgliedern — abgeschwächt, aber dennoch schlägt er mit 103 090 Mitgliedern voll zu Buche.

Insgesamt hatten die DGB-Gewerkschaften am Jahresende 7 745 913 Mitglieder, im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das einen Verlust von 1,3 Prozent. Insgesamt verbuchten die DGB-Gewerkschaften einen Abgang von 104 121 Mitgliedern. Dem steht eine Zunahme von 103 1 Mitgliedern gegenüber, was den Nettoverlust von 103 090 ergibt.

Mit 999 neuen Mitgliedern konnte die Deutsche Postgewerkschaft einen bisher nie gehaltenen Rekord verzeichnen. Positiv ist auch die Mitgliederbilanz bei der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Alle anderen Gewerkschaften verloren Mitglieder. Den höchsten prozentualen Verlust mit 4,5 Prozent, das sind in Zahlen ausgedrückt 12 315 Mitglieder, hat die Gewerkschaft Textil — Bekleidung zu verzeichnen, dicht gefolgt von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, die das Jahr 1983 mit einem Minus von 4,3 Prozent oder 6729 Mitgliedern abschloß. Zu den Gewerkschaften mit relativ hohen Mitgliederverlusten zählen auch die Gewerkschaft Leder mit 3,9 oder 2035 und die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands mit 3,3 Prozent oder 12 950 Mitglieder.

Wie schon 1982, so hatte die IG Metall, die nach wie vor über 2,5 Millionen Arbeiter und Angestellte in ihrer Mitgliederkartei erfaßt hat, auch 1983, in Zahlen ausgedrückt, den stärksten absoluten Mitgliederückgang. Sie hat ein Mitgliederminus von 40 827, was einem prozentualen Anteil von 1,6 Prozent entspricht.

Mitgliederstand am 31. Dezember 1983

Gewerkschaft	1982	1983	davon		Mitglieder- anteil in %	absolute Zu-/ Abnahme
			Arbeiter	Angestellte		
IG Bau-Steine-Erden	530 960	523 129	480 817	42 312	6,8	— 7 831
IG Bergbau und Energie	367 835	366 328	318 423	47 905	4,7	— 1 507
IG Chemie-Papier-Keramik	643 079	635 276	515 057	120 219	8,2	— 7 803
IG Druck und Papier	145 271	144 344	112 975	31 369	1,9	— 927
Gew. der Eisenbahner Deutschlands	392 484	379 534	189 434	7 990	4,9	— 12 950
Gew. Erziehung und Wissenschaft	185 651	185 490	—	46 749	2,4	— 161
Gew. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	42 632	42 249	36 636	2 919	0,5	— 383
Gew. Handel, Banken und Versicherungen	360 340	360 372	48 234	312 138	4,7	+ 32
Gew. Holz und Kunststoff	156 453	149 724	139 144	10 580	1,9	— 6 729
Gew. Kunst	47 925	46 668	—	46 668	0,6	— 1 257
Gew. Leder	52 719	50 684	47 839	2 845	0,7	— 2 035
IG Metall	2 576 471	2 535 644	2 148 262	387 382	32,7	— 40 827
Gew. Nahrung — Genuss — Gaststätten	265 276	263 525	209 870	53 655	3,4	— 1 751
Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr	1 179 650	1 173 525	575 443	510 693	15,1	— 6 125
Gew. der Polizei	169 092	167 572	9 073	168 85	2,2	— 1 520
Deutsche Postgewerkschaft	456 930	457 929	142 881	44 979	5,9	+ 999
Gew. Textil — Bekleidung	276 235	263 920	238 103	25 817	3,4	— 12 315
DGB-Gesamt	7 849 003	7 745 913	5 212 191	1 710 876	822 846	100,0
Veränderungen gegenüber Vorjahr	— 108 509	— 103 090	— 107 239	+ 9 219	— 5 070	

Der Anteil der Beamten erhöhte sich 1983 auf 10,6 Prozent, obwohl das Mitgliederminus 5070, das sind 0,6 Prozent, beträgt. Obwohl die Frauen am stärksten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben, ist ihr Verlust mit 0,3 Prozent oder 4629 Mitgliedern im Vergleich zu den Männern geringer. Diese Tatsache hat dazu geführt, daß ihr Anteil an den Mitgliedern der DGB-Gewerkschaften auch 1983 wiederum angestiegen ist. Sie stellen jetzt 21,2 Prozent der Mitgliedschaft. Das ist ein Indiz dafür, daß die Frauen politischer geworden sind, was noch deutlicher wird, wenn man die Entwicklung des Anteils der weiblichen Mitglieder an der Gesamtmitgliedschaft seit 1973 betrachtet, wie er in der Tabelle aufgeführt ist.

G. M.

Anteile der Frauen an der Gesamtmitgliedschaft

Gewerkschaft	1973		1983	
	absolut	in %	absolut	in %
IG BSE	6 123	1,2	24 265	4,6
IG BE	5 287	1,4	7 001	1,9
IG CPK	113 032	17,5	120 197	18,9
IG DruPa	27 412	17,1	32 924	22,8
GdED	19 363	4,4	18 739	4,9
GEW	56 766	42,9	95 776	51,6
GGLF	1 952	4,9	5 137	12,2
HBV	102 323	48,7	203 628	56,5
GHK	11 471	8,5	19 886	13,3
Kunst	4 965	13,9	7 777	16,7
Leder	23 164	39,4	22 291	44,0
IGM	302 005	12,3	361 981	14,3
NGG	74 693	29,7	85 664	32,5
ÖTV	184 209	18,5	335 870	28,6
GdP	—	—	13 623	8,1
DPG	89 434	22,3	136 830	29,9
GTB	157 563	53,3	153 181	58,0
Gesamt	1 179 762		1 644 770	
DGB-Gesamtmitgliederzahl	7 167 523		7 745 913	
Anteil Frauen		16,5		21,2

... die Gewerkschaften in die Knie zwingen

Die Entscheidung der Bundesanstalt für Arbeit (BA), kalt Ausgesperrten das Kurzarbeitergeld zu verweigern, ist der vorerst letzte Schlag einer Kette von Angriffen gegen freie Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Mehr noch als die fortgesetzten Einmischungen der Bundesregierung in die Tarifautonomie, mehr noch als ihre blanken Erpressungsversuche im Fall ARBED Saarstahl und anders auch als die unerträglichen Einschränkungen der Arbeitnehmerrechte und -ansprüche, trifft sie die Gewerkschaften in der Substanz: Das Streikrecht wird ausgehöhlt. Man will die Gewerkschaften in die Knie zwingen — Ruhe haben im Land beim Umbau des Sozialstaats in den Unternehmerstaat.

Was ist geschehen? Die von den Arbeitnehmern selbst finanzierte Arbeitslosenversicherung, in der sie für den Fall der Arbeitslosigkeit vorsorgen, ist von Unternehmern und Bundesregierung zu einem Machtinstrument gegen die Gewerkschaften umfunktioniert worden. Widerrechtlich wird jenen die Versicherungsleistung vorenthalten, die aufgrund des Arbeitskampfes außerhalb der umkämpften Tarifgebiete von Produktionsstopps betroffen sind.

Mit einem Federstrich wurden so quer durch die Bundesrepublik rund 100 000 kalt Ausgesperrte in die soziale Armut verwiesen. Sie müssen an ihr Erspartes und dann zum Sozialamt. Derzeitiger durchschnittlicher Sozialhilfeszatz: keine 350 Mark im Monat.

Die Drahtzieher in dieser Angelegenheit sitzen auf der Bonner Regierungsbank. Es ist müßig, bei diesen Staatsmännern noch an irgend etwas zu appellieren — etwa an die Bedeutung ihrer Parteinamensbestandteile „liberal“, „christlich“, „sozial“. Geschweige denn an rechtsstaatliches und demokratisches Verhalten. Was sie verstehen das nicht. Und sie wollen das auch nicht verstehen. Was sie verstehen, ist das Handwerk der Machtausübung. Was sie wollen, ist das Beiseiteschaufeln der Hindernisse auf dem Weg zum Unternehmerstaat. Und zu diesen Hindernissen gehören nun einmal starke Gewerkschaften.

Der Erlaß der Bundesanstalt für Arbeit ist ein entscheidender Durchbruch auf diesem Weg. Zwar hat er mit dem Gesetz ebenso gebrochen wie mit der Rechtsprechung und internationalen Abkommen. Aber um Recht und Gesetz sollte es wohl auch nicht gehen. Der zur strikten Neutralität verpflichtete (gleichwohl aus den Beiträgen der Arbeitnehmer bezahlte) Präsident der BA, der CDU-Politiker Heinrich Franke, sagte, an was ihm mit seinem vernichtenden Bürokratenakt gelegen war: „... daß die fehlende Unterstützung für die Arbeitnehmer der Metallindustrie die Verständigung im Konflikt erleichtern und den Arbeitskampf verkürzen könnte.“ Wie wohl? Hoffte er, daß die Unternehmer — weil Arbeitnehmer jetzt ohne Geld dasitzen — nach über 70 Verhandlungsrunden endlich ihre starre Haltung aufgeben werden? Daß sie gemeinsam mit den Gewerkschaften an die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehen?

Gefährliches Kalkül

Natürlich nicht. Das Kalkül Frankes und seiner politischen Hintermänner in Bonn ist ein anderes, ein menschenverachtendes und gewerkschaftsfeindliches gleichermaßen. Mit der aus den Frühzeiten des Kapitalismus bekannten Methode „aushungern“ sollen die kalt ausgesperrten Gewerkschafter gegen die IG Metall aufgehetzt werden. Ihre berechtigte Wut und Verzweiflung soll gegen die Gewerkschaft gewendet werden, ein Druckmittel sein zur Beendigung des Streiks für die 35-Stunden-Woche. Der Plan ist fein ausgedacht. Die Gewerkschaften sollen in die Zwickmühle kommen: den kalt Ausgesperrten Unterstützung zahlen, damit ins finanzielle Fiasco getrieben und für Jahre als gesellschaftliche Kraft ausgeschaltet sein oder keine Unterstützung zahlen, durch hohe Mitgliederverluste geschwächt, und dadurch ebenfalls für Jahre ausgeschaltet sein.

Selbst die reichste Gewerkschaft könnte keine Ersatzfunktion für die Arbeitslosenversicherung übernehmen — es sei denn, um den Preis ihrer Selbstvernichtung. Das weiß die Bundesregierung. Auch sie kennt die Zahlenverhältnisse zwischen Streikenden, Ausgesperrten und kalt Ausgesperrten. 1. Juni 1984: 58 000 Streikende in Nordwürttemberg/Nordbaden und Hessen, 90 000 Ausgesperrte in beiden Kampfgebieten, knapp 100 000 kalt Ausgesperrte im ganzen Bundesgebiet

Politisch-taktischer Einsatz

Auch die Bundesregierung weiß, daß es die Unternehmer, würden die Gewerkschaften zahlen, es fortan in der Hand hätten, die IG Metall finanziell auszubluten. Die Unterstützungsleistungen im aktuellen Fall beispielsweise würden sich verdoppeln oder verdreifachen. 100 000 kalt Ausgesperrte bedeuteten wöchentlich 30 Millionen Mark Ausgaben der IGM. Mit einem Arbeitskampf könnte die IGM für immer streikunfähig gemacht werden. Denn die kalte Aussperrung ist ein nach politisch-taktischen Gesichtspunkten fast beliebig einsetzbares Arbeitskampfmittel der Unternehmer gegen die Gewerkschaften. Ein regionaler Streik kann von den Unternehmern zum bundesweiten Arbeitskampf ausgeweitet werden, wobei die veröffentlichte Meinung die „volkswirtschaftlichen Schäden“ allein den Gewerkschaften zuzuschreiben pflegt. Und wobei die Tatsache, daß die Arbeitnehmer ihren Lohn verlieren, was jetzt sogar, dank der Nürnberger Wende, an die menschenwürdige Existenz geht, als gesellschaftspolitischer Totalschaden nicht erkannt wird.

Warum ist die kalte Aussperrung ein Kampfmittel, und warum ist sie beliebig einsetzbar? Die Unternehmer bestimmen allein über die Produktionsbedingungen in ihren Betrieben. Sie können sie störanfällig gestalten oder auch nicht. Arbeitnehmer haben hierauf keinen Einfluß. Das beste Beispiel ist die drastische Verkleinerung der Lagerhaltung in der bundesdeutschen Automobilindustrie, die jetzt offen zutage getreten ist. 1978 bestreikte die IG Metall in Nordwürttemberg/Nordbaden die gleichen Firmen. Damals hatten die Autofirmen außerhalb des Streikgebiets noch nach dreieinhalb Wochen Streik ausreichend Teile zur Aufrechterhaltung der Produktion. Diesmal machten die großen Autowerke nach wenigen Tagen dicht.

Risikofolgen selbst tragen

Dieses Risiko — noch ist der Streik in diesem Lande etwas, das man einkalkulieren muß! — sind die Unternehmen eingegangen, um ihre Gewinne zu steigern. Nun müßten sie von Rechts wegen auch für die Störfälle einstehen: Die Arbeitnehmer weiter beschäftigen und Lohn zahlen. Dennoch hat das Bundesarbeitsgericht die Unternehmen in solchen Fällen von der Pflicht zur Lohnzahlung freigestellt, die betroffenen Beschäftigten an die Arbeitslosenversicherung verwiesen. Damit wurden die Produktionseinschränkungen zur Arbeitskampfwaffe der Unternehmer. Das Bundesarbeitsgericht hat darüber hinaus die Firmen sogar zur kalten Aussperrung ermächtigt, wenn Zuliefer- oder Abnahmeprobleme nicht durch Streiks, sondern durch Aussperrung verursacht werden! Damit wurde den Unternehmen die Möglichkeit gegeben, einen Arbeitskampf unter sich praktisch nach Belieben hochzuputschen. Das Bundesarbeitsgericht versagte den Betriebsräten außerdem das Mitbestimmungsrecht bei der Einführung arbeitskampfbedingter Kurzarbeit. Sie dürfen nur über Einzelheiten des Vollzugs mitreden. Damit wurde die kalte Aussperrung zum kaum mehr kontrollierbaren Machtmittel im Arbeitskampf.

Belege für diese Einschätzung lassen sich reihenweise anführen: Die Teves GmbH in Frankfurt sperrte 105 Bandarbeiter (bis auf einen alles Ausländer!) aus, nachdem noch eine Woche zuvor in Kenntnis der Situation am gleichen Band mit Leiharbeitern Sondergeschichten in der Nacht gefahren worden waren (trotz Ablehnung durch den Betriebsrat). Noch während der Aussperrung waren in der Firma Fremdfirmen eingesetzt. Teves wurde gerichtlich zur Weiterbeschäftigung gezwungen. Bei Opel in Bochum entdeckte der Betriebsrat, daß unter Planen und Schaumstoff Federn „versteckt“ worden waren. Diese Federn fehlten angeblich als Zulieferteile und sollten Grund sein, 9000 auszusperrn. Das gelang nun nicht mehr.

Im Bezirk Hannover meldete eine Firma Kurzarbeit an mit der Begründung, die Zulieferung aus dem bestreikten Betrieb in Nordwürttemberg/Nordbaden fiel aus. Der Betriebsrat konnte beweisen: der Zulieferer sitzt in Südbaden!

Manipulationen

Firma Getrag in Ludwigsburg sperrte kalt aus, weil Zulieferungen von BMW München ausblieben, die die Getriebegehäuse gießt. Die Geschäftsleitung erklärte, BMW habe die Arbeitnehmer, die das entsprechende Teil herstellen, seinerseits kalt ausgesperrt. Wenige Tage später fand die IGM heraus: Die Getriebegehäuse, die bei Getrag montiert werden sollten, wurden bei BMW weiterproduziert. MAN sperrte im Werk München 2000 Arbeitnehmer aus dem Nutzfahrzeugbau, im Werk Penzberg 400 aus der Teilefertigung aus. Obwohl in beiden Werken ab Ende Juni für drei Monate Kurzarbeit (27 Tage) beantragt worden war, weigerte sich die Geschäftsleitung, diese vorzuverlegen. In Penzberg mußte nach arbeitsgerichtlicher Entscheidung die Weiterproduktion aufgenommen werden.

Nicht alle Richter, so zeigen diese Fälle, arbeiten derart im Sinne der Unternehmer wie jener aus Hamburg, der kalte Aussperrung auch für gerechtfertigt hielt, wenn weiterproduziert werden kann! Zahlreiche gerichtliche Verfügungen und Sprüche von Einigungsstellen zeigen überdies deutlich, daß die kalte Aussperrung keinesfalls die unabänderliche Streikfolge schlechthin ist, als die sie die Arbeitgeber so gerne hinstellen. Nicht nur MAN Penzberg und Teves Frankfurt wurden verpflichtet, weiterzuproduzieren. Auch International Harvester/Mönchengladbach und Mecano-Burdy/Heidelberg mußten die Arbeitnehmer weiterbeschäftigen. In anderen Fällen wurden die angeordneten Produktionseinschränkungen und Stilllegungen erheblich hinausgezögert.

Keine neue Erfahrung

Schon im Arbeitskampf 1978 in Nordwürttemberg/Nordbaden wurde die kalte Aussperrung als taktisches Instrument eingesetzt. Noch ehe bekannt war, welche Betriebe bestreikt würden, kündigten zahlreiche Firmen Kurzarbeit an. Als die Bundesanstalt für Arbeit erklärte: „Wir zahlen Kurzarbeitergeld“, hörten diese Ankündigungen prompt auf. Man sah, daß man die IG Metall damit nicht schädigen konnte, so wie es heute möglich ist. Unmittelbar nach Streikende liefen die Produktionen an — ohne daß schon Zulieferungen eingetroffen waren. Im sechswöchigen Stahlstreik wurde jeweils da kalt ausgesperrt, wo die IG Metall zu schädigen war: 200 000 Arbeitnehmer im umkämpften Tarifgebiet. Dort, wo Kurzarbeitergeld gezahlt wurde, außerhalb des Kampfgebietes, kam es überhaupt nicht zu Produktionsstilllegungen — obwohl die Autoindustrie auf Nachschub an Blechen angewiesen war. Die Praxis zeigt also, wie die Unternehmer mit der kalten Aussperrung die Arbeitskämpfe eskalieren, wobei die Schäden freilich immer den Gewerkschaften zugeschoben werden.

Wie schrieb doch die „Frankfurter Allgemeine“ am 20. Mai, als die Metallarbeitgeber in Baden-Württemberg auf den Streik von 25 000 Metallern 65 000 Aussperrungen ankündigten? „Metallarbeitsgeber beschließen Aussperrung als Signal der Verhandlungsbereitschaft.“ Ja, darauf weiß man denn wirklich nichts mehr zu sagen. Was ist, wenn die gesetzliche Ausnahme „kein Kurzarbeitergeld“ durch Praxis und Rechtsprechung zur Regel wird? Hätte die IG Metall Möglichkeiten, den Schäden auszuweichen? Schließlich lautet ein vielgehörter Vorhalt: sie habe ja diesmal selber schuld. Mit ihrem Streikkonzept wolle sie mit wenig Aufwand viel erreichen (was eigentlich selbstverständlich ist, in dieser Gesellschaft indes als Vorwurf gilt).

Eine Möglichkeit, auf die neue Lage zu reagieren, hieße: künstliche Forderungen aufzustellen, die selbst einer willkürlichen Auslegung durch die BA, ob es sich dabei um „gleiche Forderungen“ handele, standhielten. Etwa hier die 35-Stunden-Woche, dort die Vorruhestandsregelung, hier 15 Prozent mehr Lohn, dort nur fünf. Überflüssig, dies weiter durchzuspielen. Nicht nur, daß hier die Forderungen von außergewerkschaftlichen Kräften diktiert würden — die Metaller stünden nie hinter einer solchen Taktik. Sie nehmen ihre Forderungen ernst.

Arbeitskampfkosten würden unkalkulierbar

Die IG Metall könnte, um die Möglichkeiten einmal weiter zu durchdenken, künftig mit einem Schlag in allen Tarifgebieten bundesweit streiken, um ihre Mitglieder vor dem finanziellen Ruin zu bewahren. Das würde ihr natürlich den einhelligen Vorwurf der Radikalisierung eintragen. Und vor allem steuerte sie selbst damit ihren finanziellen Ruin an. Die Kosten des Arbeitskampfes wären unbezahlbar, könnten sie — unkalkulierbar, wie sie durch Aussperrungen sind — zugrunde richten. Die IG Druck und Papier mußte für ihren Arbeitskampf 1976 über 33 Millionen bezahlen, 16,5 Millionen davon für die bundesweite Aussperrung. Dadurch war ihr vorhandenes Vermögen bis auf 5,5 Millionen Mark verbraucht. Zwei Jahre später kamen 15 Millionen Arbeitskampfkosten auf sie zu — zwölf davon für die Aussperrung! Die IG Metall könnte versuchen, nur Betriebe zu bestreiken, bei denen keine Fernwirkungen zu erwarten sind. Angesichts der fortschreitenden wirtschaftlichen Verflechtungen sind solche Unternehmen gezählt. Vor allem aber: Für einen erfolgreichen Streik — und man muß betonen: darum geht es ja schließlich! — sind überdies einige Voraussetzungen vonnöten:

- Die zu bestreikenden Betriebe müssen einen guten Organisationsgrad aufweisen. Damit der Streik zustande kommt und dem Vorwurf, „ohne demokratische Legitimation“ zu handeln, begegnet wird. Schließlich reichen weiten Teilen der Presse Urabstimmungsergebnisse von über 80 Prozent als demokratische Legitimation nicht aus. Hätte die IG Metall diesmal beispielsweise die EDV-Branche — etwa Nixdorf oder Siemens — mit schwachen Organisationsgraden bestreiken sollen?

- Der Streik muß Schäden anrichten. Das ist sein Sinn. Nur da, wo Produktionsausfälle unerwünscht sind, kann durch Streik Druck erzeugt werden.

Hätte die IG Metall also etwa die Werftindustrie bestreiken sollen, wo ganze Belegschaften ohnehin schon als Kurzarbeiter zu Hause sitzen? Oder die Fotoindustrie, die sich über so billige Produktionsdrosselungen freuen würde?

- Die bestreikten Betriebe müssen eine hörbare Stimme im Arbeitgeberverband haben, damit der Druck auf die Verhandlungsführer weitergegeben wird. Hätte die IG Metall etwa Thomson-Brandt-Töchter bestreiken sollen, die — von der Konzernzentrale in Paris aus regiert — im Arbeitgeberverband keine Rolle spielen?

- Die Gewerkschaften wollen keine Vernichtungsstreiks. Sie zualererst haben ein Interesse an der Erhaltung von Arbeitsplätzen. Hätte die IG Metall den Maschinenbau bestreiken und etwa voll die darniederliegende Textilindustrie treffen sollen?

Abschied vom Sozialstaat

Es wird deutlich, wie stark die Nürnberg-Bonner Entscheidung die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten einschränkt: daß die Gewerkschaften schlicht kaltgestellt werden sollen. Ein entscheidender Antrieb für soziale Reformen soll weg. Und das heißt, von der Idee der sozialen Demokratie endgültig Abschied zu nehmen. Der Umbau des Sozialstaates zum Unternehmerstaat ist mit einer Radikalität angegangen worden, die selbst illusionslose Gewerkschafter erschreckt: Milliarden-Umverteilungen von Rentnern, Kranken, Arbeitslosen, Behinderten und Sozialhilfeempfängern an Unternehmer und Vermögende, der offene Kampf des Kanzlers an der Seite der Arbeitgeber gegen die Gewerkschaften, der sich fortsetzende Abbau der Schutzrechte für Arbeitnehmer und so weiter und so fort. Nur ein einziges Mal konnten wir dieser Regierung zustimmen: Als sie mit großen Worten für freie Gewerkschaften und das volle Streikrecht plädierte. In Polen, versteht sich.

Regina Droge

(Aus: Der Gewerkschafter, 6/84)

Franz Steinkühler, IGM: Wer heute aussperrt, wird morgen einsperren!

Als Antwort auf die auch von den hessischen Metallunternehmern verhängte Aussperrung fanden am 30. Mai in mehreren hessischen Orten, so auch in Frankfurt, Warnstreiks, Demonstrationen und Protestkundgebungen statt. Aufgerufen dazu hatten alle 17 DGB-Gewerkschaften. Vor über 10 000 Kundgebungsteilnehmern sprach auf dem Frankfurter Römerberg auch Franz Steinkühler, 2. Vorsitzender der IG Metall. Aus seiner Rede dokumentieren wir nachfolgend einige Auszüge:

... Heute wird die Aussperrung eingesetzt, um das Ende aller Reformen einzuleiten und die Kraft aller Gewerkschaften zu brechen. Hier geht es nicht um Gewalt gegen Sachen. Sie bildeten den Vorwand für die Verschärfung des Demonstrationsrechts. Hier geht es um Gewalt gegen Menschen. Wer heute aussperrt, der wird morgen einsperren! Und die bekannt gewordenen Übungen des Bundesgrenzschutzes sind in diesem Zusammenhang mehr als Menektele.

Wer den Einsatz von Militär und Waffen gegen Arbeitnehmer übt, der ist bereits über das Stadium des Denkens hinweg. Demokratische Minister würden daraus unaufgefordert die Konsequenz ziehen. Bei Zimmermann allerdings werden wir darauf vergebens warten. Diesem Klassenkampf von oben setzen wir den Widerstand von unten entgegen. Gegen die Koalition von Kabinett und Kapital setzen wir auf die Solidarität von DGB und IG Metall.

Mit dem Unrecht der heißen Aussperrung wollen die Besitzenden und ihre Befehlsempfänger unser gesellschaftliches Recht auf Arbeit auslöschen. Dagegen kämpfen wir, solange unsere Kraft reicht. Mit dem Mißbrauch der kalten Aussperrung wollen die Arbeitgeberfürsten aus Köln und die Arbeitgeberregierung aus Bonn unser gewerkschaftliches Recht auf Streik aus den Angeln heben. Dagegen kämpfen wir, solange es noch Zeit ist.

Die Bundesanstalt für Arbeit wollte und will das Kurzarbeitergeld für die Betroffenen von Fernwirkungen des Streiks verweigern. Damit hat sie sich einer flagranten Verletzung des Neutralitätsgebots in Arbeitskämpfen schuldig gemacht. Damit ist sie übergegangen vom Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zum Kampf gegen die Arbeitnehmer. Dagegen protestieren wir! Diese Entscheidung gegen Recht und Gesetz war nicht denkbar ohne den Druck der Arbeitgeber und ohne die Unterstützung der Regierung.

Diese Entscheidung ist nicht in Nürnberg, sondern in Bonn getroffen worden. Sie stellt eine neue Dimension des politischen Skandals in unserer Republik dar. Sie bedeutet einen abermaligen Rechtsbruch durch die Rechtsregierung. Helmut Kohl hat die Richtlinien der Politik zu bestimmen. Er muß den Präsidentenerlaß korrigieren. Er hat in seinem Amtseid geschworen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Er läuft Gefahr, aus seinem Amtseid einen Meineid werden zu lassen.

Und nun wende ich mich direkt an Norbert Blüm. Kollege, du wolltest Arbeits- und Sozialminister werden. Mein Herr, uns scheint, Sie haben die Fronten gewechselt! Sie führen die Rechtsaufsicht über die Bundesanstalt für Arbeit — so heißt sie noch immer! Machen Sie daraus keine Bundesanstalt für Arbeitgeber! Korrigieren Sie diesen Erlaß!

Dafür demonstrieren wir heute in Frankfurt. Dafür haben wir vorgestern in Bonn demonstriert. Unser Protestmarsch auf Bonn ist von Franz Josef Strauß als Versuch der Nötigung diffamiert worden. Dieser Demagoge weiß, wie Worte als Waffe verwendet werden.

Ihn an die Wahrheit zu mahnen, hat wohl wenig Sinn. Deswegen stelle ich ausdrücklich klar: 250 000 organisierte Arbeitnehmer sind nicht nach Bonn gekommen, um die Regierung zu nötigen. 250 000 organisierte Arbeitnehmer sind nach Bonn gegangen, um die Not von Millionen abzuwenden.

Unsere Gegner und der Kanzler sprechen vom Druck der Straße. Sie wollen uns als Mob verächtlich machen. Deswegen setze ich hinzu: Wir gehören zu denen da unten. Wir kämpfen mit offenem Visier. Wir treten vor den Augen der Öffentlichkeit solidarisch für unsere gerechte Sache ein. Wir wollen nicht in einen Topf geworfen werden mit denen da oben in Bonn. Sie mußten das Licht der Öffentlichkeit scheuen... Sie haben jetzt hinter verschlossenen Türen einen politisch motivierten Rechtsbruch vorbereitet, um einfache Arbeiter zu schädigen.

Beides zusammen mußte unseren offenen Protest und unsere geschlossene Gegenwehr auf den Plan rufen. Die demokratiefeindlichen Amnestiepläne der Regierung sind unter dem Druck der Öffentlichkeit fürs erste in den Schubladen verschwunden. Die arbeitnehmerfeindlichen Übergriffe der Regierung müssen unter dem Druck der Gewerkschaften für immer aus der politischen Landschaft verschwinden...

Unsere Gegner sprechen vom Sturm auf die gewählte Regierung durch den gewerkschaftlichen Streik. Damit werden die Tatsachen auf üble Weise verdreht. Deswegen stelle ich klar:

1. Unser Ziel ist es nicht, eine demokratische Mehrheitsentscheidung durch den Wähler zu korrigieren. Unser Ziel muß bleiben, die undemokratische Weichenstellung für eine Minderheit von Arbeitgebern zu verhindern. Wir kämpfen um die gerechte Verteilung von Einkommen und Arbeitsplätzen. Wir streiken nicht für eine neue Regierung, sondern für neue Tarifverträge.

2. Wir sind gezwungen worden, unsere Streiks nicht nur gegen die bedingungslose Tabupolitik der Arbeitgeber zu führen, sondern auch gegen die gnadenlose Diffamierungspolitik ihrer Helfershelfer in der Regierung. Dieser Streik ist politisiert worden, weil die Arbeitgeber in allen Gesprächen und Verhandlungen den tarifpolitischen Kompromiß verweigert und die gewerkschaftspolitische Kapitulation verlangt haben. Dieser Streik ist politisiert worden, weil es noch nie zuvor derart massive Angriffe auf die Tarifautonomie und derart einseitige Übergriffe gegen die Gewerkschaften gegeben hat wie unter dieser Regierung der Restauration, wie unter diesem Kanzler des Kapitals.

3. Wir lassen keinen Zweifel daran, daß wir gleichermaßen kompromißbereit und kampfbereit sind und bleiben. Der Arbeitskampf ist schon heute zur härtesten Auseinandersetzung in der Sozialgeschichte der Bundesrepublik geworden. Unsere Gegner betreiben die Disziplinierung der Arbeitnehmer und die Schwächung der Gewerkschaften. Diesen Katastrophenkurs wollen und werden wir durchkreuzen. Deswegen können die Streiks noch lange dauern.

Umgekehrt aber kann der Arbeitskampf schon morgen beendet sein. Dazu bedarf es nur einer Voraussetzung: Die Arbeitgeber müssen endlich ihre Tabus aufgeben. Die 40-Stunden-Woche muß endlich fallen. Der Wille zum Kompromiß muß endlich auch auf der anderen Seite sichtbar werden. Die Wochenarbeitszeitverkürzung für alle muß endlich kommen. Dann wird Helmut Kohl noch immer kein Enkel Adenauers und erst recht kein Enkel Einsteins sein. Dann wird Norbert Blüm noch immer kein sozialer Arbeitsminister sein, sondern ein Arbeitgebergehilfe bleiben. Die politische Landschaft in Bonn wird noch genauso schwarz sein wie heute. Die soziale Landschaft in unserem Staate wird weniger finster sein als heute.

Das wird nicht kommen durch Glauben und Hoffen, durch Reden und Beten. Das wird nur kommen durch gemeinsames gewerkschaftliches Handeln und umfassende gesellschaftliche Solidarität...

Arbeitszeitverkürzung — Sieg eines Prinzips

Die gewerkschaftlichen Kämpfe für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit werden als die schwersten sozialen Auseinandersetzungen seit Bestehen der Bundesrepublik bezeichnet. Tatsächlich bezeichnet Karl Marx die Arbeitszeit als einen der Bereiche, wo die gegensätzlichen Interessen von abhängig Beschäftigten und Unternehmern besonders hart aufeinanderprallen. Es mag daher auch für die aktuelle Diskussion interessant sein, sich die Analyse der geschichtlichen Entwicklung der Arbeitszeit durch Marx zu vergegenwärtigen.

Marx analysiert im ersten Band seines Hauptwerkes, „Das Kapital“, daß die Besitzer der Produktionsmittel schon gleich zu Beginn ihrer geschichtlichen Existenz in England im 14. bis 17. Jahrhundert „durch Hilfe der Staatsmacht“ (23/286) gewaltsam die Arbeitszeit verlängerten. Es folgte nochmals „mit der Geburt der großen Industrie im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts eine lawinenartige gewaltsame und maßlose Überstürzung. Jede Schranke von Sitte und Natur, Alter und Geschlecht, Tag und Nacht wurde zertrümmert“ (23/294). Der Grund: In der mittelalterlichen Naturalwirtschaft war Mehrarbeit noch unmittelbar durch die Bedürfnisse der Feudalherren beschränkt. Schrankenlos wurde das Drängen auf Mehrarbeit erst da, wo die Produktion direkt auf Wert, Mehrwert und Profit ausgerichtet ist.

Die Folge dieser Entwicklung war ein ungeheurer Verschleiß von Lebenskräften der Arbeiterklasse. „Periodische Epidemien sprachen hier ebenso deutlich wie das abnehmende Soldatenmaß in Frankreich und Deutschland“ (23/253). Die Arbeiter waren ums bloße Überleben gezwungen zu reagieren: Ab 1802 führte die englische Arbeiterklasse den Kampf um die 10-Stunden-Bill, also den gesetzlichen 10-Stunden-Tag.

In seiner Schrift „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ beschreibt auch Friedrich Engels breit die Folgen kaum gebremster Ausbeutung und damit ebenso deutlich die Ursachen für Kämpfe der Arbeiter. Recht vertraut klingen die Argumente der bürgerlichen Ökonomen aus der damaligen Zeit, mit denen Engels sich auseinandersetzte: Diese lauten, „daß eine Zehnstundenbill die Produktionskosten steigern, daß sie dadurch die englische Industrie unfähig mache, gegen auswärtige Konkurrenz zu kämpfen, daß der Arbeitslohn notwendig fallen müsse usw.“ (2/397).

Marx beschäftigt sich in seinen früheren Schriften noch nicht mit den ökonomischen Hintergründen der Arbeitszeit. Diese legt er erstmals in seinem Vortrag „Lohn, Preis, Profit“ von 1865 dar. Darin sind sämtliche wesentlichen Bestimmungen enthalten, wie sie auch im „Kapital“ erscheinen:

1. Wenn ein Arbeiter keine eigenen Produktionsmittel hat, um seine Lebensmittel zu produzieren, muß er seine Arbeitskraft wie eine Ware an den Kapitalisten verkaufen. So überläßt er diesem „die Konsumtion dieser Kraft, aber innerhalb gewisser rationeller Grenzen“ (16/144). Und mit diesen Grenzen meint Marx nicht nur die rein körperlich-kraftemäßigen: „Ein Mensch, der nicht über freie Zeit verfügt, dessen ganze Lebenszeit — abgesehen von ... Unterbrechungen durch Schlaf, Mahlzeiten usw. — von seiner Arbeit für den Kapitalisten verschlungen wird, ist weniger als ein Lasttier“ (16/144). Freizeit in diesem Sinne kann nicht nur heißen ausruhen, um für den nächsten Tag einigermaßen fit zu sein, sondern es geht um „die Befriedigung bestimmter Bedürfnisse, entspringend aus den gesellschaftlichen Verhältnissen, in die die Menschen gestellt sind und unter denen sie aufwachsen“ (16/148). Aktuell ausgedrückt: Es gibt ein Leben vor der Rente.

2. Der Nutzen, den der Kapitalist aus dem Kauf zieht, liegt im Gebrauch der Arbeitskraft, darin, daß der Arbeiter Werte produziert. Je länger einer pro Tag/Woche arbeitet, desto mehr produziert er. Den Kapitalisten interessiert hierbei aber nur der Anteil vom Wert, den er dem Arbeiter nicht in Form von Lohn zurückzahlt. Ihm geht es um das Verhältnis, „worin der Arbeitstag über die Zeitspanne

hinaus verlängert ist, in der der Arbeiter durch seine Arbeitskraft nur den Wert seiner Arbeitskraft reproduziert oder seine Arbeitskraft ersetzen würde“ (16/134). Somit ist der Kapitalist (er mag persönlich noch so umgänglich sein) objektiv an langer und intensiver Arbeitszeit interessiert. Wenn Arbeiter und Kapitalisten prinzipiell gegensätzliche Interessen haben, dann handelt es sich nicht um einmaligen Sieg oder Niederlage, sondern um einen andauernden Kampf, in dem „der Kapitalist ständig danach strebt, den Arbeitslohn auf sein physisches Minimum zu reduzieren und den Arbeitstag bis zu seinem physischen Maximum auszudehnen, während der Arbeiter ständig in der entgegengesetzten Richtung drückt“ (16/149). Dabei spielt neben der Länge die Intensität der Arbeit eine große Rolle.

In die sozialen Kämpfe der Arbeiterbewegung um kürzere Arbeitszeit schaltete sich immer wieder auch der Staat ein. Wie gesehen erfolgte die erste Verlängerung der Arbeitszeit mit Hilfe der Staatsmacht. Erst als die Arbeiter sich selbst regten, erließ das Parlament in der Zeit von 1802—1833 fünf Gesetze, „war aber so schlau, keinen Pfennig für ihre zwangsmäßige Ausführung, das nötige Beamtenpersonal usw. zu votieren. Sie blieben ein toter Buchstabe“ (23/294). Als der damals politisch bedeutende Grundadel sich aus taktischen Gründen auf die Seite der Arbeiter schlug, gab es einen parlamentarischen Erfolg (8/538). Nach einem Kampf, „der mit bewunderungswürdiger Ausdauer geführt ward, gelang es der englischen Arbeiterklasse, durch Benutzung eines augenblicklichen Zwiespalts zwischen Landlords und Geldlords, die Zehn-Stunden-Bill durchzusetzen“ (16/10).

Dabei wird von Marx genau festgehalten, was mit dem Parlamentsbeschuß von 1847 geschieht: Durch Anrufen von Gerichten — in denen sie z. T. selbst als Richter saßen, erreichten die Kapitalisten eine Auflockerung der gesetzlichen Bestimmungen, außerdem wies der Minister des Innern die Kontrollinspektoren an, „im allgemeinen nicht einzuschreiten wegen Verletzung der Buchstaben des Akts...“ (23/305). Und dann folgte der Paukenschlag. Einer der höchsten Gerichtshöfe Englands erklärte, „daß die Fabrikanten zwar wider den Sinn des Aktes... handelten, dieser... aber gewisse Worte enthalte, die ihn sinnlos machten“ (23/308).

Wie sich die Bilder gleichen! Auch heute versucht die Unternehmerlobby in der Regierung mit allen Mitteln, Schutzbestimmungen des Arbeitsrechts zu unterlaufen oder gar rückgängig zu machen. Auch heute funktioniert die Koalition von Kabinett und Kapital, wenn der Kanzler gegen die gewerkschaftlichen Forderungen nach der 35-Stunden-Woche zu Felde zieht und der Arbeitsminister als vorgeschobener Posten der Unternehmerverbände funktioniert.

So war denn auch historisch mit der Verabschiedung des Gesetzes der Kampf der englischen Arbeiter noch nicht beendet. Erst im Jahre 1850, nach der Androhung neuer Auseinandersetzungen, wurde die Zehn-Stunden-Bill auch praktisch durchgeführt. Marx bewertet diesen Sieg sehr hoch. Er bezeichnet ihn als „Sieg des Prinzips“, nämlich der „politischen Ökonomie der Arbeiterklasse“ (16/11) und sieht in der Fabrikgesetzgebung insgesamt die „erste bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses“ (23/504).

Er formuliert gleichzeitig für den Kongreß der 1. Internationale im Jahr 1867 das nächste Kampfziel: Wir schlagen 8 Arbeitsstunden als gesetzliche Schranke des Arbeitstages vor. Diese Beschränkung wird bereits allgemein verlangt von den Arbeitern der Vereinigten Staaten Amerikas, und der Beschluß des Kongresses wird sie zur allgemeinen Forderung der Arbeiterklasse der gesamten Welt erheben“ (16/192). Diese Forderung stand denn auch im Mittelpunkt, als 1889 zum ersten Mal internationale Maikundgebungen stattfanden. Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, der Kampf um den Schutz der menschlichen Arbeitskraft vor der schrankenlosen Ausbeutung konnte natürlich auch mit dem 8-Stunden-Tag nicht enden. Er erscheint heute um so wichtiger, als den Unternehmern mit der Entwicklung der neuen Technik noch ungeahnte Möglichkeiten zur Auspressung der Arbeitskraft in die Hand gegeben sind, wenn sich die Gewerkschaften nicht einschalten.

(Die Zitate folgen, Marx-Engels-Werke, Berlin (DDR), die erste Zahl der Klammer kennzeichnet den jeweiligen Band, die zweite die Seitenzahl.)

Solidaritätserklärung des DGB-Bundesausschusses

Der DGB-Bundesausschuß, das höchste Entscheidungsgremium zwischen den Kongressen, verabschiedete am 6. Juni in Düsseldorf folgende Solidaritätserklärung:

1. Der DGB-Bundesausschuß erklärt den Streikenden und Aussperrten seine volle Solidarität. Er bestärkt die im Arbeitskampf stehenden Gewerkschaften in ihrem Willen, auf dem Weg der Arbeitszeitverkürzung im Interesse aller Arbeitnehmer einen entscheidenden Schritt voranzukommen.

Seit sechs Jahren haben die Arbeitgeber die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit einem Tabu belegt. Sie halten daran trotz dramatisch gestiegener Arbeitslosigkeit, trotz materieller Vorleistungen der Arbeitnehmer durch Reallohnneinbußen, trotz ständig wachsender Produktivität bis heute fest. „Keine Minute unter 40 Wochenstunden“ ist keine Verhandlungsposition, sondern ein Tarifikat. Wer Tarifikate aufstellt, provoziert den Arbeitskampf. Wer aussperrt, heizt den Arbeitskampf an. Jede Aussperrung ist eine Kriegserklärung an die gesamte Gewerkschaftsbewegung.

IG Metall und IG Druck und Papier haben ihre Ausgangsforderung „35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich“ in vielfacher Hinsicht in Richtung auf einen tragfähigen Kompromiß konkretisiert. Die IG Metall bot beispielsweise an, über einen Stufenplan zu verhandeln. Die IG Druck und Papier brachte eine kostenneutrale Lösung ins Gespräch. Die Arbeitgeber bleiben stur. Wer nach wochenlangem Arbeitskampf seine Ausgangsposition im Kern nach wie vor für unverrückbar erklärt, will keinen Kompromiß, sondern die Kapitulation des Tarifpartners. Er übernimmt die Verantwortung für Dauer und Ausmaß des Arbeitskampfes.

2. Der DGB-Bundesausschuß fordert die Arbeitgeber auf, sich nicht länger von ihrer eigenen Propaganda in die Irre führen zu lassen. Die Arbeitgeber haben mit einem anderen Ergebnis der Urabstimmung gerechnet. Sie haben die Kampfbereitschaft der betroffenen Arbeitnehmer unterschätzt. Sie haben die Solidarbereitschaft der Mitgliedsgewerkschaften des DGB nicht einkalkuliert.

Die Arbeitnehmer wissen, daß sie einen notwendigen Kampf für ein vernünftiges Ziel führen: Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch die gerechtere Verteilung der Arbeit. Die Alternative wäre, Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe als Dauerzustand hinzunehmen oder, wie es das „Flexi-Konzept“ von Gesamtmetall vorschlägt, selbst noch eine Million Arbeitslose einfach als Vollbeschäftigung zu definieren.

3. Die Bundesregierung hat die Arbeitgeber in bisher nicht gekannter Weise von Anfang an in ihrer starren Verweigerungshaltung unterstützt. Sie hat sich gemeinsam mit den Arbeitgebern hinter dem Tabukatalog verschanzt und zeigt sich jetzt entrüstet darüber, daß der gewerkschaftliche Kampf gegen diesen Tabukatalog auch gegen sie gerichtet sei. Wenn die Bundesregierung inzwischen die Politisierung des Arbeitskampfes beklagt, dann kann sie dies nur in der unglaublichen Rolle des Biedermannes. Denn auch der politisch motivierte Rechtsbruch der Bundesanstalt für Arbeit, an mittelbar vom Arbeitskampf betroffene Arbeitnehmer kein Kurzarbeitergeld zu zahlen, wird von ihr zumindest mitgetragen.

Die Arbeitnehmer mußten erfahren, daß der versprochene Aufschwung nur ein Aufschwung der Gewinne ist ohne nachhaltige positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung unternimmt jetzt den durchsichtigen Versuch, ihre unbewältigten Probleme und begangenen Fehler eilig den Gewerkschaften in die Schuhe zu schieben: Das Andauern der Beschäftigungskrise, ein baldiges Ende des Aufschwungs, die Gefährdung der Steuerreform und was immer in den Tagen und Wochen noch dazu kommen mag, wurde mit dem Arbeitskampf in Zusammenhang gebracht. Hier wird vorsorglich ein Sündenbock für die schlimmen Folgen einer beschäftigungspolitisch verfehlten und unsocialen Politik gesucht. (Geringfügig gekürzt)

Streiknachrichten enthüllen: Spitzel für Blüm

Norbert Blüms Sozialausschüsse der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) lassen Betriebsräte bespitzeln. Den STREIK-Nachrichten liegen entsprechende Schnüffel-Listen vor. Karl Debatin, CDA-Mann und freigestelltes Betriebsratsmitglied von Siemens in Bruchsal, hat den Fragebogen ohne jeden Skrupel ausgefüllt.

Blüms CDA übernimmt offensichtlich die schmutzigen Geschäfte des Verfassungsschutzes, der noch 1979 13 000 Metallbetriebsräte bespitzeln ließ. Als der Skandal aufflog, erklärte der damalige Innenminister Gerhard Baum, er werde die pauschale Überwachung abschaffen. Zwei Jahre später entdeckte die IG Metall in den Betrieben wieder geheime Listen, die die politische Gesinnung der Betriebsräte ausspionieren sollten. Diese Schnüffelaktion des unternehmerischen Instituts der Deutschen Wirtschaft wurde nach Protesten der IG Metall wieder eingestellt.

„Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.“ Dieser Satz stammt vom Dichter des Deutschlandliedes, Hoffmann von Fallersleben. Er kennzeichnet das am besten, was zur Zeit von der CDA-Zentrale in Königswinter organisiert wird. Dort liegen bereits über 70 Spitzelberichte, in denen die parteipolitische Zugehörigkeit der Betriebsräte genau aufgeschlüsselt ist. CDA-Denunzianten entscheiden dabei darüber, wer „nur“ SPD-Mitglied ist und wer schon als „Linksextremist“ gilt. Da läuft jeder Betriebsrat Gefahr, entsprechend abgestempelt zu werden ...

(Aus: Streiknachrichten, BW, Nr. 55)

Grenzschutz gegen Streikende?

Fünf Tage lang probten 1612 Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS) vom Grenzschutzkommando Mitte auf dem Truppenübungsplatz der britischen Rheinarmee in Sennelager (Nordrhein-Westfalen) den Bürgerkrieg. Wie der Stern berichtet, trainierte der BGS bei dieser „Notstandsübung“ den Kampf mit schweren Waffen gegen das „Chaos“ nach „langanhaltenden Arbeitskämpfen“ und „Umsturzversuchen extremer Gruppen“.

Der offizielle Auftrag für das Grenzschutzkommando lautete: „Fortbildung der Einheiten im Schießen unter einsatzmäßigen Bedingungen“ (Aktenzeichen: SB a20/50, 45/32/3200). Der Einsatz des Grenzschutzes ist nach dem Notstands-Artikel 91 des Grundgesetzes nur „zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitlich demokratische Grundordnung“ erlaubt. Deshalb wurde das Manöver mit Maschinenkanonen, Maschinengewehren und panzerbrechenden Gewehrgranaten in der Truppe mit Lage-Vorgaben wie dieser begründet: „Der anhaltende Streik der Tarifparteien um die 35-Stunden-Woche hat das angespannte innenpolitische Klima entscheidend verschärft. Ausgehend von zunächst als Schwerpunkt-Streiks geplanten Aktionen in den Bezirken Nordwürttemberg/Nordbaden und Teilen Hessens haben sich jedoch auch andere Bereiche wie IG Druck, ÖTV, Post und andere DGB-Gewerkschaften spontan zu wilden Streiks entschlossen ... Die DGB-Führung ist von dieser ‚wilden‘ Entschlossenheit an ihrer Basis völlig überrascht worden und hat die Kontrolle über ihre Mitgliedsgewerkschaften verloren ...

Radikale links- und rechtsextreme Gruppierungen nutzen die unsichere innenpolitische Situation aus, für eine Vielzahl von Anschlägen auf öffentliche und private Einrichtungen, sowie Entführungen hochgestellter Persönlichkeiten, um dadurch ein Klima für Umsturz

und Chaos zu schaffen. Am 18. Mai 84 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude des BDI in Düsseldorf verübt ...

Am 19. Mai 84 wurde BDI-Präsident Esser von einem bisher unbekannten „Komitee des bewaffneten Arbeitskampfes“ entführt, um die Arbeitgeber zu zwingen, endlich bundesweit die 35-Stunden-Woche einzuführen. An beiden Tagen wurden vor allem NRW, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg von einer Serie von Raubüberfällen und Bombenattentaten erschüttert, in deren Verlauf 17 Menschen starben und 42 zum Teil erheblich verletzt wurden. Überfälle und Anschläge richteten sich vor allem gegen Supermärkte, Geldinstitute, Tankstellen sowie US- und BW-Depots ... Erklärtes Ziel ist die Herbeiführung eines bürgerkriegsähnlichen Zustands, um die nach der Verabschiedung des Amnestiegesetzes endgültig diskreditierten Parteien endgültig zu verjagen und eine Einparteienherrschaft unter Führung eines neuen „starken Mannes“ aufzurichten.“

(Aus: druck und papier, Nr. 10, 4. Juni)

Entwicklungen des kapitalistischen Weltmarktes

Zu einigen Prozessen in der kapitalistischen Weltwirtschaft und ihren Auswirkungen

Betrachtet man die jüngsten Einschätzungen zu den Aussichten der ökonomischen Entwicklung, dann fällt auf, daß sie ungeachtet aller unterschiedlichen, mehr oder weniger optimistischen Nuancierungen in einem Punkt übereinstimmen – in der Feststellung, daß die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik sehr eng von den Vorgängen in der kapitalistischen Weltwirtschaft, von den internationalen Wirtschaftsbeziehungen abhängt. Einige dieser äußeren Rahmenbedingungen sollen deshalb etwas näher durchleuchtet und vor allem hinsichtlich ihrer möglichen Einflüsse auf das künftige Wirtschaftsgeschehen in unserem Land betrachtet werden.

Zuerst sind einige Bemerkungen zur internationalen Konjunkturlage notwendig. Unstreitig hat sich im Verlaufe des vergangenen Jahres in der Mehrzahl der kapitalistischen Industrieländer eine konjunkturelle Belebung durchgesetzt, wodurch die Auslandsnachfrage als Konjunkturstütze für die Wirtschaft der Bundesrepublik wieder beträchtlich an Gewicht gewonnen hat. In fast allen Vorausschätzungen für das Jahr 1984 wird deshalb auch der Export als die dynamischste Antriebskraft für die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung angesehen.

Will man die Möglichkeiten und Grenzen der gegenwärtigen Exportkonjunktur jedoch näher ausloten, dann muß zunächst die Tatsache berücksichtigt und untersucht werden, daß sich hinter der allgemein dominierenden konjunkturellen Aufwärtstendenz in der kapitalistischen Weltwirtschaft erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern verbergen, die weitaus stärker sind als beim Herauskommen aus der vorigen Krise der Jahre 1974/75. Das höchste, die Ausmaße eines Aufschwungs erreichende Wachstum haben die USA, Kanada und Japan zu verzeichnen. Beim Export in diese Länder, der auch durch den hohen Dollarkurs begünstigt wurde, gab es 1983 auch die größten Zuwachsraten mit zum Beispiel rund 17 Prozent in die USA und 26 Prozent nach Kanada. Aber in diese Spitzengruppe der internationalen Konjunktur gehen eben nur knapp 10 Prozent der Gesamtexporte der Bundesrepublik.

In einer weiteren Ländergruppe, zu der vor allem Großbritannien, Belgien, Schweden und Österreich gehören, vollzog sich die Wirtschaftsbelebung zwar auch stetig, aber in einem wesentlich

schwächeren Tempo. Das kommt u.a. darin zum Ausdruck, daß in diesen Ländern der vor der Krise erreichte Stand der Industrieproduktion noch nicht wieder erreicht wurde. Dieses Mittelfeld der Konjunktur nimmt zur Zeit etwa ein Viertel der bundesrepublikanischen Exporte auf.

Konjunkturelle Problemgruppe

In einer Reihe anderer westeuropäischer Staaten hat sich die zyklische Belebung dagegen bisher nur unter Schwankungen und Rückschlägen, wie in den Niederlanden und Spanien, oder mit erheblicher Verzögerung und schwach, wie in Italien und der Schweiz, oder überhaupt noch nicht durchgesetzt, wie es in Frankreich der Fall ist. Diese konjunkturelle Problemgruppe, zu der gerade einige der Hauptabnehmer von Waren aus der Bundesrepublik gehören, nimmt aber gegenwärtig rund 36 Prozent unserer Exporte auf.

Vorbeigegangen ist die wirtschaftliche Belebung bisher an der übergroßen Mehrzahl der Entwicklungsländer. Dort hält die akute Krisensituation, eng verbunden mit tiefgreifenden längerfristigen Widersprüchen, noch weiter an. Außerdem ist mit den OPEC-Staaten ein weiteres früheres Hauptabsatzgebiet für Erzeugnisse, insbesondere für Investitionsgüter, wegen der Erlöseinbußen dieser Länder im Ölgeschäft zu einem ausgesprochen schwachen Markt geworden; 1983 gingen die Lieferungen dorthin um 17 Prozent zurück.

Faßt man dies zusammen, dann ist festzustellen, daß 1983 rund die Hälfte aller Exporte der Bundesrepublik in Länder gingen, die derzeit aus konjunkturellen oder strukturellen Gründen als Problemmärkte einzustufen sind. Die regionale Struktur unseres Außenhandels ist also keineswegs besonders gut auf die gegenwärtige Differenzierung der internationalen Wirtschaftsentwicklung zugeschnitten. Hinzu kommt, daß sich auch die Erzeugnisstruktur unserer Ausfuhr mit ihrem hohen Anteil von Investitionsgütern zur Zeit eher als nachteilig erweist. Die konjunkturelle Belebung ist bisher nämlich in den westeuropäischen Hauptabnehmerländern ebenso wie hierzulande noch nicht mit einer spürbaren Zunahme der Erweiterungsinvestitionen verbunden.

Zusammen mit den rückläufigen Absätzen in den OPEC-Staaten und vielen anderen Entwicklungsländern legt dies den Investitionsgüterexporten heute ziemlich enge Grenzen auf. Sie wurden bisher besonders im Großanlagenbau sichtbar, wo die Anlagenbauer der Bundesrepublik zwar ihren Anteil am Weltmarkt von rund 20 Prozent behaupten konnten – eine Tatsache, die entgegen allen anders lautenden Behauptungen auf ihre unverminderte Konkurrenzfähigkeit hinweist. Zugleich gingen jedoch die Auslandsaufträge für Großanlagen 1983 wegen des insgesamt schrumpfenden internationalen Marktes um 35 Prozent zurück.

Als Fazit der Auswirkungen der internationalen Konjunkturlage ist also festzustellen, daß die Verbesserung der konjunkturellen Situation der kapitalistischen Weltwirtschaft die Rahmenbedingungen für ein Exportwachstum der Bundesrepublik in der nächsten Zeit zwar insgesamt günstig beeinflusst, daß aber die bislang vorhandenen Unterschiede und Schwächen dieses Prozesses auch deutlich auf die Grenzen hinweisen, die der Rolle des Exports als Motor eines zyklischen Aufschwungs diesmal gesetzt sind.

Hochzinspolitik und Verschuldung

Wenn aus der Vielzahl der weiteren internationalen ökonomischen Rahmenbedingungen diejenigen herausgestellt werden sollen, die für die Einschätzung der Möglichkeiten und Grenzen der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Konjunkturzyklus von besonderer Bedeutung sind, dann sind an erster Stelle unbedingt die Prozesse und Widersprüche zu nennen, die sich gegenwärtig in den internationalen Finanz-, Kredit- und Wirtschaftsbeziehungen vollziehen. Dabei sind es vor allem drei Erscheinungen in dieser Sphäre, von denen zu Recht die Rede ist, wenn es um die Abwägung der nächsten Aussichten für die kapitalistische Weltwirtschaft geht. Das sind die Hochzinsentwicklung, die Wechselkursituation, insbesondere der zu hohe Dollarkurs, und die enormen Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer.

Die Zinsentwicklung in den USA, seit Jahren ohnehin einer der Hauptgesprächsgegenstände der internationalen Wirtschaftspresse, ist in den letzten Wochen erneut verstärkt in die Schlagzeilen gekommen. Anlaß dazu waren Meldungen über Erhöhungen der Prime Rate – des Zinssatzes für die „besten Kreditkunden“ der Geschäftsbanken – und des Diskontsatzes der Notenbank in den USA. Diese Tatsachen setzen eindeutige Zeichen dafür, daß alle eventuell noch vorhandenen Hoffnungen auf eine baldige Senkung der Entwicklung in großen Teilen der kapitalistischen Weltwirtschaft erheblich belastenden, von den USA diktierten hohen Zinsniveaus unrealistisch waren. Bevor wir uns jedoch den möglichen aktuellen Auswirkungen des Zinsanstieges zuwenden, ist ein Hinweis auf die Ursachen der seit dem Übergang in die 80er Jahre mit Schwankungen anhaltenden Hochzinsentwicklung notwendig.

Die Hauptursache dieser Entwicklung und einiger anderer krisenhafter Finanz- und Währungsprozesse ist eindeutig in dem sprunghaften Ansteigen der Ausgaben der USA-Regierung für den von ihr inszenierten forcierten Hochrüstungskurs zu sehen. Das Hochschnellen der bis dahin schon enormen USA-Rüstungsausgaben um weitere 75 Milliarden Dollar oder rund 55 Prozent allein in den drei Jahren von 1980 bis 1983 ist zweifellos der Hauptgrund dafür, daß der in der Wirtschaftskrise ohnehin stärker strapazierte Staatshaushalt immer mehr in die roten Zahlen geriet. So wuchs das jährliche Defizit zwischen den Ausgaben und Einnahmen des USA-Budgets im gleichen Zeitraum um 136 Milliarden Dollar und damit um mehr als das Dreifache. Es liegt auf der Hand, daß ein derart massives Anwachsen der Verschuldung und damit der Kredite des Staates, die über die Monopolbanken vergeben und mobilisiert werden, schon spontan zu einem Steigen der Kreditzinsen und somit zu einer Aufstockung der dadurch von den Banken erzielten Profite beiträgt.

Die US-Notenbank hat diese Wirkungen der Hochrüstungs- und Hochschuldenpolitik durch die von ihr betriebene Hochzinspolitik bewußt weiter verstärkt, um mit hohen Realzinsen ausländisches Geldkapital in die USA zu locken und damit zur Finanzierung der immer weiter aufklaffenden Haushaltslücken zu mobilisieren. Deshalb ist es durchaus kein Zufall, daß fast genau zum gleichen Zeitpunkt – mit Beginn der 80er Jahre – ein deutliches Gefälle der Realzinsen zwischen den USA und ihren Konkurrenzländern entstand, zu dem auch das NATO-Langzeitprogramm voll auf die Ausgaben und die Verschuldung des USA-Etats durchschlug.

USA wälzen Rüstungskosten ab

Die negativen weltwirtschaftlichen Folgen dieser Hochzinsentwicklung, die sich immer mehr als Abwälzungsmechanismus eines Teils der Rüstungskosten von den USA auf andere Länder erweist, waren und sind vielgestaltig. Nachteiligen Einfluß hatte und hat diese Entwicklung auf den Konjunkturverlauf. Ausgerechnet mitten in der jüngsten zyklischen Krise, in der nach den bisherigen Regeln der Konjunkturpolitik eine Stimulierung der Nachfrage durch niedrige Zinsen und damit Kreditverbilligungen angebracht gewesen wären, stiegen die Zinssätze in den USA auf ihren bisherigen Höchststand. Das veranlaßte die Notenbanken der anderen Länder – auch die Bundesbank – gleichfalls zur Heraufsetzung ihrer Leitzinsen, um dem Abfluß von Kapital in die außerordentlich lukrative Anlagensphäre USA entgegenzuwirken. Das mußte ohne Zweifel krisenverlängernd wirken.

Im Zusammenhang mit der Hochzinspolitik stieg zugleich der Außenwert des Dollars. Das war sowohl auf spontane Wirkungen des enormen Kapitalzuflusses in die USA als auch auf den bewußten Einsatz des Dollarkurses durch die Reagan-Regierung als Kampfmittel zur Stärkung der Rolle der USA als internationales Finanz- und Währungszentrum und zur Schwächung der Konkurrenten zurückzuführen. Behauptungen amerikanischer Regierungspolitiker, mit dem überhöhten Dollarkurs hätten die USA der übrigen Weltwirtschaft ein zusätzliches Konjunkturprogramm geschenkt, halten keiner ernsthaften Nachprüfung stand. Zwar ergeben sich dadurch preisliche Konkurrenzvorteile für die Bundesrepublik, Japan und auch andere Länder gegenüber den USA. Aber die negativen Folgen dürften von tiefgreifender und längerfristiger Wirkung auf das weltwirtschaftliche Geschehen sein.

Da ist zuerst die Tatsache, daß die Hochzinsentwicklung und ein ungeachtet von Kursrückgängen in den letzten Monaten immer noch überbewerteter Dollar die Verschuldungskrise der meisten Entwicklungsländer bereits verschärft haben und zu verewigen drohen. Die Auslandsschulden der Entwicklungsländer haben inzwischen die astronomische Höhe von 810 Milliarden Dollar erreicht. Hochzinsen und Dollarüberbewertung tragen einen großen Teil zu dieser Misere bei. Experten schätzen, daß allein durch die jüngsten Erhöhungen der Prime Rate in den USA um 1 Prozent die jährlichen Zinslasten der Entwicklungsländer ruckartig um 2 Milliarden Dollar gestiegen sind. Die bisher durchgeführten Umschuldungen wirkten lediglich als Krisenmanagement und konnten einen offenen Kollaps der internationalen Kreditbeziehungen verhindern. Sie vermochten aber nur, eine Ablösung fälliger alter Schulden durch mit hohen Zinsen und massiven wirtschaftspolitischen Auflagen verbundene neue Schulden zu erkaufen.

Die Gefahr akuter Krisensituationen im internationalen Finanzsystem mit entsprechenden Folgen für die weltwirtschaftliche Entwicklung ist damit noch keineswegs gebannt. Ein immer größerer Teil der Exporterlöse der Entwicklungsländer muß für die Begleichung der fälligen Zins- und Tilgungszahlungen verwendet werden, während ihre Möglichkeiten zur Bezahlung der für sie dringend notwendigen Industriewarenimporte dadurch immer mehr eingeschränkt werden. Das verschlechtert nicht nur die Situation dieser Länder weiter, sondern drückt auch auf die Exportmöglichkeiten der kapitalistischen Industrieländer und verschärft deren Marktprobleme. So ist Lateinamerika für die bundesrepublikanische Wirtschaft innerhalb kurzer Zeit von einem schnell expandierenden Absatzgebiet zu einem ausgesprochenen Problemmarkt mit auf Jahre hinaus ungünstigen Aussichten geworden.

Die Investitionskontunktur in den Industrieländern wird vor allem auch dadurch gehemmt, daß die hohen Zinsen und die weitgehende staatliche Risikoabsicherung für parasitäre Geldkapitalanlagen, wie sie der Staatshaushalt und die Rüstungswirtschaft bieten, zugleich die Anreize beträchtlich vermindern, Kapital für produktive Investitionen mit zum großen Teil geringeren Profitraten zu akkumulieren. Darin ist auch eine der Ursachen für die bisher schwache Entwicklung arbeitsplatzschaffender Erweiterungsinvestitionen zu sehen.

Weitere Gefahren drohen

Weitere Gefahren für die internationale Wirtschaftsentwicklung können aus der drastischen Verschlechterung der USA-Handelsbilanz erwachsen, deren Defizit 1983 die Rekordhöhe von rund 70 Milliarden Dollar erreichte und 1984 sogar auf 100 Milliarden Dollar ansteigen dürfte. Als Reaktion darauf drohen sowohl schnelle Kursrückgänge des Dollars wie ein weiterer Ausbau der von den USA ausgehenden offenen und versteckten protektionistischen Maßnahmen. Beides würde die Exportbedingungen der anderen Länder, nicht zuletzt der Wirtschaft unseres Landes, empfindlich verschlechtern. Die von der USA-Regierung als „Konjunkturprogramm“ ausgegebene zeitweilige Verbesserung nur eines Konkurrenzfaktors einiger anderer Länder – des Wechselkurses – wird also letztlich mit einer Vertiefung der anhaltenden Strukturschwächen der Entwicklungsländer und einem Zuwachs an Protektionismus erkaufft.

Und an diesem besonders risikohaften, anfälligen Charakter der internationalen kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzbeziehungen wird sich in absehbarer Zeit nichts ändern, weil eine ihrer Hauptquellen, wenn es nach den Absichten der gegenwärtig herrschenden Kräfte in den USA geht, kräftig weiter sprudeln wird: Die Ausgaben für die menschenheitsbedrohende, parasitäre Hochrüstung werden sich in den USA, wenn ihre Entwicklung im Tempo der bisherigen 80er Jahre anhält, bis 1989 weit mehr als verdoppeln und einen Umfang von rund 470 Milliarden Dollar erreichen. Die Staatsschulden werden dadurch trotz konjunkturellen Aufschwungs weiter anwachsen, was allein durch eine kürzliche Berechnung der amerikanischen Notenbank illustriert wird, die für 1989 ein Jahresdefizit von 320 Milliarden Dollar prognostiziert. Die geschilderten negativen Folgen und Gefahren für das Zinsniveau, die internationalen Finanzbeziehungen und den Welthandel werden uns also noch auf lange Sicht beschäftigen.

Hans-Joachim Höhne

ÖTV legt Tarifschwerpunkte fest 35-Stunden-Woche hat Vorrang

Bereits zu Beginn des 10. ordentlichen Gewerkschaftstages der ÖTV – 17. bis 23. Juni in München – waren die beherrschenden Themen vorgegeben: Einschätzung der Tarifpolitik in den vergangenen Jahren, Festlegung von Prioritäten der Arbeitszeitverkürzung und Auseinandersetzung mit dem Kurs der Bundesregierung, der den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund, Ländern und Gemeinden Rationalisierung und Stellenabbau, Reallohnverluste und Arbeitsintensivierung beschert.

Einen weiteren Schwerpunkt setzte darüber hinaus die breite Diskussion über die gewerkschaftliche Verantwortung bei der Sicherung des Friedens. Wir werden in der nächsten Ausgabe von NACHRICHTEN noch einmal ausführlich auf diesen Komplex zurückkommen. Wie auf jedem Gewerkschaftstag der unmittelbar zurückliegenden Jahre bewegte das weitere Schicksal der Neuen Heimat die Gemüter. Die Sanierungskonzepte wurden immer wieder nach gewerkschaftspolitischen Grundsätzen abgeklöpft. Dies lenkte den Kongreß jedoch nicht von den wesentlichen Fragen der ÖTV ab, die zuvörderst in der Auseinandersetzung mit der unsozialen Politik der Bundesregierung bestehen.

Daß sich so viel Unmut bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes angesammelt hat, mag Norbert Blüm, den Arbeits- und Sozialminister, dann doch überrascht haben. Rund ein Drittel der Delegierten verließ während seiner Begrüßungsrede den Saal, die übrigen taten durch Pfiffe und Buh-Rufe ihre Meinung kund. Als Stellvertreter der Bundesregierung traf ihn der Vorwurf, als Parteigänger der Unternehmer das Tarifklima durch die Ankündigung von Lohndiktaten und Nullrunden zu vergiften. Das Protokoll verzeichnete lebhaften Beifall, als die Vorsitzende Wulf-Mathies dem Minister entgegenhielt: „Wenn unsere Kolleginnen und Kollegen, die auch aktive CDA-Mitglieder sind, in der Union einem Spießrutenlaufen ausgesetzt sind, nur weil sie als Gewerkschafter für die 35-Stunden-Woche eintreten, muß man sich doch fragen, wer hier den Bestand der Einheitsgewerkschaft gefährdet... Wir lassen uns die historische Bedeutung der Einheitsgewerkschaft auch nicht von einigen berufsmäßigen Brandstiftern ins Zwielicht rücken.“

Mit diesem Auftakt des Gewerkschaftstages, mit dem selbstbewußten Anmelden von gewerkschaftlichen Rechten und Forderungen, kündigte sich an, daß dies kein Kongreß der Sozialpartnerschaft würde. Um die gewerkschaftliche Positionsbestimmung drehte sich auch zu weiten Teilen die Diskussion des Geschäftsberichts. Wulf-Mathies in ihren mündlichen Ergänzungen: „Die weltweite Krise ist kein Betriebsunfall einer sonst gut funktionierenden Wirtschaft, sondern Krise und Mas-

senarbeitslosigkeit sind die Folgen einer Wirtschaftspolitik, die sich an den Gewinninteresse der Unternehmer orientiert und Arbeitnehmerrechte beschneidet.“

Mit dieser Einschätzung stimmten die Delegierten weitgehend überein. Und aus ihrer täglichen Erfahrung kam ebenfalls zum Ausdruck: Die Regierung ist keine neutrale Instanz des sozialen Rechtsstaates; sie nimmt Partei für die Unternehmer in Fra-

Wahlergebnisse

zum geschäftsführenden Hauptvorstand

	Abgegebene Stimmen	Ja-Stimmen
Vorsitzende		
Monika Wulf-Mathies, 42	682	568
Stellv. Vorsitzender		
Karl-Heinz Hoffmann, 56	682	366
Stellv. Vorsitzender		
Franz Holländer, 57	682	391
Weitere vier Mitglieder des geschäftsführenden Hauptvorstands		
Eike Eulen, 48	678	493
Willi Mück, 35	680	535
Heinrich Schmidt, 46	660	400
Wolfgang Warburg, 41	682	353

Bei den Wahlen zum geschäftsführenden Hauptvorstand gab es mehrere Gegenkandidaten. Gegen Eike Eulen unterlag Manfred Hölzel, 43, mit 162 Stimmen, gegenüber Wolfgang Warburg konnten sich Karl-Heinz Jungmann, 40, mit 250 Stimmen und Harry Fuchs, 39, mit 70 Stimmen nicht durchsetzen.

gen der Arbeitszeitverkürzung, sie versucht, den öffentlichen Dienst als Lohn-drücker gegen andere DGB-Gewerkschaften einzusetzen; sie deckt großindustrielle Steuerhinterzieher und setzt rechtsstaatliche Grundsätze aufs Spiel; sie verschleudert öffentliches Eigentum, um private Profitmöglichkeiten zu eröffnen.

Solche Feststellungen werden von Ge-

werkschaftern der verschiedensten politischen Richtungen getroffen. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes hätten daher auch – so betonen immer wieder Vertreter des Hauptvorstands – ihren Widerstand gegen frühere sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen gerichtet. Akzentuiert trete aber gegenwärtig eine unverhohlene Allianz mit den Unternehmern zutage, verschärften sich Sozialabbau und die Versuche, eine Krisenbereinigung auf Kosten der abhängig Beschäftigten zu betreiben. In mehreren Diskussionsbeiträgen stand denn auch die Frage nach dem Charakter eines Wirtschaftssystems, dessen staatliche Einrichtungen zu einem „Selbstbedienungsladen für Unternehmer“ zu werden drohen. Gewerkschaftlicher Widerstand – so lautete der Tenor der Beratungen – sei um so stärker gefordert, als die Mittel der Tarifpolitik und die Wege zum Verhandlungstisch allein nicht mehr geeignet seien, die Unternehmerrückendeckung zu durchbrechen.

Daß die Bereitschaft der Mitglieder zu einem verstärkten Engagement nicht ausgeschöpft, daß der Kampfwille der Organisation nicht genügend eingesetzt wurde, – in diesem Vorwurf gipfelte die Kritik an der zurückliegenden Tarifrunde. Dem Hauptvorstand wurde zudem Konzeptionslosigkeit vorgehalten, in wichtigen Bereichen der Tarifpolitik wie bei der Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung oder bei der Gesamtversorgung habe man eine Niederlage einstecken müssen. Vertrauensverluste in der Mitgliedschaft und unter den Beschäftigten insgesamt seien die Folge.

Unter den Delegierten fand sich niemand, der die Ergebnisse der vergangenen Tarifrunde – Laufzeit von 18 Monaten bei einer Lohnerhöhung von 0,5 Prozent im letzten halben Jahr und Einbruch in die Altersversorgung des öffentlichen Dienstes – zu rechtfertigen suchte. Auch die Vorsitzende gestand „eigenes Fehlverhalten“ ein, beharrte aber darauf, daß ein Arbeitskampf mit für den Hauptvorstand nicht zu übersehenden Risiken verbunden gewesen sei. Sie formulierte in Anlehnung an einige Anträge als Grundsätze der künftigen Tarifpolitik:

● Bessere Einbeziehung und Information der Mitglieder.

● Die Diskussion über tarifpolitische Forderungen und ihre Durchsetzung muß von formalem Ballast befreit werden und sich stärker an gewerkschaftspolitischen Erfordernissen orientieren.

● Keine tarifpolitischen „Blumensträuße“ mehr, sondern klare Setzung von Prioritäten.

● Rechtzeitige und umfassende Mobilisierung der Mitglieder.

Für die bevorstehende Tarifrunde empfahl der Hauptvorstand denn auch die Konzentration auf zwei Schwerpunkte: Durchbrechen der geplanten Nullrunde für Lohn und Gehalt sowie Verkürzung der Arbeitszeit. Hatte sich bereits in der Diskussion

des Geschäftsberichtes angedeutet, daß es in der ÖTV noch keine geschlossene Front für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche gibt, so verstärkte sich dieser Eindruck noch einmal bei der Antragsberatung. Besonders aus dem Bezirk Baden-Württemberg und aus den Bereichen der Energieversorgung und Stadtreinigung gab es Befürworter einer vorrangigen Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Erwartungsgemäß einigte sich der Gewerkschaftstag aber schließlich auf die Festlegung: „Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden oder eine entsprechende Verminderung der Jahresarbeitszeit stehen im Vordergrund der tarifpolitischen Arbeitszeitpolitik der ÖTV.“ (A 569)

Zusammensetzung des Kongresses

Eingeladene ordentliche Delegierte	692
Anwesende Delegierte	685
Frauen	12,2 Prozent
Männer	87,8 Prozent
Arbeiter	26,4 Prozent
Angestellte	55,3 Prozent
DO-Angestellte	1,9 Prozent
Beamte	15,1 Prozent
Rentner/Pensionäre	1,3 Prozent
Ehrenamtliche Funktionäre	82,6 Prozent
Hauptamtliche Funktionäre	17,4 Prozent
Durchschnittsalter	46 Jahre
Durchschnittsbeitrag der ehrenamtlichen Delegierten	33,35 DM
Durchschnittsbeitrag der hauptamtlichen Delegierten	62,44 DM
Eingeladene Gastdelegierte	82
Kongreßteilnehmer insgesamt	rund 1500

Gleichwohl bedeutet diese Prioritätensetzung nicht, daß die Bundesregierung aus der Pflicht entlassen wird, „ein Konzept zur Arbeitszeitverkürzung vor(zu)legen, das tarifliche Bemühungen zur Verkürzung der Arbeitszeit ergänzt. Von höchster Dringlichkeit ist dabei die Verkürzung der Lebensarbeitszeit.“ Da die Bundesregierung und die öffentlichen Arbeitgeber auf kommunaler und Landesebene bislang noch keine Bereitschaft gezeigt haben, über die Forderungen auch nur nachzudenken, machen sich die Gewerkschafter auf harte Auseinandersetzungen gefaßt, die die ganze Kampfkraft der Organisation und auch eine methodenreiche Strategie erfordern.

Lernen will man vor allem auch aus den Kämpfen in der Metall- und in der Druckindustrie. Aus den Analysen, daß die Unternehmer in der Privatindustrie und im öffentlichen Dienst in durchaus ähnlicher Weise gegen die Gewerkschaften vorgehen, resultierte auch eine enge Solidarität mit den streikenden Druckern und Metallern. „Beim Kampf um die 35-Stunden-Woche“ — so die Vorsitzende — „sehen

wir uns einer geschlossenen Ablehnungsfront von Arbeitgebern und Regierung gegenüber. Bei diesem Kampf geht es nicht um die besseren Argumente, und es geht auch nicht mehr um die Kosten, sondern es geht um die Macht... Gegen die geballte Macht der Unternehmer und ihrer politischen Hilfspersonen zählt nur die Geschlossenheit der Arbeitnehmer.“ Diese Geschlossenheit sollte über Worte hinaus bekräftigt werden. Der Kongreß sammelte rund 50 700 DM für die Ausgesperrten.

In den Bereich der unmittelbaren gewerkschaftlichen Interessenvertretung bezogen die Delegierten auch die Friedenssicherung ein. Hier hält sich die ÖTV zugute, daß sie — nicht zuletzt durch Initiativen der Gewerkschaftsjugend — einiges dazu beigetragen hat, Berührungängste zur Friedensbewegung abzubauen. Einhellig verurteilt wurde die Konzentration von atomaren Waffen in Europa, unstrittig war das Bekenntnis zu Abrüstung und Entspannung, eindringlich die Bereitschaft, die betriebliche Friedensarbeit zu verstärken. Offenbar gelang es in der Diskussion und Antragsberatung aber nicht, Konsens herzustellen über die enge Verknüpfung zwischen Aufrüstung und Sozialabbau, über die Wechselwirkung zwischen Einsatz für den Frieden und Erfolge für die gewerkschaftliche Interessenvertretung. Wie anders wäre es sonst zu verstehen, daß sich der Kongreß nicht auf konkrete Handlungsorientierungen einigen konnte.

Gegen „Mahnminuten für den Frieden“, wie sie gerade im vergangenen Jahr von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes so erfolgreich durchgeführt wurden, wandte Wulf-Mathies ein, man benötige alle Kraft für die Arbeitszeitverkürzung.

Dennoch, ein hervorstechendes Merkmal des Gewerkschaftstages war die unerschrockene und ernsthafte Diskussion aller Felder der Gewerkschafts- und Gesellschaftspolitik. Unmißverständlich verurteilte der Kongreß Verletzungen demokratischer Rechte, wie sie in Berufsverboten, Überwachungen von Beschäftigten oder den geplanten Änderungen des Demonstrationsrechts zum Ausdruck kommen. Auch hier erhebt die ÖTV den Anspruch, als Kampforganisation der abhängig Beschäftigten anzutreten.

Wie schwierig dieser Weg ist, wurde jedoch auch dann sichtbar, wenn sich die Delegierten dem Bestreben der Antragskommission beugten, konkrete Aktionsvorschläge für die Gewerkschaft durch den Vermerk „Material an den Hauptvorstand“ zu entschärfen. Gleichwohl stellen auch sie Handlungsauftrag dar. Das Ziel, gewerkschaftliche Gegenmachtpositionen zu erringen, wird anvisiert, der Weg dahin bleibt aber noch mit sozialpartnerschaftlichen Stolpersteinen gepflastert. Aufgrund der ausführlichen Beratungen konnte das immense Arbeitsprogramm von 1054 Anträgen nicht bewältigt werden. Noch 300 Anträge stehen aus, über die im Herbst, wenn der Gewerkschaftstag fortgesetzt wird, beschlossen werden soll.

Renate Bastian

GEW-Junglehrer planen Aktionen

Zentrales Thema der diesjährigen Bundesjugendtagung junger Lehrer und Erzieher in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die vom 31. Mai bis 2. Juni in Oberreifenberg im Taunus stattfand, war die Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit besonders unter dieser Berufsgruppe. Der GEW-Ausschuß junger Lehrer und Erzieher könne sich bald in einen GEW-Arbeitslosenausschuß umbenennen, so der derzeitige Vorsitzende Dietrich Brauer, weil junge Lehrer kaum noch eine Aussicht auf Beschäftigung hätten.

In einem Appell an „alle arbeitslosen und beschäftigten Kollegen“ wird daher gefordert, „gemeinsam gegen die Stellenstreichungspläne der Finanzminister und für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu kämpfen“. Auch für den Bildungsbereich gebe es keine andere Möglichkeit als die beschäftigungswirksame Einführung der 35-Stunden-Woche und die Umverteilung der Arbeit. Denn Arbeitslosigkeit und Arbeitsüberlastung seien zwei Seiten einer Medaille.

An den GEW-Hauptvorstand erging denn auch per Antrag die Aufforderung, als Beitrag zum „Jahr der Jugend“ 1985 einen bundesweiten Kongreß gegen Lehrerbearbeitungslosigkeit durchzuführen. Auf diese Weise soll es den Arbeitslosen ermöglicht werden, „aus ihrer gesellschaftlichen Isolation herauszutreten und über einen Erfahrungsaustausch gemeinsame Wege zu gewerkschaftspolitischen Aktivitäten“ zu finden. Mit derartigen Initiativen weist sich die GEW als eine der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes aus, in der die Interessenvertretung von Arbeitslosen weit vorangeschritten ist. Die ÖTV dagegen hatte sich — wie zuvor auch die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) — auf ihrem 10. Gewerkschaftstag in München nicht dazu durchringen können, Arbeitslose in die Gewerkschaft aufzunehmen.

Die minimale Aussicht für junge Lehrerinnen und Lehrer, im Anschluß an ihr Referendariat in ihrem Beruf arbeiten zu können, verschärft diese Problematik für die Gewerkschaft. So forderte der AJLE-Vorsitzende Brauer Anfang Juni gegenüber der Presse die Öffnung der Arbeitslosenversicherung auch für „Beamte auf Widerruf“. Die jungen Lehrer seien durchaus bereit, dazu ihren Beitrag zu leisten. Allerdings beharrt die Gewerkschaft darauf, daß nach den unsozialen Kürzungen der Anwärterbezüge in den Jahren 1982 und 1984 es nicht zu einer erneuten Reduzierung der Nettobezüge kommen dürfe. Die GEW stützt sich mit dieser Forderung auch auf ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Franz Ruland, wonach der Gleichbehandlungsgrundsatz, aber auch das Sozialisationsprinzip eine soziale Sicherung für arbeitslose Lehrer gebieten. R. B.

Bundesjugendtreffen der IG BSE in der Lüneburger Heide

Vom 31. Mai bis 3. Juni fand das Bundesjugendtreffen der IG Bau — Steine — Erden (BSE) in Walsrode-Vethem in der Lüneburger Heide statt. Knapp 700 junge Gewerkschafter aus allen Landesverbänden nahmen daran teil. Sie verbrachten die vier Tage in einem Zeltlager. Das Treffen wurde vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden der IG BSE, Bruno Köbele, eröffnet. Er meinte, daß 1984 noch eine schlechtere Ausbildungsstellensituation als vor einem Jahr zu erwarten sei und forderte, eine Ausbildungumlage zu erheben, die alle Betriebe in der Bundesrepublik erfasse.

In einer Podiumsdiskussion zum Thema „Abbau von Sozialleistungen, Wege aus der Arbeitslosigkeit, Abbau von Schutzbestimmungen“ verstieg sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Walter Link zu der Behauptung, daß eine eindeutige Arbeitszeitverkürzung die gesamte Wirtschaft töten würde. Es wurde nicht nur ihm von den jungen Mitgliedern widersprochen. Auch gegenüber der gewerkschaftlichen Orientierung auf eine Vorruhestandsregelung gab es bei den jungen Mitgliedern, aus ihrer eigenen Interessenlage heraus, andere Auffassungen.

Der Bundesvorsitzende der IG BSE, Konrad Carl, der die Möglichkeiten der Bauar-

beiter erörterte, im Rahmen des Umweltschutzes tätig zu werden, forderte die baldige Aufstellung eines Investitionsprogramms für den Umweltschutz.

Naturngemäß nahm die Freizeitgestaltung einen breiten Raum ein, angefangen von den Möglichkeiten aktiver sportlicher Betätigung, dem Auftreten bekannter Rockgruppen bis hin zum Markt der Möglichkeiten, auf dem sich die Jugendgruppen mit ihrer Arbeit darstellen, angefangen von der Friedensarbeit bis hin zum Wein- und Spätzlestand.

Diskussionen in Arbeitskreisen zu den Themen: „Die deutschen Gewerkschaften zum Ende der Weimarer Republik, Berufsbildung gestern und heute, Tarifverträge für Auszubildende, Sozialpolitik, Situation in der Bauwirtschaft, die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Jugendvertreter und Mitbestimmung sowie Umweltschutz und Arbeitsplätze“ rundeten das Programm ab.

Die Teilnehmer des Bundesjugendtreffens führten an der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen eine Gedenkfeier durch und legten zu Ehren der Opfer des Faschismus einen Kranz nieder.

H. Sch.

Gegendarstellung

Nach dem Pressegesetz sind wir — ungeachtet ihres Wahrheitsgehalts — verpflichtet, folgende Gegendarstellung der Deutschen Orchestervereinigung e. V. zu der Meldung „DOV schließt sich korporativ der DAG an“, NACHRICHTEN 6/84, Seite 27, zu veröffentlichen: „Die Behauptung, in der DOV habe es zahlreiche Proteste gegen den von der Basis nicht legitimierte Austritt aus dem DGB gegeben, trifft nicht zu. Richtig ist vielmehr, daß es von seiten der Basis keine Proteste gegen den der DOV vom DGB aufgezwungenen Austritt gegeben, die Basis vielmehr dem Austritt und dem Wechsel zur DAG voll zugestimmt hat.“

Bahn droht der „Tod auf Raten“

Als enttäuschend und provokativ für die Eisenbahner hat der Hauptvorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED) Mitte Juni die Verhandlungsergebnisse mit den Ministern Dollinger und Stoltenberg über den Verkehrshaushalt des kommenden Jahres bezeichnet. Statt, wie bei der Vorlage der Leitli-

nien der Bundesregierung zur Bahnpolitik im November 1983 angekündigt, die Investitionshilfen aufzustocken, bleibe Stoltenberg bei seinem Schrumpfkonzert. Der GdED-Hauptvorstand forderte die Bundesregierung auf, die Mittel für die Bahn um 2 Milliarden DM zu erhöhen, denn sonst sei sie „zu einem Tod auf Raten verurteilt“.

DPG empört über ZDF-Sendung

Empört hat der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Kurt van Haaren, auf einen Beitrag über die Post in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven“ von Anfang Juni reagiert. „In dieser Sendung“, so heißt es in der Stellungnahme, „wurde einseitige und unseriöse Stimmungsmache betrieben. Die Postbeschäftigten haben weder die übertriebene Zentralisierungspolitik der Bundespost, noch Probleme bei den Brieflaufzeiten oder die Einschränkung der Kastenleerung zu verantworten.“ Die Postbeschäftigten seien auch nicht schuld daran, daß das Postministerium es versäumt habe, die bestehenden Infrastrukturvorteile besser zu nutzen und die Post wirksam vor „Rosenpickern“ zu schützen.

PERSONALIEN

Hans Alker, (57), 2. Vorsitzender, und **Rudi Nickels** (58), Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Bergbau und Energie (IGBE), werden auf dem Kongreß im November dieses Jahres ihre Funktion niederlegen und in den Ruhestand treten. Der Hauptvorstand der Gewerkschaft nominierte als Nachfolgekandidat für Alker das bisherige geschäftsführende Vorstandsmitglied **Heinz-Werner Meyer** (52), und als Nachrücker **Hans Berger** (46), Leiter des IGBE-Betriebs Saar, sowie **Fritz Kollorz** (39), zur Zeit Leiter der Abteilung Sozialversicherung in der Bochumer IGBE-Hauptverwaltung.

Thomas Armbruster, Arbeitsvermittler in Freiburg, sollte wegen Wahlkandidaturen für die DKP von der Bundesanstalt für Arbeit mit Berufsverbot belegt werden. Anfang Juni hat nun das Bundesarbeitsgericht entschieden, daß die bereits erfolgte Kündigung Armbrusters verfassungswidrig ist.

Helmut Buck, 61, schied nach 28jähriger hauptamtlicher Tätigkeit als 1. Bevollmächtigter der IG Metall Reutlingen aus. Er ist Mitautor des in unserem Verlag erschienenen Buches „Willi Bleicher — Ein Leben für die Gewerkschaften“. Sein Nachfolger wurde der bisherige Sekretär der Ortsverwaltung Reutlingen, **Wolf Jürgen Röder**, 36.

Ursula Engelen-Kefer, beim DGB-Bundesvorstand zuständig für Arbeitsmarktpolitik, wurde Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit und Nachfolgerin des bereits im Februar verstorbenen **Helmut Mintz**. Im Verwaltungsrat der BA hatten die Unternehmer erfolglos gegen die engagierte Gewerkschafterin gestimmt, die ihr neues Amt voraussichtlich Mitte August übernehmen wird.

Helmut Haase, seit 1959 und bis zum endgültigen Aus am 30. Juni Betriebsratsvorsitzender des Enka-Werkes in Kassel, hat das ihm 1978 verliehene Bundesverdienstkreuz an den Bundespräsidenten zurückgeschickt. Die für diesen Schritt mitgelieferte Begründung lautet: „Die Rechtsordnung dieses Landes, dessen Verdiensten ich bisher getragen habe, hat uns keine faire Chance eingeräumt. Die Vernichtung der Arbeitsplätze empfinde ich als einen Akt der Willkür.“

Helga Mangold, engagierte Sängerin, wurde Mitte Juni während ihres Auftritts auf einer IG-Metall-Kundgebung in Heidelberg angeschossen. Der unbekannte Schütze hatte die Kugel aus einem benachbarten Haus abgefeuert. Nach Ansicht des 1. IG-Metall-Bevollmächtigten **Alfred Fischer** galt der Mordanschlag ihm. Er hatte bereits mehrfach Morddrohungen erhalten.

Auch Kranksein muß sich lohnen — für die Profite der Unternehmer!

„Der Arbeitsvertrag ist von der sozialen Sicherung zu trennen. Gegen die Krankheitskosten kann sich jeder Arbeitnehmer — ohne Vermittlung seines Arbeitgebers — in eigener Initiative versichern. Die Einkommenssicherung bei Krankheit, Schwangerschaft und Mutterschaft ist eine Sache der Krankengeld- bzw. Mutterschaftsversicherung, nicht der Unternehmer, deren Zweck es vielmehr ist, die Nachfrage nach Produkten und Leistungen auf wirtschaftliche Weise zu befriedigen und dabei Arbeit und Kapital marktgerecht zu bezahlen.“

Diese Passage findet sich als Quintessenz eines sogenannten Reformkonzepts der „Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer“ (ASU) mit dem Titel „Mehr Marktwirtschaft im Gesundheitswesen“. Es strotzt nur so von Angriffen auf das „Zwangssystem“ der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), der von der Arbeiterbewegung in Jahrzehnten erkämpften Maßnahmen zum Schutz vor dem Raubbau an der Arbeitskraft der abhängig

werden, andererseits das Gesundheitswesen weitaus stärker als bisher den Profitinteressen des Kapitals unterzuordnen.

Ausgangspunkt der Studie ist die durchaus richtige Feststellung von der Kostenexplosion im Gesundheitswesen, die allerdings hauptsächlich dem individuellen Fehlverhalten der in der GKV Versicherten angelastet wird. Von den Profiten der Pharmakonzerne findet sich kein Wort. Heftig polemisiert wird hingegen gegen die „Sozialisierung“ von Sonderisiken, etwa der Raucher, Trinker, Drogensüchtigen, Fettleibigen usw. Die Absicht ist klar: Die dem Solidargedanken entstammende allgemeine Versicherung soll mit Konkurrenz- und Neidgefühlen durchlöchert werden, nach dem Motto: Warum soll ich als Nichtraucher für die Wiederherstellung der Gesundheit des Rauchers zahlen?

Ohne hier die gesamte marktwirtschaftliche Begründungsideologie darstellen zu können, die klare Orientierung für die Kapitalseite heißt zunächst Selbstbeteiligung an den Krankheitskosten. Die ersten Ansätze dazu sind gemacht, wie mit Befriedigung festgestellt wird. Allerdings reicht dies den Unternehmern bei weitem nicht aus. Als weitere Elemente werden empfohlen: Einführung einer Krankenscheingebühr; Anrechnung von Kurzeiten auf den Urlaub oder wahlweise Eigenbeteiligung an den Kosten; „echte, nicht nur symbolische“ Eigenbeteiligung bei Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln; Anrechnung „häuslicher“ Ersparnis bei Krankenhauspflege als Einstieg in echte Selbstbeteiligungsmodelle; bei der Lohnfortzahlung ein z. B. 20prozentiger Abzug von Lohn und Gehalt mindestens während der ersten Krankheitswoche. Generell soll als Vorgriff auf spätere Formen der privaten Versicherung die Erprobung pauschaler obligatorischer Selbstbeteiligungsmodelle in der jetzigen Krankenversicherung „geprobt“ werden. Z. B. in Form der Kostenbeteiligung bis zum Höchstbetrag von 1000 oder 2000 DM pro Jahr oder einer prozentualen Beteiligung von 10, 20 oder 30 Prozent jeder Arzt- oder Krankenhausrechnung.

Doch das sind erst kurzfristige Ziele der Unternehmer. Ihr zumindest mittelfristiges Ziel lautet: „Aufhebung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes und der Pflege-

satzverordnung; Herstellung echter wirtschaftlicher Autonomie der Krankenhäuser und Herstellung des Wettbewerbs um die Patienten“. Da Wettbewerb um den höchsten Profit nur bei Absonderung aller sozialen Funktionen der GKV möglich ist, heißt es dann weiter: „Trennung von Fürsorge- und Versicherungsprinzip in der gesetzlichen Krankenversicherung; Abschaffung aller sozialen Privilegien der gesetzlichen Krankenversicherung und Übernahme sämtlicher versicherungsfremder Lasten durch die Allgemeinheit. Das bedeutet die Abtrennung der Einkommenssicherung bei Krankheit und der Maßnahmen der allgemeinen Sozialpolitik (u. a. Mutterschaftsgeld, Rentnerkrankenversicherung, Schwangerschaftsabbruch, Krankengeld bei Verdienstausschlag wegen Betreuung eines erkrankten Kindes, Sterbegeld). Aus den Beiträgen wird nun eine echte Versicherungsprämie mit Tarifwahlfreiheit. Wer bedürftig ist, wird direkt unterstützt ...“

Der Unternehmer Vorbild sind die USA: Über 40 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, z. T. notdürftig gespeist aus Suppenküchen, ohne jeden sozialen Schutz, aber vergoldete Fassaden der Versicherungskonzerne. B.K.

Humanität und Geld

Der Präsident der Bayerischen Zahnärztekammer hat vor dem 25. Bayerischen Zahnärztetag seine Kollegen gemahnt, sie dürften nicht übersehen, „daß an jedem Zahn ein Mensch hängt“. Sehr human und patientenfreundlich, ist man versucht zu sagen. Zugleich aber kritisierte der Präsident die Bonner Regierung. Sie habe eine Wende in der Gesundheitspolitik noch nicht eingeleitet. Die finanzielle Direktbeteiligung der Patienten müsse ausgebaut und die Ausbildungsplätze in der Zahnmedizin reduziert werden, um einer Schwemme bei den Zahnärzten entgegenzuwirken.

Ausnahmsweise müssen wir hier einmal die Rechtsregierung in Schutz nehmen. Nach der rigorosen Ausdehnung der direkten Zuzahlungen zu den Krankheitskosten selbst auf Krankenhausbehandlung und Kur bis zur vollen Selbstzahlung von Medikamenten, hat sie diese Vorwürfe des bayerischen Zahnärztespräsidenten nicht verdient. Dieser aber will die Patienten finanziell noch mehr bluten lassen und zugleich die „Zahnärzte-Weide“ vor zusätzlichen lästigen Konkurrenten abschirmen.

Offensichtlich geht es ihm mehr ums Geld als um die „Humanität“. Dabei haben die meisten der zu den Spitzenverdienern gehörenden Zahnärzte ein Einkommen, das um das Mehrfache das der Masse ihrer Patienten, der Arbeiter, Angestellten und Rentner, übersteigt, die schon jetzt auch bei Zahnersatz kräftig zuzahlen müssen, 40 Prozent der Material- und Laborkosten. Und da will der bayerische Zahnärztespräsident sie noch mehr schröpfen?! -pple

SPD verharret völlig im Rahmen des gewöhnlichen Kapitalismus

In dem auf dem Essener SPD-Parteitag im Mai verabschiedeten Antrag „Arbeit für alle — Gemeinsam die Zukunft gestalten“ befindet sich eine Fülle detaillierter Forderungen, die von jedem Gewerkschafter unterstützt werden kann. So verpflichtet sich die SPD, alle Kraft dafür einzusetzen, „daß jede Frau und jeder Mann, die arbeiten wollen, auch arbeiten können“. Alle Mitglieder der Gesellschaft müßten am gesellschaftlichen Reichtum gerechten Anteil haben, heißt es da. Die SPD will die wirtschaftspolitischen Hauptprobleme offensiv angehen und die Massenkaukraft erhalten und stärken.

Es heißt dann aber auch an anderer Stelle, daß „generelle Kürzungen“ sozialer Leistungen keine vernünftige wirtschaftspolitische Konzeption darstellten. Wie ist es aber dann, wenn die Kürzungen, so wie in der Endphase der Regierung Schmidt, nicht generell, aber doch in einem erheblichen Umfang erfolgten? Die Hauptfrage aber ist, wie eine Wirtschaft gestaltet sein soll, in der die Vorstellungen der SPD verwirklicht werden könnten? Schauen wir uns daher die Mittel an, mit denen die SPD ihre wirtschaftspolitischen Ziele durchsetzen will.

Ganz eindeutig und völlig unmißverständlich bekennt sich die SPD zum marktwirtschaftlichen System. Ausdrücklich werden die Formulierungen des Orientierungsrahmens '85 wiedergegeben, daß „die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel und die Marktkonkurrenz“ weitgehend unentbehrlich seien. Zugleich werden zwar auch „geeignete Instrumente staatlicher Beeinflussung und Förderung, Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses“ gefordert. Da aber die einzelwirtschaftliche Verfügung im Vordergrund steht, kann eine staatliche Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses letztlich nur über Profitanreize erfolgen.

Der stellvertretende Parteivorsitzende Johannes Rau führte in seinem Referat „Die dritte industrielle Revolution und die Zukunft der Arbeit“ aus: „Ich bin für Markt, für soviel Marktelemente wie möglich ... für unternehmerische Dynamik und Initiative, und ich finde es gut, wenn ein Unternehmen Gewinne erzielt.“

Ganz deutlich aber wurde die wirtschaftspolitische Zielrichtung der SPD, als der Antrag eines schleswig-holsteinischen Ortsvereins diskutiert wurde, der Vergesellschaftungen und Verstaatlichungen forderte. Da wurde nicht mehr gefragt, ob denn die in diesem Antrag erhobenen Forderungen in die richtige Richtung zielen oder ob nicht auch noch eine volkswirtschaftliche Planung dazugehöre. Da wurden die Delegierten vom Parteivorsitzenden Brandt beschworen, diesen Antrag abzulehnen. Basta. Wolfgang Roth sah in dem Antragsbegehren den wirtschaftspolitischen Dialog mit breiten Bevölkerungsschichten auf Jahre blockiert. Warum dies

denn so sein soll, darüber schwieg er sich aus.

Andere Diskussionsredner wollten den Nachweis, wie durch eine Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien die wirtschaftspolitischen Ziele der SPD leichter erreicht werden könnten, und andere wiederum eine „Zweck-Mittel-Relation“ hergestellt wissen. Dagegen kann sicherlich nichts eingewendet werden.

Erstaunen mußte es aber, daß kein Nachweis verlangt wurde, ob denn nun mit der Marktwirtschaft jedem, der arbeiten will, ein Arbeitsplatz garantiert werden kann. Natürlich hat Dieter Spöri recht, der bemerkte, daß in den nordischen Krisenregionen nicht ein einziger Tanker zusätzlich bestellt würde, wenn die SPD die Eigentumsfrage schärfer stellen würde. Wäre es aber nicht redlich gewesen, zu fragen, ob denn die gegenwärtige Misere der Wertindustrie etwas mit den marktwirtschaftlichen, also den kapitalistischen Bedingungen zu tun habe? Wird dadurch, daß die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel im Wertbereich weiter besteht, auch nur ein einziger Tanker mehr bestellt werden? Können hingegen nicht durch gesellschaftliches Eigentum Planung ermöglicht und Strukturveränderungen erleichtert werden? Darauf konnte es keine Antworten geben, weil nicht einmal danach gefragt wurde.

Norbert Wieczorek tastete sich ganz vorsichtig an das Problem heran, als er meinte, daß möglicherweise die Vergesellschaftung „in einigen Bereichen eine notwendige Voraussetzung“ sei, um das Arbeitsplatzproblem zu lösen.

Wer sich von einigen schönen Formulierungen nicht blenden läßt, der kann nur zu dem Ergebnis kommen, daß die SPD mehrheitlich noch heute nach Lösungen sucht, die in dem vom Kapital gesteckten Rahmen verbleiben. Sie ist daher in dieser Frage gar nicht so weit von den wirtschaftspolitischen Leitlinien der Rechtsregierung entfernt. Ist die SPD für die einzelwirtschaftliche Verfügung über die Produktionsmittel, so will die jetzige Regierung als tragendes Element der „sozialen Marktwirtschaft“ die „individuelle Entscheidungsfreiheit und Verantwortlichkeit“.

Heinz Schäfer

Kalte Krieger?

In Nr. 3/1984 der „Neuen Gesellschaft“ gab es einen interessanten Disput zwischen Norbert Römer, Gewerkschaftssekretär der IG Bergbau und Energie, und Peter Glotz, dem Bundesgeschäftsführer der SPD. Norbert Römer plädierte erneut für mehr Antikommunismus und suggerierte eine angeblich kommunistische Unterwanderung des DGB. (Siehe auch Nr. 5/84, S. 3).

Norbert Römer gehört zu dem Kreis der „Oberurseler“. Wie in deren Buch „Die Wüste blüht“ und dem „Diskussionspapier zur Strategie und Taktik der DKP“ arbeitet auch Römer mit Denunziationen und Verleumdungen. So wird dem stellvertretenden Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Detlef Hensche, unterstellt, daß er auf dem außerordentlichen DGB-Kongreß 1981 „im Stile eines Polit-Kommissars“ aufgetreten sei. Weitere Sozialdemokraten wie Leonhard Mahlein sind ebenfalls im Schußfeld Römers. Er kritisierte gar, daß das SPD-Mitgliedsblatt „Sozialdemokrat Magazin“ eine bezahlte Anzeige des Pahl-Rugenstein Verlages aufgenommen hatte.

Peter Glotz widersprach Römer. Er warnte vor einer Wiederbelebung des Antikommunismus, vor einer Re-Ideologisierung des Ost-West-Konflikts. Er beschwor Römer, nicht Wasser auf die Mühlen der politischen Gegner wie der „Frankfurter Allgemeinen“ zu leiten und schrieb: „Norbert Römer, wach auf! Werde politisch(er) und sieh Dich um, in welche Gesellschaft Du geraten bist.“ Einen Bedarf für zusätzlichen Antikommunismus gebe es nicht. Die ideologischen Fronten seien nicht verschwunden, meinte Glotz, „aber sie sind zweitrangig gegenüber der Gefahr für Frieden und Überleben der Menschheit“. Freiheit ohne Erhaltung des Friedens sei nicht möglich, „weil der Krieg unser aller Ende wäre“.

In Nr. 5/1984 der „Neuen Gesellschaft“ antwortet ein weiterer „Oberurseler“, Hinrich Oetjen, nunmehr Leiter der Hans-Böckler-Schule des DGB in Hattingen. In einem Leserbrief stellen sich noch fünf weitere „Oberurseler“ an seine Seite. Am Ende seines ansonsten nichtssagenden Artikels wird sein Anliegen deutlich: „Die verfängliche Formel von Peter Glotz, daß die Freiheit nicht durch Krieg zu retten sei, was ja richtig ist, löst meinen Protest aus.“ Berufsvorbote, heiße und kalte Aussperrung sowie Massenarbeitslosigkeit sorgen Hinrich Oetjen nicht, er will sich in die Angelegenheiten anderer Länder „jenseits der Elbe“ einmischen.

Römer und Oetjen, die manchmal „links blinken“, befinden sich am rechten Spektrum der SPD. Eine Unterscheidung von den kalten Kriegern der CDU wird immer schwerer möglich. Nicht unbeachtet bleiben sollte allerdings, daß die „Oberurseler“ sich der besonderen Fürsorge von Ilse Brusis vom geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand erfreuen.

H. Sch.

Drohungen

In einem Rundschreiben hat die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) alle Kassenvertragsärzte aufgefordert, bei streikenden und kalt ausgesperrten Arbeitern und Angestellten der Metall- und Druckindustrie im Krankheitsfall „besonders kritische Maßstäbe“ anzulegen und mit der Krankschreibung äußerst zurückhaltend zu sein. Den Ärzten wurde angedroht, gegen alle, deren Krankschreibungen von bestellten Überwachungsärzten nicht bestätigt würden, „Regreßansprüche“ geltend zu machen.

Beschäftigten. Hingegen jubiliert die Studie ständig in höchsten Tönen von der „Freiheit des Bürgers“, der selbst entscheiden könne, welchen Risiken er sich aussetzt und gegen welche er sich in „freier Entscheidung“, beispielsweise mit einer Versicherung, schützen will.

Ganz bewußt ausgeklammert wird in dieser bereits 1983 vorgelegten Studie der Zusammenhang von eben nicht frei wählbaren Abhängigkeiten, dem notwendigen Verkauf der Ware Arbeitskraft und deren Beeinträchtigung durch von den Unternehmern gesetzte Rahmenbedingungen, die zwangsweise Profitaspekten folgen, aber nicht notwendigerweise den gesundheitlichen Bedürfnissen der Beschäftigten. So stellt sich dieses „Reform“-Konzept letztlich als ein erneuter Versuch heraus, einerseits die Ware Arbeitskraft billiger anzuwenden, indem die Gesundheitskosten auf die Beschäftigten abgewälzt

Aktive Jugendvertreter im Kampf um die 35 Stunden

Die diesjährigen Jugendvertreterwahlen wurden am 30. Juni abgeschlossen. Wenngleich noch keine abschließenden Gesamtübersichten vorliegen, kann davon ausgegangen werden, daß die DGB-Gewerkschaften insgesamt ihre Positionen ausbauen konnten. Die schon im März 1984 stattgefundenen Wahlen bei Bahn und Post weisen jedenfalls darauf hin. Ein großer Teil der gewählten Jugendvertreter ist in dem Zeitraum der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche gewählt worden. Da aktive Jugendvertreter zumeist in ihren Betrieben auch die Träger der gewerkschaftlichen Jugendarbeit sind, ist interessant, was aktuell die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind.

Zentrale Frage ist die Übernahme nach der Lehre. Die IG Metall hat festgestellt, daß rund 50 Prozent der Auszubildenden nach der Ausbildung nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden. Die Aktivitäten um Übernahme nach der Lehre haben die Jugendvertreter vor allem in den Großbetrieben mit der Propagierung der 35-Stunden-Woche verbunden. Unter Lösungen wie „35 Stunden, damit die Übernahme nicht die Ausnahme bleibt“, waren sie bemüht, Lehrlinge in die Auseinandersetzungen einzubeziehen.

Dabei hatten sie sich mit einem verstärkten Druck der Geschäftsleitungen bzw. Ausbildungsleitungen auseinanderzusetzen. Das Beispiel von Siemens Karlsruhe steht für viele. Hier wurde allen Auszubildenden am 10. Mai ein Schreiben der Geschäftsleitung zugestellt, in dem versucht wurde, den Lehrlingen das Streikrecht zu nehmen. Es heißt in dem Schreiben u. a.: „... weisen wir Sie darauf hin, daß Sie sich an einem Arbeitskampf nicht beteiligen dürfen. Für Auszubildende ... besteht grundsätzlich kein Streikrecht.“

Mit der Autorität der Geschäftsleitung wurde also versucht, die Lehrlinge einzuschüchtern und geltendes Recht zu brechen. Als am 23. Mai dennoch 53 Auszubildende von Siemens Karlsruhe sich am Warnstreik beteiligten, erhielten diese am 24. Mai ein erneutes Schreiben, in dem ihnen vorgehalten wurde: „Sie haben damit den mit uns geschlossenen Ausbildungsvertrag verletzt. Wir weisen Sie mit Nachdruck darauf hin, daß wir nicht bereit sind, diese Pflichtverletzung hinzunehmen. Sollten Sie sich erneut an einer Arbeitskämpfaktion beteiligen, können wir Auswirkungen auf Ihren Ausbildungsvertrag nicht ausschließen.“

Auf diesen verschärften Druck antwortete der DGB-Kreis mit einer Information an die Auszubildenden über ihr Streikrecht, und die Jugendvertretung führte eine außerbetriebliche Jugendversammlung durch. Um den ungeheuerlichen Angriff auf das Streikrecht für Lehrlinge öffentlich zu machen und mehr Gegendruck zu entwickeln, haben einzelne Mitglieder der Jugendvertretung sich an die Jugendvertre-

tungen aller Siemens-Ausbildungsstellen gewandt, sie über den Vorgang informiert und eine Unterschriftenliste versandt, mit der alle Siemens-Lehrlinge ihren Protest äußern können. Dies zeigt anschaulich, wie aktive, gewerkschaftlich engagierte Jugendvertreter direkte und wirksame Interessenvertretung leisten. Die Beispiele ließen sich fortsetzen: So waren es in zahlreichen Betrieben der Metallindustrie Baden-Württembergs und Hessens Jugendvertreter, die dafür sorgten, daß Lehrlinge in Protestaktionen einbezogen wurden, sie haben den „7-Stunden-Tag“

Reichsbund ruft auf: Wehrt euch gegen Sozialabbau

Vor mehr als 5000 Teilnehmern der zentralen Protestkundgebung am 15. Juni in Hannover forderten die Sprecher des Reichsbundes alle Betroffenen auf, sich gegen die „permanenten Sozialdemontagen“ zur Wehr zu setzen, wie das Präsidiumsmitglied Fritz Stiller formulierte. Die 2. Bundesvorsitzende, Sophie Goetzke, warnte, die Lebenssituation der Frauen und Mädchen würde weiter verschlechtert werden, wenn diese sich nicht wehren.

Im Zusammenhang mit seiner Feststellung, daß „immer mehr Menschen in die Armut des Sozialhilfempängers abgedrängt werden“, erinnerte der 1. Bundesvorsitzende Hermann Meyer an die letzten Jahre der Weimarer Republik. Die Pläne zur Diätenerhöhung seien „ein besonders gut sichtbares Beispiel für die politische Richtung ... Bei den Schwachen wird eingespart, den Gutverdienenden wird gegeben.“ 1983 habe der Bund 6 Milliarden DM weniger Schulden gemacht, als veranschlagt war: auf Kosten der Arbeitslosen und indirekt der Rentenversicherung. 4,6 Milliarden DM Einnahmen seien der Rentenversicherung zugunsten des Bundeshaushalts entzogen worden. Diese sei in Finanznot, weil der Bundesfinanzminister die Rentenversicherung „in den letzten Jahren wie eine Weihnachts-gans ausgenommen hat“.

organisiert, Lehrlinge zu Streikposten eingeteilt, Solidaritätsaktionen entwickelt.

Der Kampf um die 35-Stunden-Woche für Lehrlinge enthält noch einen anderen interessanten Ansatzpunkt. Das im Rahmen der 35-Stunden-Tarifverhandlungen von Stahl zuletzt gemachte „Angebot“ enthält auch den Wegfall des Samstagsarbeitsverbots für Lehrlinge, die Möglichkeit des 9-Stunden-Arbeitstages für Lehrlinge und den Lehrlingslohnstopp für 1984. Das sind Vorschläge, die auch in den Plänen der Bundesregierung enthalten sind. Daher werden sich Jugendvertreter und Gewerkschaften längerfristig mit dieser Wendepolitik auseinanderzusetzen haben. Daneben ist es eine Vielzahl von Maßnahmen des innerbetrieblichen Sozialabbaus, der Erhöhung der Zahl der Lehrstellen und Qualität der Berufsausbildung, der täglichen Fragen der Berufsausbildung, mit der sich die Jugendvertreter auseinandersetzen müssen.

Die Tatsache, daß in einzelnen Gewerkschaftsbereichen fast 80 Prozent der jetzt gewählten Jugendvertreter dieses Amt erstmals ausüben, zeigt, welche Anstrengungen vor allem von der Gewerkschaftsjugend entwickelt werden müssen, um ihnen bei ihrer Arbeit zu helfen. Durch Gewerkschaftsschulungen und durch starke betriebliche Jugendgruppen können die Neuen das nötige Rückgrat erhalten.

H. v. B.

Trotz des Aufschwungs bleibe das Grundübel, das die Probleme der sozialen Sicherheit verursache, die Massenarbeitslosigkeit. Sie und nicht die soziale Sicherung, sei teuer und unbezahlbar. Wenn Sozialleistungen nicht auf Pump finanziert werden sollen, müsse man sich fragen, was noch sonst alles auf Pump finanziert wird und viel folgendermaßen zu kürzen ist. Noch nie habe ein Bundesminister behauptet, die Rüstung werde auf Pump finanziert, obwohl das wahnwitzige Wettrüsten eine der Hauptursachen der Krise ist. Wir müßten uns deshalb nicht nur gegen Sozialabbau und Arbeitslosigkeit, sondern auch gegen das Wettrüsten wehren.

Der Reichsbund-Vorsitzende verlangte, der „Wendezug“ der Sozialpolitik müsse wieder eine andere Richtung nehmen — hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Für den bisher schärfsten Protest des Reichsbundes gäbe es keinen akuten Anlaß. Der Anlaß sei inzwischen chronisch: „Es ist die Richtung, die die Sozialpolitik in den letzten Jahren genommen hat. Kriegsopfer, Behinderte, Rentner, wehrt euch gegen den sozialen Abbau. Wehrt euch gegen das, was euch an sozialem Unrecht in den letzten Jahren zugefügt worden ist. Wehrt euch gegen das, was noch kommen wird.“

A. B.

Bundesregierung ist angetreten, Behinderte weiter zu schröpfen

Erstmals hat die Bundesregierung einen Bericht zur Lage der Behinderten vorgelegt. Danach gibt es in der Bundesrepublik 4,6 Millionen anerkannte Schwerbehinderte. Auf diesem Niveau bewegt sich ihre Zahl schon seit einigen Jahren. Die von den Einpeitschern der Sozialdemontagen in die Welt gesetzte Prophezeiung, wir seien auf dem Weg, ein „Volk der Behinderten“ zu werden, ist damit wie eine Seifenblase geplatzt. Trotzdem soll die Demontage des Behindertenrechts mit der von Arbeitsminister Blüm bei der Vorlage des Behindertenberichts angekündigten Novellierung des Schwerbehindertengesetzes (SBG) fortgesetzt werden, zu der es inzwischen einen Referentenentwurf gibt.

Wurde mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 für den größten Teil der bis dahin anspruchsberechtigten Schwerbehinderten die Freifahrt im öffentlichen Nahverkehr und Befreiung von der Kraftfahrzeugsteuer entweder völlig beseitigt oder durch eine jährliche Zuzahlung von 120 DM (beim öffentlichen Nahverkehr) oder Ermäßigung der Kraftfahrzeugsteuer um 50 Prozent ersetzt, so sollen jetzt die Rechte der Behinderten in anderen Kernbereichen des SBG abgebaut werden.

Nach dem Behindertenbericht stehen 1,2 Millionen Schwerbehinderte im Erwerbsleben. Ende April waren davon 11,6 Prozent (138 671) als Arbeitslose registriert. Trotz dieser überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit soll die Beschäftigungspflicht für Schwerbehinderte nicht erhöht werden, wie die Gewerkschaften fordern. Im Gegenteil: Durch die Herausnahme der Ausbildungsplätze bei der Berechnung der Zahl der mit Schwerbehinderten zu besetzenden Pflichtplätze, die Anrechnung behinderter Unternehmer auf die Pflichtplätze und die Doppelanrechnung auszubildender Schwerbehinderter soll die Zahl der Pflichtplätze nicht unerheblich reduziert werden. Allein die Herausnahme der Ausbildungsplätze bedeutet nach Angaben des Bundesarbeitsministeriums die Streichung von 60 000 Pflichtplätzen für Schwerbehinderte.

Damit werden zugleich die Unternehmer, die ihre Beschäftigungspflicht an Schwerbehinderten nicht erfüllt haben, finanziell entlastet. Für jeden weggefallenen Pflichtplatz brauchen sie die gesetzliche Ausgleichsabgabe nicht zu zahlen. Mit seit 1974 unverändert nur 100 DM im Monat ist diese nach Auffassung der Gewerkschaften und Behindertenverbände ohnehin zu gering. Die Behindertenverbände fordern eine Verdoppelung auf 200 DM. Der DGB hat mit seinen Vorschlägen zur Novellierung des SBG vom März 1980 die Dynamisierung und Erhöhung der Ausgleichsabgabe auf ein Achtel der Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung, 1984 wären das 650 DM, gefordert. Doch das Bundesarbeitsministerium hat nur eine Aufstockung auf 150 DM vorgesehen.

Selbst das stößt bei den Unternehmerverbänden und im Bonner Kabinett auf Widerstand.

Stark verschlechtert werden soll der besondere Kündigungsschutz für Schwerbehinderte und künftig erst nach sechs Monaten einsetzen, so daß bis dahin Schwerbehinderte jederzeit gefeuert werden können. Der Zusatzurlaub von sechs Arbeitstagen soll um einen Tag auf fünf Tage gekürzt und zusätzlich Kuren auf ihn angerechnet werden. Praktisch heißt das: Führt der Schwerbehinderte eine vom Arzt verordnete Kur durch, wird der Zusatzurlaub gestrichen!

Alle bis jetzt genannten Maßnahmen richten sich gegen Schwerbehinderte im Arbeitsleben. Als eine positive Maßnahme

ist dabei die Verstärkung der Rechte der Vertrauensmänner/-frauen der Schwerbehinderten und ihrer Stellvertreter vorgesehen. Doch könnte auch das schon in der Regierungsrunde auf der Strecke bleiben. Alle Behinderten, vor allem auch die künftigen, aber werden betroffen, wenn das Verfahren zur Anerkennung von Behinderungen und Schwerbehinderten noch mehr verschlechtert wird. Nach dem Behindertenbericht ist das, wie auch die „Möglichkeit der Überprüfung alter Anerkennungsbescheide“, vorgesehen. Dabei sind die ärztlichen Gutachter schon mit den neuen Anhaltspunkten für ihre Tätigkeit darauf orientiert worden, viele Behinderungen mit einem geringeren Erwerbsminderungsgrad zu bewerten und bei der Festsetzung einer Gesamterwerbsminderung einzelne Behinderungen mit 10 und vielfach auch 20 Prozent gar nicht mehr zu berücksichtigen!

Nicht die vom DGB geforderte fortschrittliche Weiterentwicklung des SBG steht in Bonn an. Auch was in den vergangenen Jahrzehnten an Rechten für die Behinderten durchgesetzt werden konnte, soll Stück für Stück abgebaut werden. Der „Gewerkschafter“ Blüm „begründet“ das wie sein Bundeskanzler, der die Gewerkschaften als „dumm und töricht“ abqualifizierte, damit, die Hilfen sollten auf die „wirklich Betroffenen“ konzentriert werden. Doch damit soll nur Mißgunst und Entsolidarisierung unter den Behinderten und zwischen behinderten und nicht behinderten Arbeitern und Angestellten geschürt werden. Vom Sozialabbau „wirklich betroffen“ sind wir alle. „Teile und herrsche“ aber war schon immer das Rezept der Regierenden in den kapitalistischen Ländern.

Arthur Böppe

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Aktuelle Urteile auch zum Streik

Von Bedeutung für die gegenwärtige Tarifsituation ist ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 29. November 1983 (1 AZR 469/82). Das Bundesarbeitsgericht hat darin entschieden, daß eine fristlose oder fristgemäße Kündigung eines Arbeitsverhältnisses auch dann nicht gerechtfertigt ist, wenn sich die Betroffenen an einem sogenannten rechtswidrigen Streik beteiligen, zu dem die Gewerkschaft aufgerufen hat.

In dem zu entscheidenden Fall hat die IG Chemie die Beschäftigten einer Firma, die Teppichböden aus Kunstfasern herstellt, zu einem auf drei Tage befristeten Streik aufgerufen, um den Abschluß eines Firmentarifvertrages durchzusetzen. Daraufhin kündigte das Unternehmen 50 Beschäftigten fristlos und vorsorglich auch noch fristgemäß mit der Begründung, der Streik sei rechtswidrig. Nicht die IG Chemie, sondern die Gewerkschaft Textil-Be-

kleidung sei für den Abschluß des Tarifvertrages zuständig.

Das Arbeitsgericht hat die Kündigungsschutzklagen abgewiesen, während das Landesarbeitsgericht und das Bundesarbeitsgericht zu dem Ergebnis kamen, die Kündigungen seien rechtswidrig, selbst für den Fall, daß der Streik rechtswidrig gewesen wäre. Nach der bisherigen Rechtsprechung des BAG — so hatte das Landesarbeitsgericht argumentiert — spreche eine Vermutung dafür, daß ein von einer Gewerkschaft geführter Streik um die Regelung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen rechtmäßig sei. Dem widersprach das BAG.

Im vorliegenden Fall hätten die Beschäftigten nämlich gewußt, daß hinsichtlich der Rechtmäßigkeit des Streiks verschiedene Rechtsansichten vertreten würden. Sie hätten bewußt an einem Streik teilge-

nommen, der möglicherweise rechtswidrig war. Daraus sei ihnen jedoch kein Vorwurf zu machen, so daß weder eine fristlose noch eine fristgemäße Kündigung gerechtfertigt sei: „Ein Zurückweichen vor der Drohung der Beklagten mit der fristlosen Kündigung hätte jeden einzelnen Arbeitnehmer dem Vorwurf ausgesetzt, die Solidarität der Arbeitnehmer zu brechen. Unter diesen Umständen kann nicht gesagt werden, daß die Teilnahme am Streik eine Einstellung der Arbeitnehmer offenbart, die der Beklagten die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses mit diesen unzumutbar macht.“

Auch der Auflösungsantrag des Unternehmens wurde abgewiesen. Die von der Unternehmenseite behauptete Spannung zwischen Streikenden und Nichtstreikenden rechtfertigt nicht die Besorgnis, eine gedeihliche Zusammenarbeit sei nicht mehr zu erwarten.

Das Urteil ist für alle Fälle wichtig, in denen die Unternehmer massiv behaupten, bestimmte gewerkschaftliche Streikmaßnahmen (z. B. Solidaritätsstreiks oder ein Streikaufruf an Lehrlinge) seien rechtswidrig, und auch mit „Konsequenzen“ drohen. Abgesehen davon, daß bei Abschluß eines Tarifvertrages Maßregelungsklauseln nach wie vor den besten Schutz vor Racheakten des Unternehmers bieten, kann das Urteil dann dazu dienen, ängstliche Kollegen etwas zu beruhigen. Selbst dann, wenn später die Unwirksamkeit einer Streikform gerichtlich festgestellt werden sollte, ist eine Kündigung nicht möglich.

Sozialplan bei Personalabbau

Der Inhaber einer Buchhandlung hatte nach deren Ankauf begonnen, die Belegschaft „auszudünnen“. Von den ursprünglich 53 Mitarbeitern schied 11 aus den unterschiedlichsten Gründen aus, ohne daß ihre Stellen neu besetzt wurden. Als er dann den Beschluß bekanntgab, die Buchhaltung, in der vier Kolleginnen arbeiteten, zu schließen, beantragte der Betriebsrat den Abschluß eines Sozialplans. Das Arbeitsgericht Bonn gab dem Antrag auf Errichtung einer Einigungsstelle statt, die Beschwerde des Unternehmers dagegen wurde vom Landesarbeitsgericht Köln zurückgewiesen.

Für die Frage, ob ein „erheblicher Teil“ der Belegschaft betroffen sei (§ 111 S. 1 BetrVG), seien die Zahlen des § 17 KSchG lediglich Orientierungshilfe. Es existiere in jedem Einzelfall ein beachtlicher Spielraum, innerhalb dessen die Größe des „erheblichen Teils“ der Gesamtbelegschaft liegen kann. So sei keineswegs offensichtlich, daß vier von 41 Arbeitnehmern keinen erheblichen Teil der Belegschaft darstellten. Innerhalb von fünf Monaten seien 11 von 53 Mitarbeitern ausgeschieden. Durch die Auflösung der Buchhaltung erhöhe sich die Zahl auf 15: „Angesichts der kurzen Zeit, innerhalb derer

es zu dem Personalabbau gekommen ist, und der schlechten Ertragslage des Unternehmens, die nach dem Vortrag der Antragsgegnerin auf jeden Fall verbessert werden sollte, drängt sich der Gedanke an eine einheitliche Planung der Personalreduzierung geradezu auf“ (Beschuß des LAG Köln vom 11. 1. 1984 — 3 Ta BV 51/83).

Job sharing und Rufbereitschaft unzulässig

In einem viel beachteten Urteil hat das Arbeitsgericht Berlin (Urteil vom 28. 10. 1983 — 18 Ca 303/83) die Änderungskündigung einer teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmerin abgelehnt, die künftig lediglich für den Fall der Verhinderung einer anderen Halbtagskraft den Arbeitsplatz ganztags besetzen sollte (Job sharing). In den Gründen heißt es: „Die vorgesehene unbeschränkte Vertretungspflicht muß jedoch als Verstoß gegen die arbeitgeberseitige Fürsorgepflicht gewertet werden. Schon die allgemeinen Arbeitszeitvorschriften sollen dem Arbeitnehmer im Interesse seiner Menschenwürde und der Entfaltung seiner Persönlichkeit Raum für Freizeit und Muße geben (BAG AP Nr. 1 zu § 4 AZO). Gleiches gilt in noch größerem Maße für die Teilzeitarbeitsverhältnisse. Die Erweiterung der arbeitsfreien Zeit, für die der Arbeitnehmer einen Minderverdienst in Kauf nimmt, ist dazu da, dem Arbeitnehmer einen größeren Freiraum zur Selbstentfaltung zu geben. Darauf hat der Arbeitgeber im Rahmen eines einseitigen Leistungsbestimmungsrechts Rücksicht zu nehmen. Die Verpflichtung eines Arbeitnehmers zur Rufbereitschaft und ggf. Vollzeitarbeit widerspricht dem Sinn von Teilzeitarbeit, da durch die Verpflichtung zur ständigen Erreichbarkeit, zur schnellen Arbeitsaufnahme und zur Vollzeitarbeit, falls erforderlich, eine individuelle Disposition der erweiterten Freizeit nicht mehr möglich ist.“

Bei der einseitig durch den Arbeitgeber festgelegten ständigen Vertretungspflicht, die allenfalls durch die Billigkeits- und Zumutbarkeitskontrolle eingeschränkt ist, besteht darüber hinaus die Gefahr moralischen Drucks auf den Arbeitnehmer, trotz einer Arbeitsunfähigkeit die Arbeit aufzunehmen, weil durch seinen Ausfall der andere Arbeitnehmer unmittelbar beeinträchtigt würde. Diese Vertretungspflicht birgt die Gefahr moralischen Zwangs zur Rücksichtslosigkeit gegen sich selbst in sich. Im übrigen ist aber auch die durch die Vertretungspflicht normierte Verlagerung des Betriebsrisikos auf die Arbeitnehmer ein Verstoß gegen die Grundsätze der Betriebsrisikolehre und somit unbillig.“

Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen empfiehlt als Konsequenz aus diesem Urteil:

„1. Der Betriebsrat kann und hat nach dieser Entscheidung jeder Änderungskündi-

gung, die auf KAPOVAZ bzw. Job sharing mit Vertretungspflicht abzielt, form- und fristgerecht zu widersprechen (§ 102 Abs. 3 BetrVG).

2. Der Betriebsrat kann der Einführung von variablen Arbeitszeitsystemen für Teil- und Vollzeitbeschäftigte widersprechen und vom Arbeitgeber verlangen, daß Verträge mit einer derartigen variablen Arbeitszeit nicht abgeschlossen werden (§ 87 Abs. 1 Ziff. 2 und 3 BetrVG).

3. Der Betriebsrat kann den Entwurf einer Betriebsvereinbarung über die Arbeitszeit von Teil- und Vollzeitbeschäftigten vorlegen, die gewährleistet, daß der Betriebsrat volle Information über die Arbeitszeiten der einzelnen Beschäftigten erhält, daß die Arbeitszeit der Beschäftigten im voraus vertraglich festgelegt sein müsse, daß Veränderungen dieser Arbeitszeit nur mit Zustimmung des Betriebsrats vorgenommen werden können.

4. Weigert sich der Arbeitgeber, eine derartige Betriebsvereinbarung abzuschließen, kann der Betriebsrat die Einigungsstelle anrufen und die Betriebsvereinbarung über die Einigungsstelle durchsetzen (§ 76 BetrVG). Der Betriebsrat der Firma Horten in Braunschweig z. B. hat diesen Weg erfolgreich beschritten.

5. Vor der Aufstellung entsprechender Forderungen für eine Betriebsvereinbarung und vor Einleitung entsprechender arbeitsgerichtlicher Verfahren sollte die HBV-Ortsverwaltung eingeschaltet werden, damit richtige Formulierung und richtige Antragsstellung gewährleistet sind.“

Florett

Festspiel-Kontakte des DGB

Bei den 20. Arbeiterfestspielen, die vom FDGB organisiert, Ende Juni im Bezirk Gera stattfanden, nahm auch eine Delegation des DGB teil. Sie wurde geleitet vom Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes Lothar Zimmermann; ferner gehörten ihr an: der Landesbezirksvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Michael Geuenich, und der Leiter der Ruhrfestspiele, Dr. Fred Eckard. Nach dem Besuch zahlreicher kultureller Veranstaltungen traf sich die Delegation auch mit dem FDGB-Vorsitzenden Harry Tisch. Während der Gespräche bekundeten beide Seiten ihren Willen, mit verstärkten Aktivitäten zur Sicherung des Friedens beizutragen. Schon Anfang Juni besuchte eine FDGB-Delegation auf Einladung des DGB die Ruhrfestspiele in Recklinghausen. Sie setzte sich aus dem Präsidiumsmitglied Harald Bühl, dem Abteilungsleiter im FDGB-Vorstand, Gerhard Schulze, und dem Magdeburger Bezirksvorsitzenden Ernst Schladitz zusammen.

Der IBFG legt sich quer: Nicht gemeinsam für Abrüstung

Man kann es kaum noch übersehen: Wenn es um Ostbeziehungen, gemeinsame Friedensinitiativen und Abrüstungsaktivitäten geht, gehört der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) zu den Gralshütern konservativer Kapitalismusverteidigung. Die jüngste Vorstandssitzung des IBFG Ende Mai in Brüssel hat diesen Eindruck abermals bestärkt.

Auf der Tagesordnung stand auch das Thema „Frieden, Sicherheit und Abrüstung“. Was den IBFG dabei hauptsächlich beschäftigte, kann man in der im Kasten abgedruckten Presseerklärung vom 4. Juni 1984, die den „Internationalen Gewerkschaftsnachrichten“ des IBFG entnommen ist, nachlesen.

Abgesehen einmal von der Frage, ob der IBFG den Rüstungswettlauf und die Spannungen zwischen West und Ost ausschließlich gegen die östliche Seite und nicht mit ihr überwinden will, müßte er wohl angesichts einer derartigen Position erst noch seine eigene Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit nachweisen. Offenkundig macht sich nach dem Wiedereintritt der USA-Gewerkschaftsbünde AFL/CIO in den IBFG wieder der alte militante Antikommunismus stärker bemerkbar, dessen Gefährlichkeit darin besteht, daß er die Priorität allen Handelns des IBFG einnimmt, auch wenn als Folge davon wichtige Arbeitnehmerinteressen auf der Strecke bleiben, mögliche Kräfte nicht entfaltet werden können, das Kapital triumphiert.

Nun ist bekannt, daß auch im IBFG-Vorstand nicht immer Einmütigkeit herrscht, daß beispielsweise die britischen und skandinavischen Gewerkschaften in der Frage der Kontaktpolitik zu den Gewerkschaften sozialistischer Länder eine aufgeschlossene Haltung einnehmen. Wo aber steht der DGB? Nach längerer Pause hat es im Frühjahr 1984 wieder Begegnungen auf der Spitzenebene mit dem FDGB der DDR und dem sowjetischen Gewerkschaftsbund gegeben. Mehrere DGB-Gewerkschaften machten Besuche in sozialistischen Ländern oder empfingen Gewerkschaftsgäste von dort.

Bei den meisten dieser Begegnungen stand anschließend in einer gemeinsamen Erklärung zu lesen, wie sehr man für den Frieden und die Abrüstung in Ost und West engagiert sei. Hat also der DGB und haben also die entsprechenden DGB-Gewerkschaften in solchen Fällen „eine bloße Wiederholung der von der sowjetischen Regierung vorgebrachten Argumente“ mitgemacht? Wäre es außerdem etwas Verwerfliches, wenn Pershings und Marschflugkörper wieder verschwinden und die SS 20 unter den Stand von 1979 reduziert und wenn atomwaffenfreie Zonen geschaffen würden? Sind das nicht auch DGB-Positionen?

Es stellt sich die Frage, wie ehrlich der DGB als IBFG-Mitglied seine Erklärungen zu Frieden und Abrüstung meint? Ist das, was der IBFG-Vorstand formuliert hat, auch seine ungeteilte Meinung? Wahrscheinlich ja. Denn es ist der DGB gewesen, der beispielsweise die Anregung des norwegischen Gewerkschaftsbundes LO und des FDGB der DDR, daß alle Gewerkschaftsverbände im Ostseeraum eine gemeinsame Initiative an die Stockholmer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen ergreifen sollten, per IBFG-Beschluß stoppen ließ. Und der DGB insbesondere war es auch, der die im vergangenen Herbst vorgesehene 5. gesamteuropäische Gewerkschaftskonferenz im Rahmen der ILO in Genf mit dem Hinweis auf Polen platzen ließ. Kalte Krieger sitzen offenbar nicht nur in Bonn.

Gerd Siebert

„Zu Frieden, Sicherheit und Abrüstung... nahm der Vorstand einen Bericht über die Konferenz von Stockholm und andere multilaterale Abrüstungsverhandlungen entgegen. Der Vorstand forderte alle IBFG-Mitgliedsorganisationen auf, den hierzu ausgesprochenen Empfehlungen des (IBFG-)Kongresses Folge zu leisten, gleichzeitig aber alle Ansuchen von seiten kommunistisch gelenkter Gewerkschaftsorganisationen im Blick auf ein multilaterales Treffen unbeachtet zu lassen.“

Der Grund dafür liegt darin, daß die Vorschläge dieser Organisationen nicht als ernstzunehmende und eigenständige Initiative der Arbeitnehmer der Länder Osteuropas betrachtet werden können, bei der es darum ginge, in Zusammenarbeit mit den freien und demokratischen Kräften nach Lösungen zur Förderung von Frieden, Sicherheit und Abrüstung in der Welt zu suchen; dies gilt um so mehr, als die genannten Vorschläge den Eindruck vermitteln, daß es sich um eine bloße Wiederholung der von der sowjetischen Regierung vorgebrachten Argumente handelt. Darüber hinaus stehen diese Organisationen den unabhängigen Gewerkschaften in Polen negativ gegenüber.“ (IGN Nr. 8, 4. 6. 1984)

Bergarbeiter kämpfen weiter

Seit vier Monaten stehen 84 Prozent der rund 180 000 englischen Bergarbeiter in allen Kohlerevieren — mit Ausnahme von Nottinghamshire — im Ausstand. Er richtet sich gegen die Absicht der konservativen Regierung, 80 nationalisierte Gruben stillzulegen und dadurch Zigtausende von Arbeitsplätzen zu vernichten. Und die Superpütts mit Flößen von drei Metern Mächtigkeit sollen privatisiert werden.

Diese Angaben machten die englischen Bergarbeiterfunktionäre Denis Pennington und Tony Pickavance vor rund 100 streikenden und ausgesperrten Frankfurter Druckern und Metallern am 8. Juni auf einer Veranstaltung im Rahmen der Streikuniversität. Der Kampf ist sehr hart. Gegen den Ausstand mobilisierte die Regierung Polizei, die zahlreiche Gruben besetzt hat. Für ihre „schmutzige“ Arbeit kassieren die Bobbis 500 Pfund wöchentlich, das sind umgerechnet 2000 DM.

Inzwischen sind die Streikkassen leer. Unterstützung kann von der Gewerkschaft nicht gezahlt werden. Die Familien der nach wie vor ungebrochen kämpfenden Bergarbeiter erhalten Sozialhilfe, für eine Familie mit zwei Kindern umgerechnet 50 bis 60 DM in der Woche. Ledige Streikende erhalten keinen Penny.

Um so mehr sind die Streikenden auf Solidaritätsspenden angewiesen. Diese werden von den Bergarbeiterfrauen gesammelt, die sich zu Streikunterstützungsgruppen zusammengefunden haben. Die Sammlungen werden vorher durch Flugblätter angekündigt. Vor allem werden Lebensmittel und Konserven gesammelt, die jeweils am Wochenende an die Familien der Streikenden ausgegeben werden.

Um die Kampfmoral zu brechen, plant die Thatcher-Regierung einen neuen Coup. Künftig sollen die Solidaritätsspenden von der Sozialhilfe abgezogen werden. Als wichtigstes Mittel, um den Streik erfolgreich durchsetzen zu können, bezeichneten Denis Pennington und Tony Pickavance Kampfmaßnahmen der übrigen englischen Gewerkschaften und die internationale Solidarität. Keinesfalls dürfe sich das wiederholen, was in den 20er Jahren geschah, als die englischen Bergarbeiter nach neunmonatigem Arbeitskampf buchstäblich an ihre Arbeitsplätze „zurückgehungen“ wurden.

Bis jetzt gibt es jedoch hoffnungsvolle Ansätze, daß dies nicht geschieht. Vier Tage nach der Veranstaltung der Streikuniversität kündigten fünf englische Gewerkschaften Solidaritätsstreiks an. Auch die Teilnehmer in Frankfurt übten Solidarität: Sie spendeten 1417,17 DM für ihre gleichmaßen um die Erhaltung der Arbeitsplätze kämpfenden englischen Kollegen. G. M.

Zum 25. Male Arbeiterkonferenz Ein Forum der Zusammenarbeit

Fast eine Woche lang war Rostock in der DDR Gastgeberin für rund 500 Delegierte und Teilnehmer der 25. Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands mit ihren begleitenden Veranstaltungen. Gewerkschafter aus den sieben Ostseeländern sowie Norwegen und Island berieten in einer Anzahl von Konferenzen, Arbeitskreisen, Betriebsbesuchen und zweiseitigen Diskussionsrunden in der Zeit vom 26. Juni bis 1. Juli über die eine Frage, wie die Gewerkschaften sich noch wirkungsvoller für die Friedenssicherung durch Abrüstung einsetzen können.

Hauptredner der zweitägigen Konferenz am 28. und 29. Juni war der Vorsitzende des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes der DDR, Harry Tisch. Von den prominenten Gästen der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung richteten u. a. der Vorsitzende des finnischen Gewerkschaftsbundes SAK, Pertti Viinanen, der auch Vizepräsident des IBFG ist, Kasimiras Mazkajawitschus, Sekretär des Zentralrates der sowjetischen Gewerkschaften, und Dimitri Tourschaninow, Sekretär der Europakommission des WGB, ein Grußwort an die Konferenzteilnehmer. In einem der drei Arbeitskreise referierte Jürgen Söncksen, Konzernbetriebsratsvorsitzender von HAPAG Lloyd, zum Thema: „Der gewerkschaftliche Kampf zur Bannung der Gefahr eines atomaren Krieges in Europa.“ Aus der Bundesrepublik, dessen DGB offiziell nicht vertreten war, beteiligten sich an der Konferenz 35 Kolleginnen und Kollegen.

Die Konferenz verabschiedete nach längeren Beratungen in der internationalen Redaktionskommission einstimmig einen Aufruf an die Gewerkschaften im Ostseeraum, Norwegen und Island sowie eine „Willenserklärung“ an die gegenwärtig tagende Stockholmer Konferenz.

Die 25. Arbeiterkonferenz dokumentierte ein Vierteljahrhundert gewerkschaftliches Ringen um Rüstungsstopp und Abrüstung und um gemeinsames Handeln der Gewerkschaften, unabhängig von weltanschaulicher Verschiedenheit und organisatorischer Zugehörigkeit. Daß diese Jubiläumskonferenz, an der auch viele ältere Gewerkschafter teilnahmen, die sich um frühere Arbeiterkonferenzen verdient gemacht hatten, im 35. Jahr der Existenz und auf dem Boden der DDR stattfand, gab der Veranstaltung einen zusätzlichen Akzent.

Harry Tisch stellte in diesem Zusammenhang die Frage, wo denn die Propheten geblieben seien, die der DDR mehr als einmal den Zusammenbruch vorausgesagt hatten. Vielmehr sei die Industrieproduktion der DDR heute 13mal größer als 1949, im Jahr der Gründung. Obgleich die DDR in der Welt nach der Größe des Territoriums die 99. und nach der Bevölkerungszahl die 39. Stelle einnehme, stehe sie mit dem produzierten Nationaleinkom-

men pro Kopf der Bevölkerung auf Platz 8 und in der Arbeitsproduktivität auf Platz 6.

Der FDGB-Vorsitzende erläuterte den Konferenzteilnehmern die auf Friedenssicherung und Abrüstung gerichtete Politik der DDR und des FDGB in allen diesen Jahren und wies die Theorie von den „Supermächten“, wonach beide gleich seien,

„Freundbilder – Feindbilder“

Unter dem Motto „Freundbilder – Feindbilder, der Beitrag der Publizisten zum Frieden“ trafen sich im Rahmen der Kieler Woche vom 16. bis 24. Juni Schriftsteller und Journalisten aus den Ostseeanrainerstaaten. Eingeladen dazu hatten in Zusammenarbeit mit der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel, der Verband deutscher Schriftsteller (VS) und die Deutsche Journalisten-Union (DJU), beides Berufsgruppen in der IG Druck und Papier. Ein Treffen dieser Art mit Vertretern der entsprechenden Verbände aus Dänemark, Schweden, Finnland, Sowjetunion, Polen und den beiden deutschen Staaten fand erstmals in der Geschichte der einst vom preußischen Militarismus geprägten Kieler Woche statt.

Der DJU-Vorsitzende Eckart Spoo, der zur Verantwortung der Publizisten für den Frieden referierte, sagte, daß Worte töten können. Erst mußte im Mittelalter die „Hexe benannt werden, ehe sie verbrannt wurde“. Heute sei in der Bundesrepublik das Hauptfeindbild der Antikommunismus, der nicht nur als Begründung für die Raketenstationierung, sondern auch gegen die Gewerkschaften im Unternehmerinteresse von den herrschenden Kreisen angewendet werde. Als ein Beispiel dafür zitierte der Redner den Aufmacher des Springer-Organ „Hamburger Abendblatt“ vom 29. Mai 1984, wo behauptet wird, der gegenwärtige Streik der IG Druck und Papier für die 35-Stunden-Woche sei von der DKP angezettelt worden.

Bernt Engelmann, früherer VS-Vorsitzender, sprach über die historischen Hintergründe des herrschenden Feindbildes gegen die Sowjetunion. Er setzte sich mit ei-

zurück: „Mit dieser Formel werden die Sowjetunion und die USA auf eine Stufe gesetzt, was den Imperialismus entlasten und auch eine Schuldzuweisung an die Adresse der Sowjetunion ermöglichen soll.“ Das sei so absurd, als wolle man den zueinander in Gegensatz stehenden Monopolen und Arbeitern gleichermaßen die Schuld an der kapitalistischen Ausbeutung geben. Verantwortlich für die gefährliche politische Situation seien die USA und all jene, die sich mit der Existenz und friedlichen Entwicklung des Sozialismus nicht abfinden wollen.

Der SAK-Vorsitzende Pertti Viinanen bezeichnete die Arbeiterkonferenzen als eine „einzigartige Möglichkeit“ für die Gewerkschaften im Ostseeraum zum Erfahrungs- und Gedankenaustausch. „Mögen wir auch verschiedenen internationalen Organisationen der Gewerkschaftsbewegung, verschiedenen ideologischen Orientierungen angehören, so eint uns, die Arbeiter im Ostseeraum, doch mehr als uns trennt. Uns eint vor allem die gemeinsame Sorge um den Frieden und um die Zukunft.“

Gerd Siebert

nem Argument auseinander, das er kürzlich in einer norddeutschen Kleinstadt von einem Stabsoffizier der Bundesluftwaffe gehört hatte: „Wenn uns der Russe wieder angreift, müssen wir abwehrbereit sein.“ Der bekannte Schriftsteller wies anhand historischer Fakten nach: Weder vor 1917 und schon gar nicht danach haben die Russen die Deutschen angegriffen. Vielmehr haben deutsche Truppen während der Interventionskriege in den 20er Jahren gemeinsam mit anderen westlichen Ländern den jungen Sowjetstaat vernichten wollen, und 1941 hat das faschistische Deutschland die Sowjetunion heimtückisch überfallen.

Weitere Themen waren „Wenn die Kosaken kommen“ von Dr. Peter Jahn, psychologische Aspekte zur Frage „Was den Fremden zum Feind macht“ von Dr. Gerhard Bolm und „Sprache der Freunde – Sprache der Feinde“ von Prof. Albrecht Schau. Ihre Aussagen fanden weitgehende Zustimmung der anwesenden 40 Schriftsteller und Journalisten aus den Ostseeanrainerstaaten. Beispielsweise begrüßte der bekannte sowjetische Kinderbuchautor Sergej Michalkow das Treffen. Er warnte vor der Möglichkeit eines angeblich begrenzten Atomkrieges. Wörtlich führte er aus: „Was aber, wenn er sich in einen globalen verwandelt? Als verseuchte ausgestorbene Ruine wird der Planet Erde in ewiger Kälte und Dunkelheit im Weltall kreisen.“

Der VS-Vorsitzende Hans-Peter Bleuel setzte sich ebenso wie Ingeborg Drewitz dafür ein, daß Treffen dieser Art als ein Beitrag für Frieden und Entspannung fortgesetzt werden sollten.

W. P.

Die tägliche Mobilmachung

Fritz Michael (Hg): Die tägliche Mobilmachung oder: Die unfriedlichen Strukturen der Massenmedien, Steidl Verlag, Göttingen 1984, 186 Seiten, 14,80 DM.

16 bekannte Journalisten, Wissenschaftler, Medienexperten und Gewerkschafter beschäftigen sich in diesem Buch mit der Berichterstattung über Krieg und Frieden in Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen. Das ist um so wichtiger, da dies fast die einzigen Quellen sind, aus denen die Bevölkerung ihre Kenntnisse über politische, kulturelle und wirtschaftliche Ereignisse bezieht. Die Autoren gehen der Frage nach, ob die ausgewählten Nachrichten, von denen täglich eine unvorstellbare Menge produziert werden, die Wirklichkeit widerspiegeln.

Ausgewählt wurde u. a. die Berichterstattung über die Friedensbewegung und die Stationierung neuer Atomraketen. Hierzu wird bereits im Vorwort von Fritz Michael, dem stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Journalisten-Union, festgestellt, daß die Massenmedien „täglich psychologische Mobilmachung statt Aufklärung betrieben“ hätten. Daß dabei besonders die Springer-Organen wegen ihrer Berichterstattung ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, ist nicht weiter verwunderlich.

Warum das so ist, zeigt Eckart Spoo in seinem Beitrag „Freund und Feind in der Presse“ auf und schreibt u. a.: „Der Springer-Konzern steht seit eh und je in enger Verbindung zur Rüstungsindustrie, namentlich zum Flick-Konzern, der größten Panzerschmiede der Bundesrepublik“ (S. 18/19). Axel Springer, der Verleger von „Welt“ und „Bild“-Zeitung, sehe die Weltlage so, als befänden wir uns mitten im dritten Weltkrieg. In diesem Sinne seien auch die Publikationen seines Konzerns programmiert. Und dafür werden zahlreiche Beispiele gebracht, die nicht nur aus

der Feder von Springer-Journalisten stammen.

Mit der Übermittlung von Feindbildern beschäftigt sich Detlef Hensche (S. 133 ff.). Er zeigt auf, welchen großen Anteil die Publizistik „an der Vorbereitung wie an der Dauer von Kriegen hatte“. U. a. nennt der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier Vorbereitung und Verlauf des ersten Weltkrieges sowie den Anteil der Presse am Untergang der Weimarer Republik und erst recht die Vorbereitung des zweiten Weltkrieges durch eine langfristige „Propagierung von Feindbildern und Bedrohungslegenden“. Erwähnt wird in diesem Zusammenhang der „getürkte Überfall auf den Sender Gleiwitz“, der bekanntlich als Anlaß für den zweiten Weltkrieg genommen wurde. Auch heute würde uns besonders ein Feindbild – wenn auch kein neues – eingeflößt, „das Bild des bedrohlichen Kommunismus“. Hensche stellt den Journalisten die Aufgabe, Partei zu ergreifen. Schließlich seien auch sie dem Grundgesetz verpflichtet, das die Vorbereitung eines Angriffskrieges als verfassungswidrig verbiete. „Dann aber ist es seine Aufgabe, dem Leser Fakten zu vermitteln, die ihn beispielsweise immun machen gegen Bedrohungslegenden. Dann muß er in der Berichterstattung aufklärend gegen irrationale Feindbilder wirken, jene Zerrbilder der anderen Seite, die dann letztlich den Hintergrund bilden für irrationale Entwicklungen“ (S. 138).

Das Buch, das von der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung in Bonn gefördert wurde, gehört in die Hand eines jeden Menschen, der sich nicht manipulieren lassen will.

G. M.

VERLAGSINTERNES

Anfang Juni gab es für den Nachrichten-Verlag Anlaß zum Feiern, nämlich sein 15jähriges Bestehen. Wir haben daher Autoren, Leser, Kunden eingeladen, mit uns ein bißchen zusammenzusitzen. Bei dieser Gelegenheit konnten wir, dann auch „offiziell“ unsere neuen Büroräume einweihen. Für ein kleines kaltes Büfett haben wir selbst gesorgt, Getränke gab es ebenfalls zur Genüge. Kein Wunder also, daß sich die Diskussionen der Unermüdlichen bis weit in den Abend zogen. Wir meinen: 15 Jahre Nachrichten-Verlag sind ja auch ein Grund zum Feiern. Und natürlich auch, darüber nachzudenken, wie wir mit unseren Produkten noch näher an die aktuellen Fragen der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung insgesamt herankommen.

Ganz sicher gelingt uns das mit unserem Buch „Tarifpolitik unter Krisenbedingungen“, das nun – endlich, endlich – ausgeliefert wurde. Durch einige technische Probleme hat sich das Erscheinen dieses Buches doch länger hinausgezögert, als uns allen lieb sein konnte. Die Aktualität der tarifpolitischen Probleme wird dadurch nicht beeinträchtigt. Nicht nur, weil sich so kompetente und erfahrene Fachleute wie Walter Riester, Manfred Balder, Gerhard Gerlach, Leonhard Mahlein und Heinz Schäfer äußern. Auch, weil über den gegenwärtigen Kampf um die 35-Stunden-Woche hinaus die Rahmenbedingungen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik etwas genauer untersucht werden; außerdem werden die Methoden, die den Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen zur Verfügung stehen, unter die Lupe genommen. Ein Buch also, auf das viele unserer Leser schon mit Recht neugierig sind.

Dringend wird auch das Buch von Bernd Klees, „Arbeitslosigkeit und Recht“ verlangt. Denn durch den Wirrwarr der geplanten, durchgeführten und wieder aufgeschobenen Veränderungen – in der Regel Verschlechterungen – für die Arbeitslosen kann der Laie kaum noch den Überblick behalten. Alle diejenigen, die das Buch bereits zur günstigen Subskription bestellt haben, drängen uns. Auch aus den Gewerkschaften häufen sich die Anfragen nach dem Erscheinungstermin, der für Juli vorgesehen war. Wie bei einer solch umfassenden Problematik eigentlich nicht so sehr erstaunlich, läßt sich dieser Termin, so leid es uns tut, nicht halten. Es wird wohl doch darauf hinauslaufen, daß wir erst zur Buchmesse ausliefern können. So leid es uns tut, wir müssen die vielen Interessenten noch um etwas Geduld bitten.

Ganz zum Schluß: Selbstverständlich haben Kollegen der Redaktion den ÖTV-Kongreß in München von den Pressebänken aus verfolgt. Die Gelegenheit nahmen wir auch für eine Leserversammlung wahr. Ergebnis solcher intensiven Diskussionen sind immer wieder auch neue Abonnenten für die Zeitschrift.

jaco

Bestellschein

7/84

Hiermit bestelle ich

☐ Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.

☐ Senden Sie mir bitte ein kostenloses Probeheft.

Name:

Vorname:

Straße, Nr.:

PLZ, Ort:

Datum:

Unterschrift:

(Falls geworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

TERMINKALENDER

■ 1. September

Veranstaltungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Antikriegstag in allen DGB-Kreisen

■ 2. bis 8. September

12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Westberlin

■ 15. bis 18. Oktober

28. Kongreß des Internationalen Genossenschaftsbundes in Hamburg

■ 4. bis 9. November

11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Mannheim

■ 15. bis 17. November

12. Vertrauensleutekonferenz der IG Metall in Mannheim

■ 24. und 25. November

Frauen-, Jugend- und Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Darmstadt

■ 26. bis 30. November

13. Gewerkschaftskongreß der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Dortmund.

■ 8. März 1985

Internationaler Frauentag mit gewerkschaftlichen Veranstaltungen in den DGB-Kreisen

■ 8. Mai 1985

40. Jahrestag der Zerschlagung des Faschismus und der Beendigung des zweiten Weltkrieges mit Antikriegsaktionen der Gewerkschafts- und Friedensbewegung

■ 19. bis 23. Mai 1985

13. ordentlicher Gewerkschaftstag der Rundfunk-Fernseh-Film-Union in Mannheim

■ 31. Mai bis 1. Juni 1985

Bundesarbeiterkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Ort steht noch nicht fest)

■ 22. bis 27. September 1985

13. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Westberlin

■ 17. bis 19. Oktober 1985

11. Bundesangestelltentag des DGB in Osnabrück

■ 14. bis 16. November 1985

11. DGB-Bundesfrauenkonferenz. Der Tagungsort ist noch nicht bekannt

■ 17. bis 20. November 1985

12. DGB-Bundesjugendkonferenz in Köln

■ 27. bis 28. November 1985

DGB-Beamtentag in Bonn

D 34

Postvertr.
Nachricht
Verlags-G
Kurfürste
Postf. 90
6000 Fran

0603650 N1 84.007 0039 14
FREIE UNIVERSITÄT B.
VCRM.OTTO-SUHR-INSTITUT
FNESTR. 21
1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

„Ernstfall“

Wie weit die Militarisierung unseres Landes geht, zeigen nicht nur die bereits in Mutlangen und andernorts gegen den millionenfachen Widerstand der Bevölkerung aufgestellten Pershing II. Bruchstückhaft dringen nach und nach weitere Fakten an die Öffentlichkeit, die das Ausmaß andeuten, wie für den Kriegsfall gerüstet wird. So sicher wie das Amen in der Kirche würde es der letzte „Ernstfall“ sein.

Der „Friedensliste“ ist es zu danken, ein Dokument aus geheimen Quellen publik gemacht zu haben. Es beinhaltet, daß in „Erfüllung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika in Krise oder Krieg vom 15. April 1982“ – so heißt es wörtlich – die Bauunternehmer in Nordrhein-Westfalen über Art und Zahl ihrer Baumaschinen Auskunft geben müssen.

Ausgerechnet eine sozialdemokratische Landesregierung hat nun mit der Erfassung der Baumaschinen begonnen und macht sich so zum Büttel der Reagan-Administration und zum Vorreiter von Kriegsvorbereitungsmaßnahmen. Wirtschaftsminister Jochimsen begründete diese Aktion als notwendige Maßnahmen „auf dem Gebiet der militärischen und zivilen Verteidigung“. Sogenannte Probeläufe fanden bereits in den Landkreisen Borken und Paderborn statt. Wie bekannt wurde, stießen sie auf Proteste der Bauunternehmer.

Nun aber haben Anfang Juni rund 9800 weitere Baufirmen Fragebogen erhalten. In dreifacher Ausfertigung müssen sie ihre Bagger, Rammen, Stampfer, Lade- und Planiermaschinen mit allen technischen Details angeben. Um ihre exakte Kriegsvorbereitungsplanung zu vervollständigen und damit ja kein einziger Bagger den US- und NATO-Militärs vorenthalten wird, soll die Erfassung in Abständen von zwei bis vier Jahren wiederholt werden.

Den Älteren unter uns ist bekannt, daß die Naziregierung vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges ähnliche Güter erfaßte. Das Ende waren 55 Millionen Tote, zerstörte Städte, Leid, Not und Tränen. Unzweifelhaft würde aber ein dritter Weltkrieg dies alles in den Schatten stellen. Die Konsequenz daraus muß sein, sich mit allen Mitteln zu wehren, ehe es wieder – und jetzt zum letztenmal – zu spät ist.

G. M.

NACHRICHTEN
ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:

Postfach 900749, Kurfürstenstraße
18, 6000 Frankfurt/M. 90, Telefon
(06 11) 77 80 79, Konto-Nr.
1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M., Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 2. Juli 1984.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main